

Stenografisches Protokoll

- Endgültige Fassung* -

der 47. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Freitag, dem 14. Dezember 2012, 12 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

Vernehmung von Zeugen:

- Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

Seiten

1 - 49

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble (Anlage) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Freitag, 14. Dezember 2012, 12:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

| Ordentliche Mitglieder des Ausschusses | Unterschrift | Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses | Unterschrift |
|---|---------------------|--|---------------------|
| CDU/CSU | | CDU/CSU | |
| Binniger, Clemens | | Hahn, Florian | |
| Schipanski, Tankred | | Heinrich, Frank | |
| Stracke, Stephan | | Schön (St. Wendel), Nadine | |
| Winkelmeier-Becker, Elisabeth | | Schuster (Weil am Rhein), Armin | |
| SPD | | SPD | |
| Edathy, Sebastian | | Gleicke, Iris | |
| Högl, Eva, Dr. | | Kolbe (Leipzig), Daniela | |
| Rix, Sönke | | Özoguz, Aydan | |
| FDP | | FDP | |
| Tören, Serkan | | Kurth (Kyffhäuser), Patrick | |
| Wolff (Rems-Murr), Hartfrid | | Schulz, Jimmy | |
| DIE LINKE. | | DIE LINKE. | |
| Pau, Petra | | Petermann, Jens | |
| BÜ90/GR | | BÜ90/GR | |
| Wieland, Wolfgang | | Ströbele, Hans-Christian | |

Freitag, 14. Dezember 2012, 12:00 Uhr

| Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift) | Name (bitte Druckschrift) | Dienststellung (bitte nicht abgekürzt) | Unterschrift |
|--|------------------------------|--|--------------|
| BMrG | TOMBERG | Raf | |
| BMrG | WITZ | RISt | |
| BKA | Schlomma | EKLK | |
| BMI | Ullrich | Ullrich | |
| BMI | Schmuckbach | KK | |
| BK-Alt | Rennman | Ref | |
| BMrG | Großmann | Kundschin | |
| BTF | Hals | MDSt | |
| BK-Alt | FLECKER | RL | |
| BMI | JITNER | WR | |
| BLL | Schäfer | TKR | |
| BMI | Haus | RR | |
| BMI | Käbber | TB'e | |
| BMI | STEINBERG | RO'Isa | |
| BMI | Behle | TBse | |
| BMI | Liebl | ORn | |
| BMI | Beyer | Ri | |

| Bundesrat: (bitte Druckschrift) | Unterschrift | Dienststellung (bitte nicht abgekürzt) | Land |
|------------------------------------|--------------|--|---------|
| Falk | | OR | Sachsen |
| NITZSCHE | | RR'ini | RP |
| Dr. Rott | | ORR | BV |
| Herr | | StS Ref | Berl. |
| DEPAUER | | ORin | Hf |
| Mathias | | RI | NRW |
| Dr. Fahr | | Braufwerk | Bw |
| F. Schmitt | | RR | HG |
| Müllerbach | | RD in | TH |
| H. Müller | | RR | BY |
| SCHORER | | NR | RY |

2. Untersuchungsausschuss

Freitag, 14. Dezember 2012, 12:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

| | | |
|------------------------|-------|-------|
| CDU/ CSU | | |
| SPD | | |
| FDP | | |
| DIE LINKE. | | |
| BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | | |

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

| | | |
|------------|---------|------------|
| Wijet | Linke | Wijet |
| Meer | CDU/CSU | Meer |
| HAWWELL | SPD | HAWWELL |
| HEYER | SPD | HEYER |
| REICHERT | SPD | REICHERT |
| Lehmann | LINKE | Lehmann |
| Kant | Grüne | Kant |
| Nichtbeck | SPD | Nichtbeck |
| Molsberger | CDU/CSU | Molsberger |
| Bergler | SPD | Bergler |
| Scharlau | FDP | Scharlau |
| Lange | FDP | Lange |
| Lühke | Grüne | Lühke |
| von Cossel | CDU/CSU | von Cossel |
| Dr. Fesen | CDU/CSU | Dr. Fesen |

2. Untersuchungsausschuss

Freitag, 14. Dezember 2012, 12:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Weping SPD D. Weping

Müller Linke H. Müller

Mann Linke Mann

van Kessen FDP Kessen

VON DIEST FDP V. Diest

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

(Beginn: 12.07 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich eröffne die 47. Sitzung des laufenden Untersuchungsausschusses. Die Sitzung findet statt in Form einer öffentlichen Beweisaufnahme durch Anhörung des Zeugen Dr. Wolfgang Schäuble.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Vernehmung von Zeugen:

- Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Wolfgang Schäuble**

Herr Minister, ich darf Sie herzlich begrüßen hier im Ausschuss. Ich darf Sie zunächst darauf aufmerksam machen, dass seitens des Bundestages eine Tonbandaufzeichnung der Sitzung angefertigt wird, die allerdings ausschließlich den Zweck hat, die Erstellung des Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, dann wird die Aufzeichnung gelöscht.

Das Protokoll Ihrer heutigen Anhörung als Zeuge wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie bzw. Ihre Mitarbeiter haben dann die Möglichkeit, innerhalb einer Frist von zwei Wochen Ergänzungs- oder Änderungsbedarf geltend zu machen.

Ich stelle fest, dass Herr Dr. Schäuble ordnungsgemäß geladen worden ist. Die Ladung hat Herr Schäuble am 10. Dezember 2012 erhalten. Eine Aussagegenehmigung, ausgestellt von der Bundesregierung, liegt uns vor. Diese datiert vom 29. November 2012.

Herr Minister Schäuble, vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem bisher von mir Vorgetragenen Fragen, Herr Minister?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Nach diesen aus formalen Gründen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alters-, Berufsangabe vorzustellen. Ich gehe davon aus, dass die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Wolfgang Schäuble. Ich bin 70 Jahre alt. Ich bin von Beruf Rechtsanwalt. Zurzeit bin ich Bundestagsabgeordneter und Bundesfinanzminister. Die ladungsfähige Anschrift hat sich nicht verändert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Schäuble, Sie haben nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich vor der Befragung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie vorhin gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Entsprechend erteile ich Ihnen hiermit das Wort.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren, ich bin in der letzten Legislaturperiode, das heißt von November wohl 2005 bis zum Ende der Legislaturperiode wohl im Oktober 2009, Bundesinnenminister gewesen.

Mein Verständnis von der Ordnung des Grundgesetzes ist, dass die Polizei grundsätzlich Ländersache ist, die besonderen

Aufgaben der Bundespolizei beiseitegelassen, dass das Bundeskriminalamt eine ergänzende subsidiäre Aufgabe hat, die im Bundeskriminalamtgesetz definiert ist, dass die verantwortlichen Behörden des Bundes und der Länder grundsätzlich auf Zusammenarbeit angelegt sind. Mein Verständnis ist darüber hinaus, dass die Führung eines Ministeriums die politische Verantwortung bedeutet, die Verantwortung für die notwendigen Personalentscheidungen, dass man sich aber möglichst nicht als Leiter eines Ministeriums in die einzelnen Entscheidungen der dafür zuständigen Behörden und Instanzen einmischen soll. In diesem Sinne habe ich mich nie als oberster Polizist der Bundesrepublik Deutschland verstanden, auch nicht in den Jahren, in denen ich Bundesinnenminister gewesen bin.

Deswegen bin ich mit diesen schrecklichen Morden amtlich nur sehr marginal befasst gewesen. Natürlich habe ich sie auch in den Jahren zuvor - - Die meisten dieser schrecklichen Morde sind ja in den Jahren vor meiner zweiten Amtszeit als Bundesinnenminister geschehen. Die zwei letzten Morde waren wohl im Frühjahr 2006 gewesen. Aber die Ermittlungen wurden, wie Sie ja besser wissen als ich, durch die zuständigen Kriminalpolizeien der betroffenen Länder geführt.

Ich kann mich nur erinnern, dass im Vorfeld der Innenministerkonferenz, der Innenministerkonferenz der Länder, bei der der Bundesinnenminister - darauf haben die Länderinnenminister immer Wert gelegt - als Gast, allerdings regelmäßig anwesend ist - - bei der Innenministerkonferenz im Jahre 2006, wenn ich mich recht erinnere, im Mai, jedenfalls in Garmisch-Partenkirchen ist sie wohl gewesen, da bin ich mit der Frage befasst gewesen. Nach meiner Erinnerung bin ich davon unterrichtet worden, dass sich - ich glaube, das ist der Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz; das sind die Abteilungsleiter der Polizei - - der Innenministerien der Länder und des Bundes - - am Rande dieser Innenministerkonferenz - sie haben da regelmäßig getagt - mit Fragen der Abstimmung bei den polizeilichen Ermittlungen auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass zwei weitere dieser Morde vor kurzem geschehen waren, befasst haben. Mir ist berichtet worden, dass die Abstimmungen gut verlaufen.

Meine wesentlichen Gesprächspartner in diesen Fragen waren Herr Staatssekretär

Hanning, der Chef des Bundeskriminalamts, Herr Ziercke, und der damalige Abteilungsleiter Krause. Wenn ich die Medien richtig verfolgt habe, haben Sie Herrn Hanning und Herrn Ziercke als Zeugen gehört vor diesem Untersuchungsausschuss. Herr Krause ist, wie wir wissen, leider verstorben.

Ich kann mich daran erinnern, dass vor der Innenministerkonferenz in Garmisch die Frage an mich herangetragen worden ist, ob wir uns an einer Ausweitung der Belohnung¹, die, glaube ich, von der bayerischen Polizeibehörde oder vom bayerischen Innenministerium ausgesetzt worden ist, um den Fahndungsdruck zu erhöhen - - ob sich der Bund an dieser erhöhten Summe - ich habe inzwischen gelesen, es waren wohl 300 000 Euro gewesen - beteiligen würde. Ich habe dem zugestimmt, dem Vorschlag, der mir unterbreitet worden ist, dass wir das tun, weil mir auch gesagt worden ist, das würde vor allen Dingen auch bedeuten, dass wir damit auch die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Länder und des Bundes weiter positiv beeinflussen könnten.

Darüber hinaus sind mir Klagen über mangelnde Zusammenarbeit jedenfalls nicht erinnerlich - - dass sie mir vorgetragen worden wären. Ich habe natürlich in den Medien gelegentlich verfolgt, was die Fragen und die Untersuchungen des Untersuchungsausschusses gewesen sind und will deswegen sagen: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Frage an mich herangetragen worden wäre, ob ich anordnen sollte, dass das Bundeskriminalamt nach, ich glaube, § 4 Abs. 2 Satz 2 des Bundeskriminalamtgesetzes gegen die Länder anordnen solle, die Ermittlungen an sich zu ziehen. Ich hätte einen solchen Vorschlag, der mir nicht gemacht worden ist, wenn er mir gemacht worden wäre, abgelehnt. Der ist mir aber nicht gemacht worden. Aber ich hätte ihn abgelehnt. Also, ich würde auch heute der Meinung sein, dass das nicht meinem Verständnis von Zusammenarbeit und von sachdienlicher Polizeiarbeit entsprechen würde. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass mir ein solcher Vorschlag gemacht worden ist. Ich kann mich nicht erinnern, dass mir Beschwerden über mangelnde Zusammenarbeit vorgetragen worden sind.

Ich habe dann in den Medien auch verfolgt, dass der Untersuchungsausschuss sich mit der Frage beschäftigt hat: Wir haben wohl im Jahre 2006 im Bundesamt für Verfassungsschutz, das nicht eigentlich mit den

¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

polizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung dieser Mordtaten befasst gewesen ist, eine neue Abteilung zur Bekämpfung islamistischen Terrorismus eingeführt, weil wir damals die Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus als eine besonders starke Bedrohung der Sicherheit empfunden haben, im Übrigen auch im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2006, die ja im Jahr 2006 stattgefunden hat.

Die Verantwortlichen, insbesondere diejenigen, die schon wie ich ein bisschen längere Erfahrungen haben und sich an 1972 erinnern - - denen war natürlich vor der Fußballweltmeisterschaft sehr in Erinnerung, dass wir eigentlich 1972, die Bundesrepublik Deutschland, die damals Verantwortlichen, geplant hatten, mit den Olympischen Spielen - es ist ja in den letzten Monaten in den Medien viel daran erinnert worden - ein Bild von unserem Land auch der Weltöffentlichkeit zu vermitteln, wie wir glauben, dass es nach einer schrecklichen Vergangenheit heute geworden ist. Es ist auch lange gut gelungen. Allerdings ist es dann durch dieses fürchterliche Attentat in München zerstört worden, jedenfalls nicht das Bild von Deutschland, aber die heiteren Spiele. Deswegen haben wir alles darangesetzt, die Fußballweltmeisterschaft 2006 nicht nur zu einer heiteren, fröhlichen Fußballweltmeisterschaft, sondern auch zu - - und die Sicherheit dabei zu gewährleisten, was angesichts der verschiedenen Spielorte und vor allen Dingen auch angesichts der neuen Dimension für die Sicherheitslage durch Public Viewing eine Riesenaufgabe gewesen ist.

Wir haben uns damals ja mit der islamistischen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus intensiv beschäftigen müssen. Sie erinnern sich daran, dass wir im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft die Kofferbombengeschichte hatten. Ich habe mich in den letzten Wochen daran erinnert, wo jetzt auf dem Bonner Bahnhof offenbar wieder ein ähnlicher Sachverhalt gewesen ist. Und wir haben ja dann im Laufe des Jahres auch mit der Sauerland-Gruppe noch hinreichend gesehen, dass die Bedrohung eine reale gewesen ist.

Wir hatten das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum in Berlin eingerichtet, um die Sicherheitsbehörden aller Beteiligten, alle Behörden von Bund und Ländern, Polizei, auch Verfassungsschutzbehörden, alle in einem Zentrum zu einer starken informellen

Zusammenarbeit zu bringen. Wir haben im Zuge dieser Arbeiten eine Abteilung beim Bundesamt für Verfassungsschutz zur Beobachtung des islamistischen Terrorismus eingerichtet. Angesichts der Vorgaben, auch durch die Haushaltsentscheidungen, war mit der Einrichtung einer neuen Abteilung, die im Übrigen in Berlin eingerichtet worden ist, richtigerweise auch in enger räumlicher Zusammenarbeit mit dem Terrorabwehrzentrum - - war es notwendig, andere Abteilungen - - durch Zusammenlegen eine Abteilung einzusparen sozusagen oder durch zwei andere Abteilungen zusammenzulegen.

Ich habe im Nachhinein, weil ich gesehen habe, dass das eine Rolle spielt - ich vermute, dass der Ausschuss dazu mich befragen will nach meiner Erinnerung -, noch einmal gesehen: Wir hatten eine Abwägung zu treffen, welche Abteilungen wir zusammenlegen. Wir haben uns, wie ausführlich dem Ausschuss vorgetragen worden ist, für die Zusammenlegung der Abteilungen für Links- und Rechtsextremismus entschieden. Damit war nicht eine Minderbewertung, geringere Gefährdungseinschätzung oder Ähnliches verbunden. Die Alternative war gewesen, eine andere Abteilung mit der Abteilung Ausländerextremismus zusammenzulegen. Und in der Abwägung der Vor- und Nachteile, die mir vorgetragen worden sind, hat mir der Vorschlag eingeleuchtet, Links- und Rechtsextremismusabteilung zusammenzulegen.

Ich halte auch im Nachhinein die Entscheidung für richtig. Aber natürlich kann man über solche Entscheidungen immer unterschiedlicher Meinung sein. Ich habe sie jedenfalls so, wie sie mir vorgetragen worden ist, gebilligt. Daran erinnere ich mich. Das ist das, was ich aus meiner Erinnerung zu Ihrem Untersuchungsauftrag beitragen kann.

Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Herr Dr. Schäuble. - Ich will vorab bekannt geben, dass wir kurz vor 13 Uhr hier unterbrechen müssen, da für Viertel nach eins eine namentliche Abstimmung im Plenum des Deutschen Bundestages vorgesehen ist zum Thema „Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für die Republik Türkei“. Wir werden also dann in dieser Zeit entsprechend pausieren müssen.

Herr Dr. Schäuble, wir beginnen mit der Befragung. Mir ist mit Blick auf Ihr heutiges Erscheinen in Erinnerung gekommen, dass

wir beide beteiligt gewesen sind am 30. März 2001 - haben dann meine Recherchen ergeben - am Bestreiten einer Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages über das Thema Rechtsextremismus. In dieser Debatte haben Sie ausweislich des Protokolls unter anderem ausgeführt mit Blick auf Rechtsextremismus - ich zitiere -:

Vielleicht sollten wir weniger beachten und mehr verachten. ...

Deutschland ist ein offenes, ausländerfreundliches und tolerantes Land. Wir sollten unter allen Umständen verhindern, dass durch eine einseitige Berichterstattung bei der großen Mehrheit unserer Bevölkerung ein falscher Eindruck von der Wirklichkeit unseres Landes erzeugt wird. ...

Ich sagte vorhin schon, dass Verachtung wichtiger ist als ein Übermaß an öffentlicher Aufmerksamkeit. Junge Menschen neigen manchmal dazu zu provozieren. Sie wollen Aufmerksamkeit erregen, was ihnen auf diese Weise leicht gelingt.

Sehen Sie, Herr Dr. Schäuble, wir fragen uns hier in diesem Ausschuss seit Monaten, warum man, obwohl es durchaus Anzeichen gegeben hat für einen in den 90er-Jahren deutlich militanter gewordenen Rechtsextremismus, nicht die Sensibilität hatte, bei dieser ganzen Mordserie 2000 bis 2006, den sogenannten Ceska-Morden, auf den Gedanken zu kommen: Vielleicht könnte das Tatmotiv etwas mit Rassismus, mit Fremdenfeindlichkeit zu tun haben. Glauben Sie, Herr Minister, sich selber eingeschlossen, dass man, was das Thema Rechtsextremismus betrifft, mindestens in der Vergangenheit, vielleicht beachtet, aber möglicherweise zu wenig beachtet hat, was es dort an Entwicklungen gab?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender, ich habe die Bundestagsdebatte 2001 nicht in Erinnerung. Aber ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Bundestagspräsident gestern daran erinnert hat - ich bin in Brüssel gewesen -, dass ich seit 40 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages bin. Ich bitte also um Nachsicht, wenn ich nicht alle Debatten, an denen ich aktiv oder passiv teilgenommen habe, exakt in Erinnerung habe.

Ich kann in dem, was Sie vorgetragen haben, nichts erkennen, was mich in irgendeiner Weise belasten würde. Aber wenn Sie mich fragen - ich weiß zwar nicht, ob Sie so sehr an meinen Meinungen interessiert sind; ich dachte, ich sei Zeuge -, so will ich Ihnen gerne sagen: Ich habe diese sogenannten Ceska-Morde, die ab 2001 - - Ich vermute fast, dass sie nach unserer, nach dieser - - das Datum dieser Debatte - - Ich weiß es nicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: 2000 war der erste Mord.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: War der erste Mord; weiß ich auch nicht. Aber ich bin damals nicht Innenminister gewesen, sondern Mitglied des Deutschen Bundestages, ich glaube, Vorsitzender der CDU/CSU - - nein, da bin ich nicht mehr - - oder? Doch! Bis Anfang - - Nein, Anfang 2000 bin ich als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und als Vorsitzender der CDU Deutschlands zurückgetreten, so.

Also, jedenfalls habe ich die Morde in den Medien verfolgt und kann mich erinnern, dass die allgemeine Einschätzung gewesen ist, auch der Polizeibehörden, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dass es sich nicht - - dass der Hintergrund nicht ein - - der irgendwie mit organisiertem Rechtsextremismus zu tun hatte. In der Tat gehöre ich auch zu denen - aber wenn ich die Medien richtig verfolgt habe, ist das den allermeisten so gegangen -, die bei der Entdeckung, dass es sich bei dieser Mordserie über Jahre hinweg um eine rechtsextremistische, terroristische oder wie immer zu nennende Bande gehandelt hat, die serienmäßig diese Morde begangen hat - - war ein großes Erschrecken.

Und natürlich die Frage, die sich der Untersuchungsausschuss stellt - aber ich bin nicht Mitglied des Untersuchungsausschusses, sondern Zeuge -: Wieso haben wir das alle nicht so eingeschätzt? Oder wieso haben es die zuständigen Polizeibehörden nicht so eingeschätzt? Aber Sie fragen mich über Mutmaßungen oder Meinungen. Ich wollte Ihnen mit meinem Erinnerungsvermögen möglichst helfen, Ihrem Untersuchungsauftrag zu helfen, weil dazu haben Sie mich vorgeladen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Schäuble, die Frage war auch durchaus

ein Stück weit allgemeiner gefasst gewesen. Glauben Sie, dass Sie in Ihrer Zeit, Ihrer zweiten Amtszeit als Bundesinnenminister von 2005 bis 2009 dem Phänomenbereich Rechtsextremismus hinreichend viel Beachtung geschenkt haben?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Im Rahmen meines Amtsverständnisses, wie ich es beschrieben habe: ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Minister, diese Zusammenlegung der Abteilung für Links- und Rechtsextremismus 2006, die nach Aktenlage gegen den ausdrücklichen Rat des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Fromm, erfolgt ist: Wie ist die einzuordnen? Sie haben in Ihren einleitenden Bemerkungen fast den Eindruck erweckt, das wäre eigentlich zwangsläufig der Fall gewesen, man hätte irgendwas zusammenlegen müssen. Ich frage mich: Warum eigentlich? Wenn wir das mit dem Gedanken der wehrhaften Demokratie ernst nehmen und wir stellen fest: „Ja, es gibt da eine gewachsene Herausforderung durch islamistischen Terrorismus“ - ich denke, das ist ja völlig unstrittig -, dann ist es doch keineswegs zwangsweise ein folgerichtiger Schluss, zu sagen: Da müssen wir anderen Herausforderungen durch Extremismus weniger Beachtung schenken, sparen da Personal ein und bauen es bei der Beobachtung islamistischer Strukturen und Organisationen mit ein.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender, ich wollte nicht gesagt haben, dass wir andere Gefahren geringer eingeschätzt haben. Wir haben die Gefahr des islamistischen Terrorismus im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft so eingeschätzt, dass wir die Einrichtung einer eigenen Abteilung, und zwar nicht in Köln, sondern hier in Berlin, im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Terrorismus für notwendig gehalten haben. Deswegen haben wir die Entscheidung getroffen. Dass man über jede dieser Entscheidungen zum Zeitpunkt der Entscheidung wie später unterschiedlicher Meinung sein kann, das ist klar. Das will ich nicht bestreiten. Aber ich habe die Entscheidung, die mir so vorgetragen worden ist, so für richtig gehalten.

Es kann schon sein, dass meine Erinnerung - - Das schließt nicht aus, dass der Herr Fromm anderer Meinung gewesen ist. Aber

zu entscheiden hatten wir es im Ministerium. Ich bin den fachlichen Ratschlägen - - und habe dies geprüft, habe das sicherlich angehört. Ich kann mich nicht erinnern, ob ich jetzt mit Herrn Fromm darüber gesprochen habe. Es ist wahrscheinlich, aber ich habe keine direkte Erinnerung daran. Aber letzten Endes bin ich dem Votum meines Hauses und insbesondere des Staatssekretärs gefolgt, und wenn man das - - Wenn Sie da anderer Meinung sind, gehört das zum demokratischen Spektrum, nur nicht zu der Aussage, zu der ich, zur Wahrheit verpflichtet, als Zeuge mehr beitragen kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ihr damaliger beamteter Staatssekretär Herr Dr. Hanning - ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, mir zu widersprechen, wenn sie es anders in Erinnerung haben - aber hat hier vor genau 14 Tagen dargelegt, dass die Zusammenführung der Abteilung für Links- und Rechtsextremismus zu einer gemeinsamen Abteilung im Bundesamt für Verfassungsschutz insbesondere einen Grund hatte: Personal einzusparen. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe es so nicht in Erinnerung, sondern ich habe in Erinnerung, dass wir eine zusätzliche Abteilung geschaffen haben, nämlich die Terrorabwehr-Zen- - die Rechts- - aus dem islamistischen Terrorismus, und dass wir, um die Zahl der Abteilungen nicht zu erhöhen, weil wir in der Tat natürlich nach den Vorgaben des Haushalts Begrenzungen hatten der Möglichkeiten - - ich - - dass und dann - - Und wenn Sie innerhalb von einem gesteckten Rahmen Prioritäten setzen wollen, müssen Sie irgendwo schauen, wie Sie das so machen. Ich habe die Zusammenlegung von zwei Abteilungen nicht als so - - nicht so in Erinnerung, dass damit verbunden war, dass wir jetzt Links- oder Rechtsextremismus als weniger gefährlich oder weniger zu beobachten ansehen sollen.

Ich habe im Übrigen, Herr Vorsitzender, die Erinnerung, dass die Debatten über die Notwendigkeit des Verfassungsschutzes und die Arbeitsmöglichkeiten und die haushalterischen Rahmenbedingungen für den Verfassungsschutz in Deutschland auch schon anders gelaufen sind, als sie zu der Zeit laufen, aber das ist eine Erinnerung, an die ich mich habe - - Ich will nicht - - Ich habe nicht die Absicht, eine politische Debatte mit Ihnen

als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss zu führen, weil das ist nicht meine Aufgabe hier. Die machen wir bei anderer Gelegenheit, nicht im Untersuchungsausschuss. Ich -- Sie haben mich zur Wahrheit verpflichtet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Richtig.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sie haben mich auf die strafrechtlichen Konsequenzen hingewiesen. Die sind mir wohl bekannt - ich bin Mitglied in Untersuchungsausschüssen auch schon gewesen -, und deswegen nehme ich meine Rolle als Zeuge ernst, aber auch in den Begrenzungen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Schäuble, das ist sicherlich alles richtig. Gleichwohl standen Sie schon damals als Bundesinnenminister in politischer Verantwortung und haben natürlich auch politische Entscheidungen gefällt. Die Zusammenlegung der Abteilungen Links- und Rechtsextremismus war eine politische Entscheidung. Natürlich ist es selbstverständlich, dass man hier in diesem Untersuchungsausschuss hinterfragen kann, was die Motivation war. Die Folge der Zusammenlegung war jedenfalls nach den Stellenplänen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass 20 Prozent der Beschäftigten, die bis zu dieser Reform zuständig waren für die Beobachtung von rechtsextremistischen Strukturen, anderen Aufgaben zugeordnet worden sind. Und die Abteilung Islamismus und islamischer Terrorismus, die ist ja nicht damals erst gegründet worden, die gab es zu diesem Zeitpunkt, als die Entscheidung der Zusammenlegung der Abteilungen links und rechts getroffen worden ist, schon. Aber der Hintergrund war - nach dem Schriftverkehr, unter anderem seitens des damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz -, diese Abteilung Islamismus personell aufwachsen zu lassen durch eine Fusion der Abteilungen für Links- und Rechtsextremismus. Da kann man ja wohl die Frage stellen, ob das eine richtige und sinnvolle Entscheidung gewesen ist. Sie würden aber auch heute sagen, die Entscheidung war richtig?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sie fragen mich nach meiner Erinnerung. Ich kann mich erinnern, dass ich so entschieden habe, mir das so vorgetragen worden ist. Ich habe

nicht die Absicht, eine politische Debatte hier zu führen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur kurz zur Ergänzung aus dem vorläufigen Protokoll der Vernehmung von Herrn Hanning - wie gesagt, die war vor zwei Wochen, am 22.11.2012 - zitieren. Das ist die Seite 17. Da sagt Herr Hanning wörtlich - Zitat -:

Ich würde Sie mal einladen, bei einem Gespräch mit Haushältern dabei zu sein ... Da weht natürlich ein etwas anderer Wind. Da wird gesagt: Wir müssen hier eine Kürzung erbringen. Im Sicherheitsbereich ist schon lange nicht mehr gekürzt worden. Bitte sorgt mal dafür, dass Ihr Effizienzsteigerungen erreicht.

War das damals die Situation, dass Sie als Bundesinnenminister möglicherweise eine fachlich nicht wirklich gute Entscheidung getroffen haben aufgrund der Erfordernis, Mittel einzusparen, um einer als relevant betrachteten Bedrohung durch islamistischen Terrorismus verstärkt begegnen zu können?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe -- Meine Erinnerung geht dahin, Herr Vorsitzender, dass wir einen gegebenen Rahmen im Bundeshaushalt für das Bundesamt für Verfassungsschutz hatten, und dass wir in diesem Rahmen versucht haben, die Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz möglichst effizient wahrzunehmen als Teil des gesamten Sicherheitsverbundes von Bund und Ländern und der Behörden, von Verfassungsschutz und der Polizeibehörden, dass wir also -- dass es nicht darum ging, irgendwelche Aufgaben weniger ernsthaft wahrzunehmen oder Bedrohungen und so etwas.

Es war im Übrigen nicht meine Aufgabe, mein Verständnis, die Qualität von Bedrohungen in erster Linie zu beurteilen, sondern ich -- wir haben die Entscheidung getroffen, dass wir im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft, auch im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft die besondere Gefahrenlage, wie sie gesehen wurde damals aus dem islamistischen Terrorismus -- wobei wir uns ein Stück weit durch die laufenden Beobachtungsverfahren und Ermittlungen - sowohl bei den Kofferbomben als auch in der Sauerland-Gruppe, das hat sich ja eine ganze Zeitlang hingezogen - dadurch auch bestätigt haben, neben vielen anderen Mel-

dungslagen etc. Und deswegen haben wir die Entscheidung - kann ich mich erinnern - so getroffen.

Im Übrigen noch einmal: Ich habe mich sehr auf die fachliche Beurteilung der Zuständigen gestützt. Und ich halte auch heute - wenn - das haben Sie mich nicht gefragt - - Aber ich halte auch heute meine Entscheidung, Herrn Dr. Hanning zu bitten, das Amt des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium zu übernehmen, für eine gute Entscheidung. Ich habe ihm vertraut, vertraue ihm auch heute, schätze ihn hoch, kann aber zu seinen Aussagen vor einem Untersuchungsausschuss im Einzelnen nicht Stellung nehmen. Da müssten Sie ihn - wäre eine Anregung - erneut als Zeugen laden, wenn Sie ihn zu seinen Aussagen befragen wollen. Ich kann besser zu meiner Erinnerung etwas sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Meine Frage war ja auch nicht, ob sich Herr Hanning bei seinen Aussagen an seine eigene Erinnerung gehalten hat, sondern ob sich das mit Ihrer Erinnerung deckt. Aber - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Mit meiner Erinnerung deckt sich das nicht im Einzelnen. Im Übrigen würde ich natürlich, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann ist die Frage ja beantwortet.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - da ich zurzeit Bundesfinanzminister bin, wie ich zu Beginn der Vernehmung gesagt habe, niemals solche Formulierungen über die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gebrauchen. Das ist nun eine Frage der Klugheit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will dieses Thema „Zusammenlegung der Abteilungen Links- und Rechtsextremismus beim Bundesamt für Verfassungsschutz 2006“ jetzt verlassen und noch mal kurz zurückkommen auf einen Punkt, den Sie selber auch angesprochen hatten: Innenministerkonferenz 2006 im Mai in Garmisch-Partenkirchen, wo der Bundesinnenminister traditionell ja zu Gast ist in der Runde.

Mich hat eine Sache stutzig gemacht, Herr Dr. Schäuble - vielleicht können Sie uns das noch ein bisschen näher ausführen -: Es ist damals - das wissen wir aus den Unterla-

gen - ja die Anregung gekommen vom Bundeskriminalamt, als man festgestellt hat: mittlerweile Mordserie, fünf Bundesländer betroffen, sechs Polizeibehörden, fünf Staatsanwaltschaften, weitgehend dezentrale Ermittlungsführung, die Ermittlungen haben keine heißen Spuren ergeben - - und das BKA wollte eigentlich über das Bundesinnenministerium erreichen, dass das BKA die federführende Zuständigkeit bekommt - - verwiesen worden ist dort auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Sie selber haben gesagt: Ja, es gibt diese gesetzlichen Bestimmungen. Es wäre möglich gewesen, dass das Bundesinnenministerium anordnet: Die Federführung wird vom Bund übernommen durch das Bundeskriminalamt; aber Sie hätten das - wenn ich das richtig verstanden habe - prinzipiell nicht für opportun gehalten. Da stelle ich mir natürlich die Frage als Parlamentarier, die wir nun hier alle sind - Sie ja auch, Herr Dr. Schäuble -, wozu wir eigentlich Gesetze haben, wenn die zuständigen Minister gar nicht bereit sind, die Gesetze anzuwenden.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender, es wird ja ein Protokoll geführt. Ich glaube nicht, dass ich das gesagt habe, was Sie jetzt mir vorhalten; mit allem Respekt. Ich habe darauf verwiesen, dass ich mich nicht erinnern - - dass mir vorgetragen worden sei, dass ich, wenn ich mich recht erinnere - - Aber vielleicht kann mir jemand den Wortlaut des Bundeskriminalamtsgesetzes vorhalten. Ich habe ihn nicht mitgebracht, und ich habe mich in den letzten Tagen nicht intensiv mit dem Bundeskriminalamtsgesetz, sondern mehr mit der europäischen - - Bitte?

(Dr. Eva Högl (SPD): Wir haben es da! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können aushelfen!)

- Können wir prüfen, können wir prüfen mal, ob es der § 4 Abs. 2 - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der ist es, ja.

(Dr. Eva Högl (SPD): Der ist es, ja!)

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Vielen Dank. Sehen Sie, mein - - Danke, Frau Kollegin. Mein Gedächtnis ist trotz vorrückendem Alter noch nicht völlig außer Kraft gesetzt. Also gut.

Ich habe - - Wenn ich mich nicht sehr irre, habe ich gesagt, ich kann mich nicht erinnern, dass mir vorgetragen worden sei der Vorschlag oder auch des Bundeskriminalamts - - Mein Gesprächspartner beim Bundeskriminalamt war, wenn ich mich recht erinnere, der Präsident Ziercke. Wenn ich nicht mich irre, haben Sie den Präsidenten Ziercke als Zeugen vernommen im Untersuchungsausschuss. Sie werden selber wissen, ob Herr Ziercke gesagt hat, er habe dem Bundesinnenminister einen Vorschlag gemacht, der Bundesinnenminister möge - - Es gibt ja verschiedene Formen, wie das Bundeskriminalamt ein Verfahren übernehmen kann. Der Fall des § 4 Abs. 2 Satz 2 ist der Fall, dass das Bundeskriminalamt auch ohne ein Einvernehmen mit den Ländern den Fall an sich ziehen kann. Und ich habe gesagt: Es ist mir ein solcher Vorschlag nicht vorgetragen worden. Aber ich würde ihn auch angesichts der Tatsache, dass die Ermittlungen von den Ländern geführt worden sind in der damaligen Situation, auch aus heutiger Sicht nicht - - würde ich ihm auch nicht zustimmen, sondern ich würde den Vorschlag - - würde es dabei belassen, so, wie entschieden worden ist. Wobei ich die Entscheidung gar nicht - - mich erinnern kann, dass ich die Entscheidung getroffen hätte, weil sie mir gar nicht vorgetragen worden ist. Ich musste sie auch nicht getroffen haben. Daraus nun abzuleiten - Herr Vorsitzender, mit allem Respekt -, ich würde Gesetze als Bundesminister nicht beachten, ist so, dass ich Sie bitten würde, diesen Vorhalt zurückzunehmen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Schäuble, ich habe nicht davon gesprochen, dass Sie die Gesetze nicht beachten, sondern ich habe davon gesprochen, dass bei mir folgender Eindruck entstanden ist, den Sie eben durch Ihre jüngsten Ausführungen auch bestätigt haben. Sie haben hier in diesem Ausschuss berichtet, die Frage, ob Sie die federführende Ermittlung anordnen sollten, sei an Sie nicht herangetragen worden mit Blick auf die Ceska-Morde. Dann haben Sie aber gesagt, wenn diese Anregung an Sie herangetragen worden wäre, hätten Sie es trotzdem nicht gemacht. Dann habe ich darauf hingewiesen, dass wir ein Gesetz haben, -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - nämlich das Bundeskriminalamtsgesetz, und da gibt es eben diesen § 4 Abs. 2 Satz 2:

Das Bundeskriminalamt nimmt darüber hinaus die polizeilichen Aufgaben auf dem Gebiet der Strafverfolgung wahr, wenn

- und da heißt es in Satz 2 -

der Bundesminister des Innern es nach Unterrichtung der obersten Landesbehörde aus schwerwiegenden Gründen anordnet ...

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und da haben Sie gesagt, Sie sind mit dieser Frage gar nicht konfrontiert worden. Wären Sie konfrontiert worden, hätten Sie die Anordnung nicht getroffen. Daraufhin habe ich die Frage gestellt - und die ist ja wohl völlig legitim, Herr Minister, mit Verlaub -, wozu wir eine solche gesetzliche Vorschrift haben im Bundeskriminalamtsgesetz, wenn ein Bundesinnenminister von vornherein ausschließt, davon Gebrauch zu machen. Das hat nicht mit Nichtbeachtung zu tun.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender, noch einmal: Ich habe ja nicht gesagt, ich schließe es von vornherein aus, sondern ich habe gesagt, ich bin - - die Frage ist nicht an mich herangetragen worden. Aber nachdem ich in den Medien verfolgt habe, welche Fragen Sie in diesem Ausschuss erörtern, habe ich mir natürlich die Frage gestellt: Wäre sie an mich herangetragen worden, was würde ich für - - welche Entscheidung hätte ich denn getroffen? Denn wenn Sie den Paragrafen gerade richtig vorge- - wenn ich Sie gerade richtig verstanden habe, wie Sie § 4 Abs. 2 Satz 2 des BKA-Gesetzes zitieren, dann heißt er ja nicht, dass, wenn das vorgeschlagen wird, dass der Bundesinnenminister dann keine Entscheidung zu treffen hat, und wenn er eine Entscheidung zu treffen hat, muss er Argumente wägen. Und wenn ich es richtig in Erinnerung habe aus den Medienberichten, hat eines der beteiligten Bundesländer - ich glaube, es war der Freistaat Bayern - zwei Jahre zuvor die Übernahme der Ermittlungen durch das Bundeskriminalamt, was nach Paragraph - - nach dem Bundeskriminalamtsgesetz - - Ich bin gerne bereit - - Nur falls - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nur, falls Sie an meiner Antwort interessiert sind - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Natürlich bin ich das.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Na, dann warte ich, bis Sie wieder zuhören.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Lebhaft. Ja, ich bin vom Kollegen Wolff abgelenkt worden. Es tut mir leid.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja, deswegen habe ich unterbrochen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist Ihr Koalitionspartner.

(Dr. Eva Högl (SPD): Richtig!)

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender, ich bin Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss und nicht in einer Koalitionsverhandlung und nicht in einer politischen Debatte im Deutschen Bundestag.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Fahren Sie fort, Herr Schäuble.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Wenn - - Ich habe - - Ich begründe jetzt, warum ich heute der Ansicht - - die Ansicht geäußert habe, wenn ich - - wenn mir eine solche Frage vorgetragen worden wäre, würde ich aus heutiger Sicht angesichts der Tatsache, dass im Jahre 2004 eine Anregung - wenn ich das richtig in den Medien verfolgt habe - des ermittlungsführenden Freistaates Bayern vom Bundeskriminalamt abgelehnt worden ist, und wenn ich im Übrigen - - Weil ich im Übrigen der Auffassung bin, dass der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern für die Sicherheit unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger und der Menschen, die in unserem Lande leben, am besten durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit Rechnung getragen wird, hätte ich immer darauf hingewirkt, dass wir solche Fragen im Zusammenwirken entscheiden. Da ich mich aber daran erinnere, dass mir gar keine Probleme in der Zusammenarbeit vorgetragen worden sind, sondern vielmehr auch im Zusammenhang ich mich meine zu

erinnern, dass eben am Rande der oder bei Anlass der Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen im Mai 2006 ich informiert worden bin aus dem zuständigen Arbeitskreis, dass die Fragen der Zusammenarbeit befriedigend geregelt seien und dass im Rahmen dieser Zusammenarbeit sich der Bund auch an der erhöhten Auslobung beteiligen solle, ist der Rest eine Diskussion über Beurteilungen, die man so oder so anstellen kann, für die ich aber als Zeuge aus meiner Erinnerung, meiner sorgfältigen Erinnerung dann auch weiter nichts beitragen kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Staatssekretär a. D. Dr. Hanning hat hier am 22.11.2012 laut dem vorläufigen Protokoll wörtlich Folgendes ausgeführt - ich zitiere auf Seite 11 -:

Und dann war ein weiterer Vorgang, aber damit im Zusammenhang stehend, ich glaube, eine Intervention des BKA im Bundesministerium des Innern, die also geltend gemacht haben: Hier gibt es Defizite bei den Ermittlungen, und es gibt sehr gute Gründe dafür, dass hier besser koordiniert werden muss, und die beste Lösung wäre eigentlich, dem BKA die Federführung zu übertragen.

Das bezog sich auf diese damals als Ceska-Mordserie bezeichnete Abfolge von Straftaten. - Diese Intervention des BKA hat Sie nicht erreicht. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich kann mich nicht erinnern, dass sie mich erreicht hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben einleitend ausgeführt, Sie hätten sich als Bundesinnenminister nicht als, ich glaube, Sie haben gesagt: oberster Polizist der Republik betrachtet, Sie hätten die Auffassung vertreten, Ermittlungen seien Ländersache. Haben Sie denn in Ihrer Zeit als Bundesinnenminister jemals von der Möglichkeit, die im Bundeskriminalamtsgesetz niedergelegt ist, Gebrauch gemacht, zentrale Ermittlungen anzuordnen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nach § 4 Abs. 2 Satz 2 des BKA-Gesetzes?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bezüglich der Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen gab es eine Ministervorlage, Betreff „Mordserie CESKA“. Das finden wir in den Akten im Bestand BMI-4/0030, Blatt 86 ff., datiert vom 3. Mai 2006. Die IMK war dann am 4. und 5. Mai, das heißt, am Tag und am Tag darauf. Können Sie sich - - Vielleicht kann man dem Herrn Dr. Schäuble das mal eben kurz geben. Einen kleinen Augenblick, bitte.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Vielen Dank.

Unterrichtung und Entscheidung über das weitere Vorgehen im Hinblick auf eine von Staatsminister Beckstein angekündigte Initiative am Rande der IMK am 4./5. Mai ... mit dem Ziel, die Belohnung zu erhöhen.

Ich meine, das hätte ich einleitend gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich erinnern, das gesehen zu haben, diese drei Seiten? - Interessant finde ich bei dem Papier, dass nur am Rande über das Thema Organisation der Ermittlungen gesprochen wird und im Mittelpunkt die Frage steht, wie sich das Bundesinnenministerium verhalten sollte mit Blick auf die von Bayern angestrebte Erhöhung der Belohnung für das Auffinden der Täter.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das war - - ist meine Erinnerung, Herr Vorsitzender, dass mir diese Frage zur Entscheidung vorgetragen oder vorgelegt worden ist. Ich kann mich nicht exakt - - ob ich diese Vorlage gesehen habe oder nicht. Ich weiß nicht, ob sie abgezeichnet ist von mir, aber vermutlich haben wir zumindest darüber gesprochen. Herr Hanning hat sie jedenfalls, wie ich hier sehe, abgezeichnet, und es kann sein, dass er sie mündlich mir vorgetragen hat. Es kann sein, dass sie mir vorgelegen ist. Ich bitte, das nachzusehen. Aber ich erinnere mich daran, dass wir schriftlich oder mündlich darüber gesprochen - - also damit befasst waren, daran zu beteiligen, und dass das Motiv gewesen ist - so, wie mir das vor-

geschlagen worden ist -, dass wir uns - - Aber ich kann auch gerne die ganze Vorlage jetzt noch einmal lesen, um sie zur Kenntnis zu nehmen; denn ich habe die Akten nicht gelesen jetzt in den letzten Monaten oder so.

Das Motiv, an das ich mich erinnere, war, dass wir damit auch unseren Beitrag zur Zusammenarbeit - - Ich sehe ja hier, es sind ja mehrere Bundesländer betroffen gewesen. Die letzten Morde waren nach meiner Erinnerung - - also, die Morde im Frühjahr 2006 sind, glaube ich, in Bayern -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dortmund und Kassel war das.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - begangen worden. Bayern war deswegen auch federführend innerhalb - - mit den anderen Ländern. Aber ich sehe ja hier Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, etc. Und dann habe ich dem Vorschlag - so ist es mir auch vorgeschlagen worden - - dass wir uns entsprechend an dieser Initiative, die Belohnung zu erhöhen, um den Fahndungsdruck zu erhöhen, beteiligen würden. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na, ich stelle nur fest, Herr Dr. Schäuble, dass es mich ein bisschen wundert. Also, wir haben folgenden Sachverhalt: 2000 bis April 2006: neun Morde an Kleinunternehmern mit einem sogenannten Migrationshintergrund, alle mit derselben Waffe begangen, in fünf Bundesländern. Neun Morde, fünf Bundesländer. Das BKA stellt fest - das war beteiligt an der Führung der Ermittlungen -: Das macht mit dieser weitgehend dezentralen Organisation keinen Sinn mehr. Das ist nicht zielführend, dass sechs Polizeibehörden, fünf Staatsanwaltschaften die Ermittlungen führen. Das BKA wendet sich an das Bundesinnenministerium mit der Bitte, über Sie zu erwirken - im Rahmen der IMK in Garmisch-Partenkirchen im Mai 2006 -, doch zu erreichen, dass das BKA die zentrale Federführung für die Ermittlungen bekommt. Dann berichten Sie hier in diesem Ausschuss, dass Sie mit dem ganzen Sachverhalt nur befasst waren bezüglich des Aspektes der Erhöhung der ausgesetzten Belohnung, aber nicht bezüglich des Hauptaspektes, nämlich der Kritik des BKA an der Organisation der Ermittlungsführung. - War das so? Also, Sie können sich erinnern, was die Erhöhung der Belohnung betrifft, da waren Sie befasst.

Was den Wunsch des BKA betrifft, die federführenden Ermittlungen zu bekommen, da waren Sie nicht befasst?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender, ich kann dieser Vorlage nicht entnehmen, dass hier da vorgeschlagen sei, die Ermittlungen auf den Bund, auf das BKA zu übertragen. Ich versuche jetzt, auf der einen Seite Ihnen zuzuhören, andererseits die Vorlage zu lesen, habe sie also nur überflogen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist richtig. Also, das ist ja das Erstaunliche eigentlich bei der Geschichte.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja, wenn ich es nicht aus den Vorlagen - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, wir können dem Zeugen doch Gelegenheit geben, das mal zu lesen!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, selbstverständlich, Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich würde wirklich interessieren, ob seine Parapher zum Beispiel drauf ist. Hier oben steht:

Liegt Herrn Minister als Fax vor!

Handschriftlich. Kann ja richtig sein, kann ja falsch sein. Ich finde es gut, dass er sagt: Er ist nicht so vorbereitet, dass er nun alle Fragen, alle Antworten schon mal durchgespielt hat. Deswegen denke ich, er sollte die drei Seiten sich jetzt mal ansehen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist ja auch völlig in Ordnung. - Gut. Wie ist denn der Planungsstand, was die namentliche Abstimmung betrifft, übrigens? - 13.12 Uhr. Wir müssen da ja auch erst noch mal hinkommen. Dann würde ich vorschlagen, wenn Sie einverstanden sind, dass wir jetzt unterbrechen, Herr Dr. Schäuble vielleicht so freundlich ist, auch die Zeit zu nutzen, sich das Papier anzuschauen, und wir nach der namentlichen Abstimmung - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich lese das nur in der Sitzung. Ich lese das nur in der Sitzung. Sonst kommen Sie mir -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, gut, dann - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - mit dem Vorhalt, ich hätte hier in die Akten reingeschaut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist in Ordnung, Herr Minister, dann - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Außerhalb der Sitzung lese ich es nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut, okay. - Einen Augenblick, Herr Binninger. Dann stellen wir fest: Wir unterbrechen gleich. Der Minister muss nicht lesen während der Unterbrechung, und wir setzen dann fort mit der Möglichkeit zur Lektüre.

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Er muss ja abstimmen.)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger hat sich gemeldet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie dürfen es auch gerne auf meine Zeit schon anrechnen. Bevor wir uns hier jetzt in eine Debatte verheddern, die man eigentlich aufklären kann, wenn man das Dokument kennt, und wir kennen die Dokumente - - Deshalb wollte ich auch fairerweise, Herr Zeuge, darauf hinweisen: Es stimmt natürlich, was Ihnen der Vorsitzende vorgehalten hat: dass in diesem Schreiben, das Sie schon in irgendeiner Form erreicht hat, egal jetzt, ob mündlich oder per Fax, ein kurzer Absatz auf Seite 3 die bisherige Organisation der Ermittlungen beschreibt; das ist Seite 2, Entschuldigung. Die wird da beschrieben auch mit den ganzen Schwächen, die ja offenkundig waren. Das war die Organisation der Ermittlungen vor der IMK. Auf Seite 3 schreibt das BKA aber auch, dass man eben auf dem Weg sei, eine neue Organisationsform zu finden. Also, insofern kann man dann beides gegenüberstellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir beschäftigen uns nach der Unterbrechung mit der Textexegese. Ich unterbreche für die Abstimmung.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Wann geht es denn weiter? Wann geht es denn weiter?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, direkt nach der namentlichen Abstimmung treffen wir uns hier wieder.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sorry, Sie müssen mir schon eine Uhrzeit sagen. Dafür bin ich nun Zeuge.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Schäuble, das ist -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nicht, dass Sie mich noch zwangsweise vorladen lassen. Ich weiß doch, was Sie - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: - nicht Ihre erste namentliche Abstimmung, unsere auch nicht. Die ist für 13.12 Uhr vorgesehen.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber es ist meine erste Unterbrechung für eine namentliche Abstimmung als Zeuge in einem Bundesuntersuchungsausschuss.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir treffen uns hier um 13.45 Uhr.

(Unterbrechung von
12.55 bis 13.48 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vor der Unterbrechung der Sitzung hatten wir den Sachstand, dass dem Zeugen Gelegenheit gegeben werden sollte, die dreiseitige Ministervorlage, die für ihn am 3. Mai 2006 erstellt worden ist, zu sichten.

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Er liest gerade!)

- Dann warten wir das eben ab.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Herr Dr. Schäuble, wenn Sie dieses Papier sehen, können Sie sich daran entsinnen, dass Sie das im Mai 2006 so vorgelegt bekommen haben?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe ja in meinen einleitenden Ausführungen schon gesagt: Ich erinnere mich an den Vorgang, und vermutlich habe ich das Papier, die Vorlage auch gesehen, ja. Und ich würde jetzt gerne doch aus der Stellungnahme auf der Seite 3 zeigen - Stellungnahme -:

Verfahrensvorschlag

BMI sollte sich an einer Erhöhung der Belohnung mit einem Beitrag von 30.000 € beteiligen:

- Dadurch würde es BMI leichter fallen, bei künftigen Ermittlungen in Sachen „CESKA“ die Rolle des BKA zu stärken. Nach Telefonaten zwischen BMI und IM-BY

- Bayern -

auf AL-Ebene sowie P-BKA

- Präsident BKA, das ist Herr Ziercke -

zeichnet sich die Einrichtung einer gemeinsamen „Steuerungsgruppe“ unter Federführung BY und Beteiligung der anderen betroffenen Länder sowie des BKA ab.

Usw. - Daraus folgt, Herr Vorsitzender, exakt das, was ich einleitend gesagt habe.

Ich habe am Rande der Innenministerkonferenz erfahren, dass die Zusammenarbeit - da gab es Erörterungsbedarf - - dass man sich auf Arbeitsebene verständigt hat - das wird wohl der AK II gewesen sein -, die Zusammenarbeit zu verbessern, und dass wir als Teil dieser Zusammenarbeit - - ich auch zugestimmt habe, die Belohnung - - uns an der Erhöhung der Belohnungssumme² oder Auslobungssumme zu beteiligen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir finden in den Akten, datierend vom 2. Mai 2006, also einen Tag vor der Ministervorlage, ein Schreiben des Präsidenten des Bundeskriminalamtes. Das ist MAT A BMI-4/30, Blatt 90 ff. Das ist unterzeichnet von Herrn Falk, also dem Vizepräsidenten damals des Bundeskriminalamtes, ein Schreiben an den Unterabteilungsleiter Förster im Bundesinnenministerium, und in diesem Schreiben, das also nur einen Tag vor der Ministervorlage gefertigt worden ist, heißt es - ich zitiere -:

Das ... Nebeneinander von Zuständigkeiten und Aufgabenwahrnehmungen verschiedener Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften in Verbindung mit fehlenden Ermittlungserfolgen ... spricht unter kriminalistischen Gesichtspunkten ganz überwiegend für eine einheitliche zentrale Ermittlungsführung durch das BKA ...

Das ist Ihnen aber so nicht vorgetragen worden?

² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: An dieses Schreiben kann ich mich nicht erinnern, aber wenn ich richtig zugehört habe, war es ein Schreiben des Vizepräsidenten des BKA an den Unterabteilungsleiter Förster. An den Unterabteilungsleiter Förster kann ich mich erinnern, aber Schreiben, die an ihn gerichtet waren, sind üblicherweise nicht dem Minister vorgelegt worden. Die werden nämlich üblicherweise an den Minister gerichtet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In dem Schreiben, das allerdings an den Minister gerichtet worden ist, das Sie ja jetzt auch vorliegen haben, vom 3. Mai 2006, heißt es auf Seite 2 - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das ist kein Schreiben, Herr Vorsitzender, wenn ich Sie berichtigen darf. Das ist eine Vorlage des Referats P I 1.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Also, in der schriftlichen Vorlage, Herr Zeuge, die für Sie am 3. Mai 2006 gefertigt worden ist, heißt es auf Seite 2 unter der Überschrift „Bisherige Organisation der Ermittlungen“ - ich zitiere auszugsweise -:

Eine länderübergreifende Konzentration der Ermittlungen auf eine

- unterstrichen -

Staatsanwaltschaft und eine

- unterstrichen -

Polizeibehörde hat bisher nicht stattgefunden. Das BKA ist der Auffassung, dass das bisherige Vorgehen der zuständigen Strafverfolgungsbehörden in den betroffenen Ländern weder ein einheitliches Ermittlungs- bzw. Fahndungskonzept noch eine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit erkennen lässt. Außerdem könnten mangels Absprachen der Länder untereinander und mit dem BKA verdeckte taktische Ermittlungsmaßnahmen im In- und Ausland nicht zentral geplant und durchgeführt werden.

Das heißt, in der Vorlage ist ja nicht nur die Rede - auch wenn das in weiten Teilen der Fall ist - von dem Vorschlag Bayerns, die Belohnung für Hinweise auf die Täter zu erhöhen. Es ist auch durchaus die Rede davon, dass aus Sicht des BKA die bisherige Organisation der Ermittlungen - ich sage

mal - suboptimal verlaufen zu sein scheint. Hat das bei Ihnen zu Nachfragen geführt?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender, ich glaube, ich muss lauter sprechen. Ich habe Ihnen in Ihrer vorherigen Frage auf der Seite 3 - - Das ist ja - - Ich muss jetzt doch die ganze Vorlage für die anderen vorlesen. Das eine ist Zweck der Vorlage:

I. Zweck der Vorlage

Unterrichtung und Entscheidung über das weitere Vorgehen im Hinblick auf eine von Staatsminister Beckstein angekündigte Initiative am Rande der IMK am 4./5. Mai 2006 mit dem Ziel, die Belohnung zu erhöhen.

Dann kommt II.: Sachverhaltschilderung. Darunter erstens die Taten, zweitens die bisherige Organisation - daraus haben Sie eben zitiert -, drittens Erhöhung der Belohnung und Behandlung des Themas auf der IMK, und dann kommt die Stellungnahme in III., und aus der habe ich vorgetragen. Das wiederhole ich jetzt. BMI:

Verfahrensvorschlag

BMI sollte sich an einer Erhöhung der Belohnung mit einem Beitrag von 30.000 € beteiligen:

- Doppelpunkt, Spiegelstrich:

- Dadurch würde es BMI leichter fallen, bei künftigen Ermittlungen in Sachen „CESKA“ die Rolle des BKA zu stärken. Nach Telefonaten zwischen BMI und IM-BY auf AL-Ebene sowie P-BKA zeichnet sich die Einrichtung einer gemeinsamen „Steuerungsgruppe“ unter Federführung BY und Beteiligung der anderen betroffenen Länder sowie des BKA ab.

Daraus ergibt sich, dass ich mich keineswegs nur mit der Belohnung beschäftigt habe, sondern dass in der Vorlage auch stand: Das Problem der mangelnden Zusammenarbeit ist gelöst worden. - Wie ich einleitend gesagt habe, dass ich unterrichtet wurde, dass am - - bei Gelegenheit der Innenministerkonferenz vermutlich im AL II - das war Arbeitskreis II; das war nämlich die Abteilungsleiterenebene, wenn ich recht erinnere, zwischen Bund und Ländern - - dass auch die Zusammenarbeit verbessert wurde. Deswegen bitte ich, mir nicht zu unterstellen,

ich hätte gesagt, ich hätte mich nur mit dem Geld beschäftigt, sondern ich bin unterrichtet worden, dass jetzt die Zusammenarbeit besser klappt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Zeuge, ich habe Ihnen gar nichts unterstellt. Ich stelle ja nur Fragen. Das ist auch die Aufgabe von Mitgliedern in einem Untersuchungsausschuss, wie Ihnen möglicherweise geläufig sein wird.

Die Frage, die ich jetzt habe, ist, dass aufgrund dieses Vermerkes Sie keinen weiteren Nachfragebedarf gesehen haben, -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - weder gegenüber Herrn Hanning noch gegenüber Herrn Ziercke als BKA-Präsidenten. Das haben Sie so zur Kenntnis genommen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe dem Verfahrensvorschlag, den ich eben vorgebracht habe, zugestimmt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das das übliche Verfahren, dass Sie sozusagen - - Sie werden doch wahrscheinlich eine Reihe von Vorlagen bekommen für eine Innenministerkonferenz. Ist das immer so, dass Sie den Verfahrensvorschlägen eins zu eins folgen, ohne sich da mal vertieft weitergehend informieren zu lassen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Vorsitzender, ich habe einleitend gesagt, dass ich meine, mich zu erinnern, dass ich mit Herrn Hanning darüber gesprochen habe. Aber ich fand es dann im Ergebnis so richtig. So ist jedenfalls meine Erinnerung.

Für die Innenministerkonferenz gibt es viele Vorlagen, und mit denen beschäftigt man sich. Dieses war - - Innenministerkonferenz muss man sich vorstellen: Auf der einen Seite ist das eine Konferenz der Innenminister der Länder, wo der Bundesinnenminister dabei ist. Dabei sind dann auch die leitenden Beamten anwesend. Deswegen sind die Veranstaltungen hinreichend umfangreich. Manchmal vom Umfang her erinnert es mich an manche Gremien auch in Brüssel. Und dann gibt es den Kamin. Da sind - - Da muss gar kein Kaminfeuer brennen. Ich bin nicht ganz sicher, ob nicht in Garmisch sogar ein Feuer gebrannt hat im Kamin. Ich glaube, wir

waren auf der Zugspitze oben. Da sind die Minister unter sich.

Daneben gibt es aber auch - - Vorbereitet werden die Innenministerkonferenzen nach meiner Erinnerung durch den - jedenfalls, was die Polizeianglegenheiten anbetrifft; es gibt ja auch andere Themen, die die Innenminister beschäftigen - Arbeitskreis II. Das sind die Abteilungsleiter. Beim BMI war das nach meiner Erinnerung der verstorbene Abteilungsleiter Krause. Der hat das langjährig gemacht. Er war ein sehr tüchtiger Abteilungsleiter. Und der bayerische Abteilungsleiter war wohl meines Erachtens auch bei der Organisation in Bayern - - Ich bin nicht ganz sicher, aber ich meine mich zu erinnern, dass er auch Landespolizeipräsident gewesen. Jedenfalls hieß er, glaube ich, Kindler. Auch ein nach meiner Erinnerung tüchtiger Mann. Dann gibt es die anderen; aber ich weiß die nicht mehr alle.

Ich habe auch schon mal gebeten den Vertreter der Bundesregierung, der hier anwesend ist, ob man mir nicht mal einen Organisationsplan des BMI von Anfang 2006 bringen kann, weil ich auch überlege. Ich glaube, für den Verfassungsschutz war der zuständige Abteilungsleiter Herr Steig. Ich habe es nicht so genau mehr, aber - - Also, jedenfalls Krause war die für das BKA zuständige Abteilung.

Da gibt es also auch den Arbeitskreis II. Aber die machen dann die Dinge - oder auch die Staatssekretäre zum Teil - auf verschiedenen Ebenen. So ist das bei diesen Konferenzen. In der Ministerrunde werden viele Vorlagen behandelt, und die werden natürlich - - Sobald sie Erörterungsbedarf haben, diskutiert man sie insbesondere mit dem Staatssekretär oder auch mit dem Abteilungsleiter. Ich habe auch viel mit Herrn Ziercke gesprochen.

An den Vizepräsidenten, den Sie eben erwähnt haben, erinnere ich mich an weniger Begegnungen; aber sicherlich hat er gelegentlich in Vertretung des Präsidenten auch an Erörterungen, die der Bundesinnenminister mit dem BKA gehabt hat, teilgenommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Interessant ist, dass Herr Dr. Hanning offenkundig dieser dreiseitigen Ministervorlage mehr Brisanz zugewiesen hat, als Sie das tun. Herr Dr. Hanning hat nach dem vorläufigen Protokoll seiner Vernehmung vom 22.11.2012, befragt von der Kollegin Dr. Högl - - Also, Frau Högl sagt: Es gab eine

umfangreiche Leitungsvorlage. Nur in zwei Sätzen sei es um die Übernahme der Ermittlungsführung gegangen. Daraufhin sagt Dr. Hanning oder sagte er hier vor zwei Wochen:

Ja, Frau Abgeordnete, aber die Sätze hatten es ja schon in sich.

...

- Die hatten es in sich, die Sätze. Die sind schon gravierend. Und wenn der Minister mit solchen Sätzen konfrontiert wird, dann muss man was machen.

Verstehen Sie diese Aussage von Herrn Hanning, bezogen auf diese dreiseitige Vorlage, wo Sie sagen: „Das war plausibel, da ist eine Empfehlung gemacht worden, da gab es keinen Nachfragebedarf“? Und Herr Hanning sagt: „gravierend“; „die Sätze hatten es in sich“.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich kann mit dem Vorhalt nichts anfangen. Aber ich habe an der Vernehmung von Herrn Hanning nicht teilgenommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Deswegen zitiere ich ja aus dem vorläufigen Protokoll.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Dann müsste ich es im Zusammenhang lesen. Ich schätze Herrn Hanning so, dass ich mir gar nicht vorstellen kann, dass er nicht etwas sagt, was ich, wenn ich es lese, nicht sofort nachvollziehen kann. Aber ich kann es - - So aus dem Zusammenhang kann ich es nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie können sich nicht erinnern, dass Sie sozusagen im Vorfeld der Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen mit Herrn Hanning noch mal explizit gesprochen haben über den Wunsch der BKA-Führung, also der Leitungsebene, dass Sie sich dafür einsetzen mögen gegenüber den fünf Ländern, in denen die neun Morde passiert sind, dass das BKA die Federführung der Ermittlungen bekommt?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe schon gesagt, Herr Vorsitzender, dass ich mich nicht daran erinnern kann, dass an mich der Wunsch des BKA herangetragen worden sei. Sie haben ein Schreiben des Vizepräsidenten zitiert. Ich kann mich nicht

erinnern, dass Herr Ziercke jemals zu mir gesagt habe, er schlage vor, dass das BKA, dass der Bundesinnenminister das BKA nach § 4 Abs. 2 Satz 2 beauftragen möge. Ich kann mich daran nicht - - Ich kann mich nicht erinnern, dass eine solche an mich gerichtet worden sei.

Sie haben ein Schreiben von Herrn Falk an Herrn Förster zitiert, wenn ich aufmerksam zugehört habe. Das ist mir nicht vorgelegen. Das wäre ja auch ganz merkwürdig, wenn es mir vorgelegen hätte. Daraus ist geworden, dass am Rande der Innenministerkonferenz auf Abteilungsleitersebene vorhandene Schwierigkeiten in der Koordination der Ermittlungen besprochen worden sind und ein Vorschlag, ein einvernehmlicher Vorschlag - das habe ich eben vorgelesen; ich will es nicht noch mal vorlesen -, erarbeitet worden ist, den ich zur Kenntnis genommen habe, befriedigt zur Kenntnis genommen habe. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Äußerung, die Sie jetzt von Herrn Hanning zitieren, sich auf diese Vorlage bezieht. Aber ich habe ihn nicht vernommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist sicherlich richtig. - Würden Sie denn im Nachhinein sagen, dass es sachlich vertretbar war, sechs Jahre nach dem ersten Mord und nach sechs Jahren erfolgreichen dezentralen Ermittlungen im Kern die Organisation der Ermittlungen so weiterzulaufen, wie sie sechs Jahre lang ergebnisfrei gewesen ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Wir sind ja - - Wissen Sie, im Nachhinein - - Das sind *Mutmaßungen über Jakob*. Das ist aber ein Buch von Uwe Johnson. Der hat in den 60er-Jahren eine große Rolle in der deutschen Literatur gespielt.

Wenn Sie mich nach meinem Urteil fragen, glaube ich, dass, wenn ich die Berichterstattung - - Soweit ich die Berichterstattung über diesen Ausschuss gelegentlich zur Kenntnis genommen habe, haben Sie doch auch den damaligen bayerischen Innenminister Beckstein als Zeugen gehört. Ich meine, irgendwo gelesen zu haben, dass es im Jahre einige Zeit vorher - nicht in der Zeit, als ich Innenminister gewesen bin - eine Anregung oder einen Wunsch Bayerns gegeben habe, das BKA möge die Ermittlungen übernehmen, was das BKA damals abgelehnt hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 2004. Das ist korrekt, ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Vielen Dank. - Wenn Sie mal das nehmen, und wenn Sie mir dann -- Ich habe irgendwann mal bei einer Gelegenheit Herrn Beckstein getroffen, jetzt in den letzten Monaten - ich glaube, es war längere Zeit, ehe er als Zeuge vor Ihrem Ausschuss ausgesagt hat -, und irgendwie haben wir darüber gesprochen, so auch nach dem Motto: Hättest du dir vorstellen können, dass das eine organisierte neonazistische Mörderbande ist? - Wir sind ja alle völlig entsetzt gewesen, und wir haben alle andere Vorstellungen gehabt, ohne jetzt die Arbeit der Polizei machen zu wollen - was ich einleitend gesagt habe.

Und bei der Gelegenheit haben wir dann wohl auch darüber geredet, dass wir im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft -- Und dann habe ich mich daran erinnert: Das war die Innenministerkonferenz in Garmisch. Dann habe ich mich wieder daran erinnert: Da sind wir auch auf die Zugspitze gefahren, um da oben in einem Lokal zu tagen. Ich glaube, ich bin auch ein bisschen verspätet erst zu der Innenministerkonferenz gekommen oder zu dem Kamin der Minister, zu dem Kamingsgespräch.

Und dann war es ja auch so, dass inzwischen eigentlich die Ermittlungsarbeiten der Polizeibehörden der Länder weit vorangeschritten waren. Und deswegen waren diese Erörterungen doch -- sind doch einvernehmlich dann in dem Arbeitskreis II so gewesen, dass man gesagt hat: Soweit es Schwierigkeiten gibt - das ist ja unbestreitbar; das steht ja da auch; Sie haben es ja auch vorgetragen, dass es in den bisherigen Erörterungen nicht -- dass die verbesserungsbedürftig sind, und dafür hat man ein einvernehmliches Verfahren gefunden.

Und ich bin auch heute der Meinung, dass der beste Weg ist, dass die für die Sicherheit, für die Ermittlungen zuständigen Behörden des Bundes und der Länder möglichst vertrauensvoll zusammenarbeiten und sich nicht in erster Linie in Zuständigkeitsstreitigkeiten erschöpfen; denn das können sie auch mit einer gewissen Intensität machen, aber das hilft dann nicht dem Verfahren. Also, insofern würde ich zur Frage aus heutiger Sicht sagen -- Ich glaube, dass das, was in Garmisch-Partenkirchen das Ergebnis war, das richtige Ergebnis gewesen ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wenn das Bundeskriminalamt dem zuständigen Bundesinnenminister einen fachlichen Rat erteilt, dann hängt die Frage, ob man dem nachkommt, insbesondere davon ab, ob die Länder dem zustimmen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie sagten ja vorhin, Sie hätten es anordnen können, aber gegen den Willen der Länder von diesem Weg Abstand genommen.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich würde vermuten, dass es nicht die beste Lösung wäre. Die bessere Lösung erscheint mir auch heute, dass sich Bund und Länder, BKA und Landespolizeibehörden, auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Genau dieses steht in der Vorlage, die Sie mir liebenswürdigerweise zur Kenntnis gegeben haben, dass sich „Nach Telefonaten zwischen BMI und IM-BY auf AL-Ebene“ - das wären also Herr Krause und Herr Kindler - „sowie P-BKA“ - das wäre Herr Ziercke - „die Einrichtung einer gemeinsamen ‚Steuerungsgruppe‘ unter Federführung BY und Beteiligung der anderen betroffenen Länder sowie des BKA“ abzeichnet. Vorlage vom 3. Mai, also einen Tag vor der IMK: Es zeichnet sich ab, dieses Ergebnis, und das ist die einvernehmliche Zusammenarbeit. P-BKA ist Präsident Ziercke. Und da habe ich dann gedacht: So ist es gut, und diese Wertung habe ich auch heute noch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Nun ist natürlich heute festzuhalten, dass dann auch die fünf Jahre nach der IMK in Garmisch-Partenkirchen genau diese Form der Organisation der Ermittlungsarbeit eben nicht zum Auffinden der Täter geführt hatte.

Wir kommen zur Befragung durch die Fraktionen. Im Rahmen der ersten Berliner Stunde hat das Fragerecht zunächst die CDU/CSU-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Dr. Schäuble, vielen Dank. - Ich will auch diesen Zuständigkeitsstreit jetzt nicht über Gebühr noch mal auswalzen, weil wir ihn auch schon häufig hier hatten. Für uns ist es aber schon ein roter Faden, der sich nahezu

durch alle Zeugenvernehmungen, auch Aktenstudium zieht, dass das, was Sie als Idealfall beschreiben, dass Bund und Länder vertrauensvoll zusammenarbeiten, in der Praxis halt nicht funktioniert hat. Die haben - ich will es mal etwas salopp formulieren - gestritten bis zum Schluss, bis zum Schluss, BKA und Länderpolizei, trotz dieser gefundenen Organisationsformen. Der Vizepräsident Falk hat es hier als „kriminalfachlich stümperhaft“ beschrieben - die Organisationsform, nicht die Arbeit -, und deshalb versuchen wir ja auch, herauszufinden: Was müsste sich ändern?

Der Herr Hanning - das wäre jetzt meine erste Frage an Sie - hat ja selber eingeräumt, dieser § 4 BKA-Gesetz, nach dem der Bundesinnenminister theoretisch auch gegen den Willen der Länder die Ermittlungen an sich ziehen könnte, der meines Wissens noch nie - oder ich glaube, nur einmal in der Geschichte unserer Republik - angewandt wurde, sei eine Bestimmung, die in der Theorie funktioniert, aber in der Praxis muss man andere Wege finden.

Und in dieser Vorlage, die Sie haben, steht für mich ein richtiger Satz, der auch wirklich das Problem so treffend beschreibt, wie man es treffender nicht beschreiben kann. Deshalb wäre die Frage, ob man nicht andere gesetzliche Bestimmungen bräuchte. Hier steht nämlich nichts davon drin, wie es häufig immer gern ein bisschen suggeriert wird: Wenn nur das BKA übernommen hätte, dann wäre schon alles gut geworden. - Wäre es nicht, wie wir heute wissen. Das BKA wollte von der fremdenfeindlichen Spur ja nie etwas wissen, auch bis zum Schluss.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Von was?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Von der fremden... - - Es ging ja in dieser BAO „Bosporus“ - das war ja diese Steuerungsgruppe, diese Organisationsform, die man gewählt hat als Kompromiss - um die Frage: Soll man die Ermittlungen der Ceska-Mordserie ausdehnen auch auf den Ansatz fremdenfeindlicher Einzeltäter oder Kleinstgruppe? Das wollten die Bayern aufgrund eines Profiling-Gutachtens und auch, weil der Günther Beckstein schon sehr früh da sensibel war dafür. Andere Ermittlungsdienststellen - darunter auch das BKA - haben davon wenig gehalten, auch von der Fallanalyse etc. Und

solche Konflikte ziehen sich letztendlich durch bis ins Jahr 2011.

Deshalb glaube ich eben nicht, dass die entscheidende Frage ist: Übernimmt das BKA, dann wird alles gut. - In dem Fall wären wir weiter, glaube ich, in die falsche Richtung - - Aber der Satz, wo ich Sie dann bitten würde, ob man da nicht eine andere Regelung auch in diesem § 4 bräuchte*:

Eine länderübergreifende Konzentration der Ermittlungen auf eine Staatsanwaltschaft

- wir hatten in dem Verfahren fünf zuständige, die nebeneinander her Beschlüsse gemacht haben, je nachdem, wo der Beschluss zu vollziehen war -

und eine Polizeibehörde hat bisher nicht stattgefunden.

Da ist bewusst - - Deshalb ist der Satz sicher der klügste, der bei diesem ganzen Hin und Her da drinsteht, weil er eben nicht sagt: Es muss zwingend das BKA sein. - Er sagt nur: Wir brauchen auf Polizeiseite eine Stelle, und wir brauchen auf Justizseite eine Stelle. - Der Herr Geier, der die BAO „Bosporus“ geleitet hat, hat gesagt: Das kann das BKA sein, muss aber nicht.

Das Problem, das nur entsteht: Wenn Sie einem LKA die Federführung übergeben mit Weisungsbefugnis dann auch gegenüber den anderen Beteiligten, wird das wahrscheinlich an der heutigen Gesetzeslage eher scheitern. Und deshalb wäre meine Frage, ob Sie nicht auch aufgrund Ihrer langen Erfahrung sagen: „Den § 4 BKA-Gesetz können wir so nicht lassen, das ist eigentlich ein Papiertiger“?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Fragen Sie mich jetzt als Sachverständigen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich frage Sie als jemand, der als Innenminister einen ungeheuer großen Erfahrungsschatz hat, von dem wir ja profitieren müssen, wenn wir hier irgendwann auch Empfehlungen aussprechen wollen. Sonst heißt es: Hier sitzen Abgeordnete, die von Innenpolitik keine Ahnung haben, und sprechen Empfehlungen aus. - Deshalb fragen wir die, die davon Ahnung haben.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/30, Blatt 87.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich wollte eigentlich - - Wenn Sie mich jetzt gefragt hätten, hätte ich gesagt: Schauen Sie, ich habe gerade die Ergebnisse der Bundesratssitzung und des Vermittlungsausschusses diese Woche erlebt und könnte Ihnen da aus meiner Erfahrung, wie Sachverständige bemerken - - die ich besser unterdrücke. Die Gesetze brauchen alle die Zustimmung des Bundesrats. Viel Vergnügen! Viel Vergnügen! Verstehen Sie - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das hilft uns ja nicht weiter.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Natürlich: Ich kann mir die Sicherheitsarchitektur anders vorstellen. Ich würde mir wünschen, dass die Zusammenarbeit besser ist, dass sich die beteiligten Behörden nicht in erster Linie mit Zuständigkeitsfragen beschäftigen, sondern mit einer optimalen Aufgabenerledigung, natürlich im Rahmen. Der Rechtsstaat hat bestimmte Prinzipien seiner Zuständigkeit.

Aber die Realität ist so, wie sie ist, und deswegen ist es allemal so, wie unsere Lage heute ist, auch die Rechtslage und die tatsächliche Verteilung. Und deswegen habe ich, glaube ich - - Einer meiner ersten Sätze war die Ordnung unseres Grundgesetzes.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Die können Sie - - Und eines der tragenden Prinzipien unseres Grundgesetzes ist der kooperative Föderalismus, nämlich dass man - - der Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens, der übrigens ein gegenseitiger ist: der Bund gegenüber den Ländern und die Länder gegenüber dem Bund. Das wird gelegentlich vergessen oder nicht so richtig gesehen. Aber das ist ein anderes Thema oder auch ein weites Feld.

Vor diesem Hintergrund könnte ich mir in der Tat vorstellen, dass man Verbesserungen, bessere Effizienz erreichen könnte mit Regelungen, die bessere Zusammenarbeit ermöglichen. Aber wenn Sie das in den Zuständigkeitsstreit hineinführen, haben Sie keine Chance. Dann werden Sie das Gegenteil erreichen.

Deswegen meine ich, die Frage des Vorsitzenden, ob ich jemals einen Fall von § 4 Abs. 2 Satz 2 des BKA-Gesetzes zu entscheiden hatte, weil die Entscheidung an

mich herangetragen worden wäre, verneint zu haben, dass ich mich nicht daran erinnere. Ich meine, dass Sie mich nicht - - Ich kann mich nicht erinnern, dass an mich herangetragen worden sei der Vorschlag: Entscheide auf der Grundlage § 4 Abs. 2 Satz 2, dass das BKA übernimmt. - Und ich glaube auch nach wie vor, vor genau diesem Hintergrund, dass so, wie die Lage heute ist, das im Ergebnis in der Sache es nicht die bessere Lösung wäre gegenüber dem, was hier dann steht, dass jetzt also eine gemeinsame Steuerungsgruppe - - und dass man sich also auf ein einvernehmliches Vorgehen verständigt hat. Dass das dann nicht so gut funktioniert hätte, Herr Vorsitzender, ist ja schrecklicher Weise wahr.

Aber, wissen Sie, ich habe auch noch eine Erinnerung an diese - das habe ich auch erst in der Zeitung gelesen - Wattestäbchen. Und dass man dann - - Das hat mir später gelegentlich privat - - Das sage ich jetzt nicht als Innenminister, sondern ich bin dann auch mit einem Landesinnenminister verwandt gewesen. Mein Bruder war längere Jahre - nicht in der Zeit 2009 - - Ich glaube, dass mein Bruder nicht in meiner Amtszeit Landesinnenminister war, sondern erst später.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Rech war in Ihrer Amtszeit.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Richtig, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Heribert Rech.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber er hat mir - - Gelegentlich haben wir über die Erfahrungen - - Denn der erste Mord war ja an der Polizistin, oder einer der Morde war die Polizeibeamtin in Heilbronn, und da war ja dann die Spur mit dem Täterprofil, weil diese verunreinigten Wattestäbchen für die DNA-Analysen, und wie man da - - Soll ich jetzt als Nichtpolizeibeamter - ich glaube, Sie sind sogar, Herr Kollege Binninger, wenn ich das richtig weiß, Polizeibeamter beruflich - sagen: „Wieso hat die Polizei nicht die Idee gehabt, dass die Wattestäbchen verunreinigt sein könnten, sondern ist immer dem Phantom eines weiblichen oder halbweiblichen oder weiß der Kuckuck was Täters nachgelaufen?“? Soll ich darüber sagen, die Polizei hat alles falsch gemacht? Bringt auch nichts.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber lassen Sie uns - - Sie sagen ja selber, wenn Sie es heute noch mal zu entscheiden hätten im konkreten Fall Ceska-Mordserie - § 4 Abs. 2 Satz 2, also an sich ziehen, wenn es sein muss, auch gegen den Willen der Länder -, wenn man es Ihnen vorgelegt hätte - damals hat man es Ihnen gar nicht vorgelegt -, Sie hätten trotzdem Nein gesagt.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich vermute - deswegen habe ich gerade gezuckt, Herr Abgeordneter Binninger -, ich meine, mich nicht zu erinnern, dass es mir vorgelegt worden ist. Deswegen kann ich auch nicht sagen, ich würde es heute genauso machen. Denn dann, wenn es genauso wäre wie damals, würde es mir heute auch nicht vorgelegt werden. Aber ich kann nachvollziehen, dass es mir gar nicht vorgelegt worden ist, der Entscheidungsvorschlag, sondern dass man sich einvernehmlich auf eine Steuerungsgruppe der beteiligten Länder unter Beteiligung des BKA verständigt hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil die Regelung so, wie sie im Gesetz ist, eigentlich nicht ohne politischen Streit zu lösen ist und deshalb ungeeignet doch.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja, weil in einem solchen Fall, wenn die beteiligten Behörden - und Sie brauchen die Länderpolizei ja in jedem Fall - miteinander streiten, wird das nicht das optimale Ergebnis sein. Und die Erfahrung dieser schrecklichen Morde muss uns alle ja dazu bringen, das Ziel muss ja sein, zu erreichen, dass die Polizeibehörden der Länder und des Bundes optimale Arbeit leisten können. Dafür müssen wir den Rahmen schaffen, und nicht dafür, dass sie sich optimal streiten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich will den Punkt abschließen und dann zu etwas anderem kommen, aber doch den einen Punkt Ihnen auch noch fairerweise quasi vorhalten.

2004 hätten die Länder gerne gehabt, dass das BKA übernimmt. Damals war die Antwort des BKA - jetzt verkürzt -: Schwerpunkt ist in Bayern; die Ermittlungen sollten auch in Bayern bleiben. - 2006 wollten zumindest ein Referatsleiter, ein Vizepräsident des BKA und ein Unterabteilungsleiter in Ihrem Ministerium - - Die drei, glaube ich, wären durchaus bereit gewesen, zu sagen - -

oder vielleicht sogar gewünscht, das BKA sollte jetzt den Fall an sich ziehen. An der Spitze BKA wurde das schon anders gesehen und auch dann so entschieden, wie wir es jetzt gehört haben.

Was mich auch etwas hat zweifeln lassen, ist, dass der gleiche Referatsleiter, der 2006 noch seinen Vizepräsident in Gang gesetzt hat nach dem Motto „Wir brauchen diesen Fall bei uns“, ein Jahr später - ich reiche es nachher nach, aber es ist ja bekannt - seinem BKA-Präsidenten, als der auf dem Weg war zu einem Gespräch mit den Bayern, unter anderem aufschreibt im Hinblick auf diesen Fall:

Sofern seitens des BayStMI eine personelle Unterstützung oder gar Übernahme des Verfahrens erbeten wird, sollte dem ablehnend entgegengetreten werden.

Haben Sie von diesem Sinneswandel jemals erfahren, dass man es so ein Jahr davor noch am liebsten gehabt hätte, der Minister muss hier jetzt in die Bütt, koste es, was es wolle, und man ein Jahr später sagt: „Finger weg von dem Fall, egal, wie sehr die Bayern darum bitten“?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Kollege Binninger, Sie sprechen offenbar von einem Referatsleiter im BKA.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Aber da hätte ja der Präsident Ihnen mal schildern können nach dem Motto „Nur der Sachstand“, was denn aus dieser Organisationsform geworden ist. Wäre ja denkbar, dass Ziercke Ihnen irgendwann mal berichtet und sagt: „Also, jetzt wären die wieder bereit, aber jetzt wollen wir nicht mehr“, oder so. War das nicht?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Ziercke hat mir - ich weiß nicht, ob Ziercke unmittelbar oder über Krause und Hanning - 2006 doch gesagt, es zeichnet sich die Einrichtung einer gemeinsamen Steuerungsgruppe unter Federführung Bayerns und Beteiligung der betroffenen Länder und des BKA ab. Ziercke hat mir nie gesagt: Es wäre besser, Sie würden anordnen, dass das BKA das an sich zieht.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet MAT A BKA-2/27.O13, Blatt 211.

Von dem Vorgang 2004 habe ich jetzt irgendwann gelegentlich mal von Herrn Beckstein gehört, der gesagt hat: 2004 oder irgendwann wollten wir, dass das BKA übernimmt. Da haben sie es nicht gemacht. Und später - - Ich weiß nicht, was das soll. Und dass das jetzt ein Jahr später - was Sie sagen - wieder anders war, das weiß ich nicht. Ich kenne den Referatsleiter nicht und habe dazu keine Erinnerung und deswegen auch kein Kommentar.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay. - Also, ich will jetzt noch im Zusammenhang mit der Mordserie einen Punkt ansprechen, den Sie selber gerade in anderem Zusammenhang angeführt haben, und dann auch etwas zu dem Thema, wie sich denn die Bekämpfung des Rechtsextremismus insgesamt in Ihrer Zeit dargestellt hat. Weil ich schon auch aus den Akten ja sehe, dass jetzt die konkrete Fallbefassung eben sich auf diesen einen Punkt reduziert hat.

Zehnter Mord von insgesamt 26 Verbrechen, die dieses Trio wahrscheinlich begangen hat, alle mit Schusswaffen und Sprengstoffen. Zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge, vierzehn Banküberfälle, alle mit Waffen oder Sprengstoffen; und auch bei den Banküberfällen gab es ja Verletzte durch abgegebene Schüsse. Der zehnte Mord war der in Heilbronn im Jahr 2007, wo niemand - zumindest jetzt im Bereich der Ermittler - einen Zusammenhang gesehen hat zu der Ceska-Mordserie, weil zwei andere Waffen verwandt wurden. Also das, was die anderen neun Fälle verbunden hat, war bei diesem zehnten Fall gerade nicht da. Man hat nach ausländischen Mitbürgern jetzt Repräsentanten des Staates im Blick gehabt. Da hätte man vielleicht drauf kommen können. Man hatte aber auch dort die OK-These.

Und dann hat man dort zwei Jahre lang in Richtung Phantomspur ermittelt, und ich meine mich zu erinnern - das wäre jetzt die Frage -, dass Sie es waren, der, von der österreichischen Kollegin angesprochen, den Baden-Württembergern den Hinweis gab: „Ihr müsst das noch mal überprüfen. Die Österreicher sagen: ‚Bei uns sind die Stäbchen irgendwie verunreinigt, und wir haben sie von der gleichen Firma und haben das gleiche Problem‘“, und Sie dann oder Ihr Haus mit dem baden-württembergischen Innenminister gesprochen hat. Trifft das denn zu, dass dieses Aufhalten der falschen

Richtung über Österreich und Sie nach Baden-Württemberg damals kam?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe jedenfalls damals keinen Zusammenhang mit diesen Morden, -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das hat niemand.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - mit dieser Ceska-Serie gesehen. Aber es ist in der Tat - ich habe das irgendwo wahrscheinlich mal erzählt - so gewesen, dass - ich weiß den Zeitpunkt nicht - mich meine damalige österreichische Kollegin anrief - ich war im Auto unterwegs; es war abends -,

(Dr. Eva Högl (SPD): Sie waren immer im Auto unterwegs?)

Sie hätten - - Ich glaube, das war meine jetzige Kollegin, die damals auch Innenministerin war, Frau Fekter.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie machen immer das Gleiche, oder ist das Zufall?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein, es war - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das war nicht ernst gemeint.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Zunächst einmal war in Österreich Frau Prokop³ Innenministerin. Die ist leider - ich kann das Jahr nicht mehr sicher sagen, aber jedenfalls um die Weihnachtszeit - überraschend verstorben. Und dann wurde irgendwann Frau Fekter Innenministerin in Österreich, war Kollegin als Innenministerin, und dann wurde sie einige - - Als ich Finanzminister wurde, war ein anderer österreichischer Finanzminister; aber der musste irgendwann aus Gesundheitsgründen sein Amt niederlegen. Dann wurde Maria Fekter Innenministerin, und neben mir war im Kreise der Finanzminister der heutige luxemburgische Finanzminister auch einmal Innenminister gewesen. Das tut nicht unbedingt zur Sache des Untersuchungsausschusses, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Nachsicht.

Aber da er mich nun anruft, sage ich: Frau Fekter hat mich irgendwann mal - ich glaube, es war, ja, es war Frau Fekter - angerufen an einem Abend, um mir zu sagen,

³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

wir hätten doch auch, unsere Polizeien, das Problem mit dieser DNA-Phantomspur oder so und sie hätten jetzt in einem Fall rausbekommen, dass die Stäbchen, die Wattestäbchen, mit denen man diese DNA-Proben nimmt, verunreinigt seien. Daraufhin habe ich natürlich sofort - - Erstens habe ich wahrscheinlich so was Ähnliches wie ogottogott gesagt und dann meinem Lagezentrum - das Lagezentrum des Innenministeriums, es ist nicht meines; aber die Baden-Württemberger haben es so an sich, „mein“ zu sagen in dem Zusammenhang - gesagt, sie mögen mir doch den baden-württembergischen Innenminister auftreiben, wo immer er sich befindet. Und sie haben dann den Kollegen Rech aus irgendeiner Veranstaltung rausgeholt, und ich habe ihm diese Information weitergegeben, weil für die Ermittlungsarbeit in dem Mord an der Polizeibeamtin in Heilbronn, wo ich überhaupt keinen Zusammenhang mit anderen Mord- oder mit Tatserien gesehen habe - - Aber da habe ich vermutet, da ist die Polizei in Baden-Württemberg zuständig. Deswegen habe ich ihm die Informationen gleich weitergeleitet. Mehr war ich aber damit nicht befasst.

Sie hat halt den Kollegen Bundesinnenminister angerufen, weil sie gedacht hat, erstens ist es ihr Partner, und zweitens gegenüber dem Ausland hat ja der Bund eine gewisse Vertretungsfunktion für den Gesamtstaat und auch für die Länder dann insoweit. Nicht, dass jetzt die Länder kommen und sagen, ich hätte mich in Länderbefugnisse eingemischt. Ich habe das nur weitergegeben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe das jetzt etwas ausführlich aufgerufen aus einem ganz bestimmten Grund: Neben dem Thema Kompetenzstreit, neben dem schlechten oder schleppenden Informationsaustausch zwischen Polizei auf Bund- und Länderebene oder zwischen Polizei und Nachrichtendiensten oder unterhalb von Nachrichtendiensten - das sind offenkundige Defizite, die wir jetzt ja zutage gefördert haben - ist ein Punkt - und er war eben in Heilbronn auch der Fall, obwohl mit anderer Ursache -, dass sich Ermittlungsbehörden offensichtlich sehr früh auf eine Richtung festlegen, dann mit hohem Aufwand weiterermitteln und sich kaum noch abbringen lassen.

Die OK-These - es muss organisierte Kriminalität sein, eventuell Schutzgeld, ir-

gendwelche alten Rechnungen, Rauschgift, Wettschulden - hielt sich ja wahnsinnig lange beim BKA. Heute wissen wir, es war ein Fehler. In Heilbronn wurde jeder, der nur irgendwann mal den Zweifel geäußert hat: „Seid ihr sicher, dass es so ein Täterprofil überhaupt gibt?“, mit: „Doch, wir haben DNA“, weggewischt. Das scheint mir auch ein Punkt zu sein, dass wir von dieser frühen Vorfestlegung, in welche Richtung es geht, nicht mehr runtergehen, egal, was andere sagen. Wir haben ja unser Ziel.

Sehen Sie da nicht auch - es ist eher eine Mentalitätsfrage vielleicht; das kann man ja gesetzlich nicht vorgeben, aber trotzdem - einen Veränderungsbedarf, dass wir ergebnisoffener ermitteln, dass wir bei Straftaten, wo ausländische Mitbürger Opfer sind und es keinen Täterhinweis gibt, zwingend auch die fremdenfeindliche Tathypothese gleichwertig aufnehmen müssen und - in England gibt es dafür eine gesetzliche Regelung - dass, wenn es eben nicht passiert, man es auch gesetzlich regelt?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich fühle mich nicht kompetent, aus heutiger Sicht ein Urteil, ein vertretbares Urteil über die fachliche Qualität der geleisteten Polizeiarbeit abzugeben. Ich glaube, das würde jedenfalls meinem Verständnis von Polizeiarbeit auch nicht gerecht werden. Ich bin jetzt seit drei Jahren Bundesfinanzminister. Man wertet die Äußerungen eines Bundesfinanzministers, auch wenn er sie nur als seine Meinung abgibt, möglicherweise mehr, als wenn ein Nicht-Bundesminister so was abgibt. Deswegen halte ich mich zurück.

Ich habe ein hohes Vertrauen in die Fachlichkeit unserer Polizei des Bundes und der Länder. Und, wissen Sie, ich lese gelegentlich Kriminalromane und schaue gelegentlich im Fernsehen auch solche Filme an. Den Fehler, dass man, wenn man eine DNA-Analyse hat, sich sicher glaubt, dass über das Täterprofil - - Das kann man sich doch - - Also, da würde ich jetzt nicht so schnell urteilen, dass das alles - - Oder ich würde jedenfalls nicht sicher sein, dass mir ein solcher Fehler nicht auch passieren würde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Es gibt ja - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber die Frage von mir bezog sich jetzt eher auf die Fremdenfeindlichkeit.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Im Neuen Testament gibt es Hinweise darauf: Man soll vorsichtig sein mit dem Urteil über andere. Deswegen: Bitte, wollen Sie nicht von mir eine Beurteilung über die Qualität der Polizeiarbeit. Ich glaube, dass die Polizeien des Bundes und der Länder grundsätzlich gute Arbeit leisten. Hier sind sicherlich organisatorisch Fehler gemacht worden, und wir alle sind dem Untersuchungsausschuss und dem Parlament dankbar, wenn sie bessere Lösungen für die Zukunft finden, damit solche schlimmen Dinge in Zukunft besser unterbunden werden können.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay. Die Zeit ist vorbei. Das heißt, ich werde das Thema Rechtsextremismus nachher noch mal anrufen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Das Wort hat die Kollegin Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Schäuble, guten Tag!

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Guten Tag!

Dr. Eva Högl (SPD): Wir sitzen hier zusammen, um Fehler aufzuarbeiten. Ich will das einfach hier auch noch mal so deutlich zu Beginn sagen: Es sind zehn Menschen ermordet worden, fünfzehn Banküberfälle begangen worden, zwei Sprengstoffanschläge. Und natürlich sind wir heute alle schlauer. Wir wissen jetzt, wer es war. Das Strafverfahren beginnt ja jetzt. Aber unsere Aufgabe ist es, mit dem Blick von damals draufzuschauen und zu gucken: An welcher Stelle lagen Informationen vor? Wer hätte was wissen können oder wissen müssen sogar?

Wenn zehn Menschen ermordet werden und die anderen Straftaten begangen werden, Herr Dr. Schäuble, dann müssen Fehler gemacht worden sein bei unseren Ermittlungsbehörden, bei der Polizei, beim Verfassungsschutz und in der Justiz. Es geht nicht anders. Sonst wären die Morde und Sprengstoffanschläge und Banküberfälle nicht ge-

schehen - das wäre der optimale Fall gewesen - oder jedenfalls eher aufgeklärt worden. Es zog sich über einen Zeitraum von 14 Jahren.

Deswegen möchte ich Sie noch mal fragen: Nach dem 4. November, als wir erfahren haben, dass der NSU, wie sie sich selbst nannten, die „Zwickauer Terrorzelle“, dass die verantwortlich waren für diese Straftaten, haben Sie sich da mal gefragt - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Welches Jahr meinen Sie jetzt? 4. November?

Dr. Eva Högl (SPD): 2011, als das rauskam jetzt, November 2011.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das war 4. November?

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. 4. November sind die beiden - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das Datum hat für mich eine bestimmte Bedeutung. Das hat aber nichts mit dem Untersuchungsausschuss zu tun.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, das ist gut. Aber für uns hat es eine Bedeutung. Da haben sich Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in dem Wohnmobil erschossen nach dem Banküberfall. Sie standen kurz vor der Entdeckung. Und in den weiteren Tagen sind ja die Zusammenhänge rausgekommen, dann auch der Zusammenhang zu dem Mord an Michèle Kiesewetter.

Ich möchte Sie gerne mal fragen - Sie waren ja über einen langen Zeitraum Innenminister während dieser bundesweiten Mordserie -, ob Sie sich dann unmittelbar mal gefragt haben, welche Fehler Sie damals vielleicht als Bundesinnenminister gemacht haben.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nach dem Bekanntwerden am 4. November?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, genau.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Zunächst einmal ist man fassungslos. Die Morde waren ja schon begangen, aber dass man sieht, dass es Neonazis waren mit einer - - und dass die in einem solchen Maße zu einer solchen Serie von schlimmsten Ver-

brechen dann - - und dass sie das über Jahre hinweg - - und dass wir alle - egal, welche Verantwortung - nicht in der Lage waren - - da ist nur Entsetzen. Und dann fragt man natürlich: Was ist da? Wieso? Wie und was? Und dann denkt man natürlich auch darüber nach - klar - und überlegt: Was hätte man anders machen können? Und dann - - Ja, gut, deswegen habe ich das - -

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie da über bestimmte Punkte nachgedacht, wo Sie Zweifel hatten im Nachhinein, ob das zu Ihrer Amtszeit alles richtig gelaufen ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ach, wissen Sie, mein Verständnis vom Menschen - ganz einfach vom Menschen, ganz allgemein - ist so, dass Menschen immer Fehler machen. Da denke ich so. Deswegen: Mit der Frage, da kann ich nur sagen - -

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, aber meine Frage ist: Haben Sie es in Bezug gesetzt, Herr Dr. Schäuble, zu Ihrer damaligen Tätigkeit als Bundesinnenminister?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe darüber nachgedacht, habe dann aber festgestellt, die meisten Morde waren früher. Aber das hat damit gar nichts zu tun, weil mein Verständnis, dass nach der Ordnung unseres Grundgesetzes für die Aufklärung von Straftaten die Länderpolizeien, die Polizeien der Länder - - weil Polizeiangelegenheiten nach unserem Grundgesetz im Wesentlichen Ländersache ist. Aber das heißt nicht, dass ich nicht denke - - Ich habe mich natürlich geirrt, weil ich nicht geglaubt hätte, dass diese Rechtsextremen auch noch Mörderbanden sind. Das war ja etwas, wo wir alle erschrocken sind, zusätzlich zu der Tragik. Dann hat man sich natürlich auch mit der Frage beschäftigt. Ich habe an der Veranstaltung, die im Schauspielhaus dann - ich glaube - der Bundespräsident -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, im Februar in diesem Jahr.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - veranstaltet oder angeordnet hat, dass sie durchgeführt worden ist - - Da ging es mir so, wie es der Bundeskanzlerin auch ging. Ich bin da auch gewesen, und ich habe dann auch gedacht: Mein Gott, was muss das für die Men-

schen, für die Angehörigen gewesen sein, wenn sie dann noch damit leben mussten, dass die Polizei die Täter im familiären Umfeld oder so gesucht hat? Was ist diesen Familien zugemutet worden?

Wenn ich mich recht erinnere, hat die Bundeskanzlerin sich auch im Namen der Bundesrepublik Deutschland bei den Familien entschuldigt, und ich habe das für hoch angemessen und notwendig empfunden. Das ist alles auch wahr. Ja, klar. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass es irgendjemandem anders geht. Deswegen bin ich auch - als Abgeordneter darf ich das sagen - dankbar, dass wir einen Untersuchungsausschuss haben, und ich hoffe sehr, dass Sie Erkenntnisse haben, die dann auch gemeinsam vielleicht - unabhängig von Parteipolitischem - die notwendigen Mehrheiten finden, um umgesetzt zu werden.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das ist im Bund-Länder-Verhältnis gar nicht so einfach.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, aber ich habe Sie explizit ja nach Ihren Fehlern gefragt, weil Sie damals als Bundesinnenminister auch zuständig waren. Unabhängig von diesem Verständnis, dass Sie nicht der oberste Polizist Deutschlands sind, waren Sie ja doch als Bundesinnenminister für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger zuständig und damit natürlich auch für die Sicherheit der Personen, die dann Opfer geworden sind.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: In diesem Sinne war es dann auch ein Versagen von allen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, genau. Das sehe ich nämlich auch so.

Im letzten Jahr jetzt, während wir auch unsere Arbeit hier im Untersuchungsausschuss machen, haben Sie da mal mit der Bundeskanzlerin darüber gesprochen oder mit anderen Kabinettsmitgliedern, wie sich das Bundeskabinett beteiligt an der Aufarbeitung des NSU-Terrors? Die Bundeskanzlerin hat ja eine sehr deutliche Zusage gemacht - wie haben Sie die denn verstanden? -, alles Mögliche zu tun, damit sich das nie wiederholen kann.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja, ich glaube, das hat sie doch gemacht bei ihrer Rede im - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, aber auch noch im Folgenden danach.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Bei anderer Gelegenheit. - Ja, das habe ich sehr begrüßt, dass sie das gesagt hat. Das muss jetzt halt konkretisiert werden durch gesetzgeberische Entscheidungen, aber natürlich auch im Rahmen der Regierungsverantwortung. Dafür ist dann federführend der Bundesinnenminister zuständig.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber darf ich Sie vielleicht auch mal fragen: Sehen Sie hier Ihre Aussage als Zeuge auch als einen guten und richtigen Beitrag, uns bei der Aufklärung zu helfen und bei der entsprechenden Interpretation der Aussagen der Kanzlerin, hier alles zu tun, damit wir die Hintergründe aufklären?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Na ja, die Wahrheitspflicht, an die der Vorsitzende mich ja pflichtgemäß erinnert hat, die ist völlig unabhängig von der Erklärung der Bundeskanzlerin. Ich bin hier als Zeuge geladen. Ich bin hier Zeuge, und dazu muss ich aus meiner Erinnerung nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit und die volle Wahrheit und nichts anderes als die Wahrheit sagen. Das tue ich auch. Sie fragen mich aber mehr nach Meinungen. Die sind auch, -

Dr. Eva Högl (SPD): Wir kommen jetzt noch mal zu ein paar Fragen.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - meine Meinungen - - Ja, sie allgemein - -

Dr. Eva Högl (SPD): Genau

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Meine Meinungen sind für mich auch interessant. Ob sie für andere interessant sind, weiß ich nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, ich finde es schon sehr wichtig, wer welchen Beitrag auch leistet, um hier aufzuarbeiten. Deswegen habe ich das gefragt.

Ich würde Sie gerne fragen, Herr Dr. Schäuble: Wie haben Sie damals als

Bundesinnenminister Kenntnis erlangt von der Mordserie oder bzw. schon davor? Der erste Mord war ja im September 2000. Wie ist Ihnen das - - Ist Ihnen das zugetragen worden? Haben Sie das gelesen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sicher in der Zeitung irgendwo, aber in welcher, weiß ich nicht mehr. Ich bin Bundesinnenminister im November 2005 geworden, vorher war ich Bundestagsabgeordneter.

Dr. Eva Högl (SPD): Da lief ja die Mordserie schon, als Sie Bundesinnenminister geworden sind.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Da waren - -

Dr. Eva Högl (SPD): Sind Sie dann damit befasst worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein, nicht in dem Sinne. Dann war - - Ich bin so befasst worden, wie ich es einleitend schon vorgetragen habe. Man wird da, wenn Sie Bundesinnenminister werden - - Also, bei mir ist es nicht so gewesen, als ich Bundesinnenminister wurde, dass mich irgendjemand über alle laufenden Kriminalfälle unterrichtet hätte. Dafür war ich gar nicht zuständig.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, nein, Herr Dr. Schäuble, es geht auch nicht um alle laufenden Kriminalfälle, sondern es geht um eine bundesweite Mordserie, und da stelle ich die Frage, ob Sie damit befasst wurden, ob Sie sich dafür interessiert haben, ob Sie nachgefragt haben, beispielsweise, wie der Stand ist.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe, Frau Abgeordnete, schon auf die Frage des Vorsitzenden gesagt: Ich bin damit befasst gewesen. Ich meine, das einzige Mal, dass ich damit als Innenminister befasst worden bin amtlich, war im Vorfeld der IMK in Garmisch-Partenkirchen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ansonsten haben Sie weiter nichts mal nachgefragt oder veranlasst oder so? Immerhin waren Sie als Bundesinnenminister zuständig sowohl für das Bundeskriminalamt, das auch beteiligt war an den Ermittlungen, und für das Bun-

desamt für Verfassungsschutz, was selbstverständlich auch beteiligt war.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das ist mir neu, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz bei der Aufklärung von Straftaten eine polizeiliche Aufgabe hat. Ich dachte, wir hätten ein Trennungsgebot zwischen - -

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, aber bei der Erörterung eines möglichen politischen Hintergrunds. Es gab Beteiligungen von Landesämtern für Verfassungsschutz usw. Also, da wollen wir jetzt nicht in die Details gehen.

Meine Frage ist: Haben Sie da irgendwas veranlasst? Haben Sie sich interessiert? Haben Sie mal nachgefragt? Wir wissen von Ihrem Kollegen Herrn Beckstein, der zwar nur Landesinnenminister war, dass er sich sehr ausführlich interessiert hat für die Ermittlungsarbeit. Das war meine Frage.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber, Frau Kollegin, der Kollege Beckstein war nicht nur Landesinnenminister, sondern er war der zuständige Landesinnenminister, und ich war der unzuständige Bundesinnenminister.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie sind zuständig für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, und natürlich sind Sie nicht der oberste Polizist als Bundesinnenminister. Das weiß ich sehr gut. Ich weiß auch, wie ein Ministerium funktioniert; ich habe da auch viele Jahre Erfahrung. Aber eine bundesweite Mordserie - deswegen sitzen wir hier auch zusammen - hat schon eine besondere Bedeutung.

Ich möchte noch mal zu sprechen kommen auf das, was meine beiden Kollegen schon angesprochen haben: Übernahme BKA. Herr Dr. Schäuble, geben Sie mir Recht, dass die Frage, ob das Bundeskriminalamt die Ermittlungen übernimmt in einer bundesweiten Mordserie - neun Menschen waren ermordet worden, sechs Jahre war erfolglos ermittelt worden -, dass das ein außergewöhnlicher Vorgang ist auch für einen Bundesinnenminister, dass Sie das nicht jeden Tag auf den Schreibtisch bekommen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Frau Abgeordnete, Sie wollen mich jetzt als Zeugen befragen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, mache ich auch.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Dann tun Sie aber eine Menge von Meinungen vertreten, die ich nicht teile. Ich will hier - - Aber Sie - -

Dr. Eva Högl (SPD): Sie können mit Ja oder Nein antworten. Ist das, Herr Dr. Schäuble, ein außergewöhnlicher Vorgang für einen Bundesminister des Innern, wenn das eigene Amt, das eigene, das Bundeskriminalamt, Sie dringend ersucht, die Ermittlungen zentral zu übernehmen, also dass die Ermittlungen zentral geführt werden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ein Vorgang, den ich nicht zur Kenntnis bekommen habe, ist für mich weder ein außerordentlicher noch ein ordentlicher Vorgang. Es ist für mich kein Vorgang, weil ich keine Kenntnis davon hatte.

Dr. Eva Högl (SPD): Dass Sie mit der Frage befasst waren, das wissen wir. Sie haben eben selbst gesagt, Sie haben mit Herrn Dr. Hanning darüber gesprochen, wie dieses Problem geregelt worden ist, und die Leitungsvorlage haben Sie auch zur Kenntnis genommen. Also, dass Sie damit nicht befasst waren, da haben Sie hier eben was anderes gesagt. Sie haben gesagt, Sie haben mit Herrn Dr. Hanning darüber gesprochen.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Frau Kollegin, Frau Abgeordnete, ich lese Ihnen gerne noch mal die Vorlage vor.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, wir kennen die ja alle.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja gut, dann müssen Sie sie auch nicht anders interpretieren und mir etwas unterstellen - -

Dr. Eva Högl (SPD): Mich interessiert ja: Was haben Sie mit Herrn Dr. Hanning besprochen damals.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das habe ich Ihnen gesagt.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, das haben Sie uns noch nicht gesagt. Sie haben gesagt, dass Sie -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Dann lese ich es Ihnen wieder vor.

Dr. Eva Högl (SPD): - mit ihm gesprochen haben.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Frau Abgeordnete, ich glaube, es ist ein bisschen eine vergebliche Liebesmühe, mir das Wort im Mund herumdrehen zu wollen und dann daraus irgendetwas abzuleiten.

Dr. Eva Högl (SPD): Will ich gar nicht. Will ich gar nicht.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Dann ist doch schön.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, ich habe Sie - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Also, was möchten Sie jetzt von mir wissen?

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben mit Herrn Dr. Hanning darüber gesprochen, über diesen Vorgang?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja. Das habe ich gesagt.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann sagen Sie doch bitte noch mal, was Sie mit Herrn Dr. Hanning besprochen haben.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Dr. Hanning hat mir nach meiner Erinnerung das vorgetragen, was sich aus der Leitungsvorlage ergibt.

Dr. Eva Högl (SPD): Und was haben Sie dann Herrn Dr. Hanning daraufhin gesagt?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Dass ich damit einverstanden bin, dass wir erstens - - dass ich mit Befriedigung zur Kenntnis nehme, dass jetzt im Arbeitskreis II eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der beteiligten Länder in meiner

Steuerungsgruppe unter Beteiligung des BKA getroffen ist und dass ich zur weiteren Stärkung dieser Zusammenarbeit und der Beteiligung des BKA zustimme dem Vorschlag, dass sich der Bund an der Erhöhung der ausgelobten Summe beteiligt.

Dr. Eva Högl (SPD): Und Sie haben das nicht so angewiesen, dass das versucht wird, unterhalb der Ebene der Innenminister und vor der Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen zu regeln zwischen Bund und Ländern auf einer unteren Ebene, auf der Ebene der Abteilungsleiter?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Jetzt habe ich Ihre Frage nicht richtig verstanden.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie das entschieden, dass das besser wäre, dass es unterhalb der Ebene der Minister geregelt wird, sondern dass es noch vor der Innenministerkonferenz geregelt wird auf der Ebene der Abteilungsleiter?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Frau Abgeordnete, da Sie auf Ihre langjährige Erfahrung in Ministerien verwiesen haben, will ich daran erinnern, dass mir der Vorsitzende vorgehalten hat ein Schreiben des Vizepräsidenten des BKA an den Unterabteilungsleiter in der zuständigen Abteilung des BMI, ein gewisser Herr Falk - so heißt der Vizepräsident, der damalige des BKA -, an den Herrn Förster, damals Unterabteilungsleiter, den ich kenne und schätze. Und aus diesem Schreiben und in der Bearbeitung dieses Schreibens des Unterabteilungsleiters ist über den Abteilungsleiter dann im Rahmen der Arbeiten des AK II - - Der tagt nämlich immer im Rahmen der Innenministerkonferenz, ehe die Minister tagen. Der Arbeitskreis II bereitet die Sitzungen der Minister vor und unterrichtet darüber. Das habe ich also nicht angeordnet, was der Arbeitskreis II zu arbeiten hat.

Ihre Erfahrungen im Ministerium werden sicherlich sich mit den meinen insoweit decken, dass nicht die Minister die Arbeit der Abteilungsleiter vorbereiten, sondern die Abteilungsleiter die Arbeit der Minister vorbereiten. Und da haben Sie mich gefragt, ob ich entschieden hätte, dass die Abteilungsleiter das so machen. Es ist umgekehrt gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Und meine Erfahrung sagt auf jeden Fall, dass wichtige politische Fragen dem Minister vorgetragen werden und der Minister dann eine Entscheidung trifft. Und es ist unstrittig, dass die Frage, ob das Bundeskriminalamt in einer bundesweiten Mordserie nach sechs Jahren erfolglosen Ermittlungen mit zehn ermordeten Menschen - - wenn das an den Bundesminister des Innern herangetragen wird, eine wichtige politische Frage ist, wo der Bundesminister des Innern eine Entscheidung trifft, und die kann auch sein, es auf unterer Ebene, wenn Streit droht, zu regeln. Also, insofern decken sich unsere Erfahrungen nicht ganz; denn das weiß ich schon, dass wichtige politische Fragen auf die politische Ebene gehören.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber wir diskutieren ja nicht über unsere Erfahrungen, Herr Vorsitzender, sondern über den Sachverhalt, wie er sich in der Erinnerung des Zeugen abgespielt hat, ergänzt durch die Unterlagen, durch die Akten, die dem Ausschuss vorliegen, aus denen Sie mir vorgehalten haben, und danach ist es eben so gewesen, dass es dem Bundesinnenminister so vorgetragen worden ist. Ich weiß nicht, ob Herr Förster - - wo Herr Förster sich heute befindet, ob er noch - - ob er dienstlich ist. Sonst würde ich Ihnen raten - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Er war schon Zeuge.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Er war schon Zeuge. Dann wird er ja dazu ausgesagt haben. Mir hat Herr Förster das nicht vorgetragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Hartfrid Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Schäuble, 2006 ist die Ceska-Mordserie mehrfach Thema in den Nachrichtendienstlichen Lagen im Bundeskanzleramt gewesen, und dort wurde über die Ceska-Morde berichtet, mehrfach im März, zweimal im April, zweimal im Mai und dreimal im Juli. - Müssen Sie nicht wissen, steht bei uns in den Akten.

In der Sitzung vom 25. April 2006 wurde in einer Besprechung diskutiert, die am 20. April, also fünf Tage vorher, stattgefunden

hat zwischen dem Bundesinnenministerium und dem VPF - so steht es in der Akte; VPF ist eine gute Frage, wer das ist -, bei der über die Übernahme des Verfahrens durch das BKA gesprochen wurde. Das ergibt sich - für das Protokoll - aus MAT A BKA-2/19.05. Wurden Sie im Vorfeld dieser Sitzung über die ND-Lage zu diesem Thema auch unterrichtet?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ist es grundsätzlich so, dass der Bundesinnenminister über ND-Lagen informiert wird und über die Meinungen dort und über die Ergebnisse dort?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nicht im Einzelnen, sondern der Staatssekretär, der an der ND-Lage üblicherweise teilgenommen hat - ich vermute, dass es der Staatssekretär war -, verantwortet selbst, worüber er den Minister unterrichtet und worüber nicht. Ich habe aber niemals Anlass gehabt, in meinem Vertrauen gegenüber Herrn Hanning irgendeine Einschränkung zu machen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, das heißt auch, Sie haben nicht die Tagesordnung oder auch die Punkte -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): - auf den ND-Lagen selber nicht mitgekriegt?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein. Niemals.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Auch von dem Ergebnis haben Sie dann auch nichts dort mitbekommen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten eingangs - anderes Thema -, Sie hätten sich sehr intensiv, gerade wenn es um die Sicherheitslage ging, mit Herrn Präsident Ziercke, Staatssekretär Hanning und Abteilungsleiter Krause vor allem ausgetauscht. Interessant war für mich - - Also, das sagten Sie eingangs im Statement.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich sagte, das waren meine Hauptgesprächspartner.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Genau, Hauptgesprächspartner.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe nicht - - Die Aussage war eigentlich, zu benennen, wer meine Gesprächspartner waren, nicht über die Intensität - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, klar. Es ging mir nicht um den Fall konkret, -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Okay.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): - sondern mich wundert nur, dass Herr Fromm nicht dabei war. Also, für mich ist es so, dass ich sage: Wenn Sie als Innenminister Herrn Ziercke, den Abteilungsleiter, den Staatssekretär, aber den Präsidenten des Verfassungsschutzes nicht als engen Ansprechpartner an der Stelle sehen, hat mich nur überrascht. Ist das so?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja, nein, das sind - - Herr Kollege Wolff, wir haben ein Trennungsgebot, oder wir hatten zu meiner Zeit eines. Ich habe es ernst genommen. Ich glaube aber, dass im Bundestag es auch - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Da habe ich keine Einwände.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Und deswegen war ja auch der Verfassungsschutz in einer anderen Abteilung des BMI. Abteilungsleiter war Herr Steig, wenn ich mich recht erinnere. Hier ging es ja nicht um einen - - Hier ging es um Straftaten, von denen wir nicht wussten, dass sie einen terroristischen Hintergrund oder gar einen rechts-extremen terroristischen Hintergrund hatten. Sonst wäre natürlich eine völlig andere, auch von der Gesetzeslage her Folgerung gewesen. Dann hätte der Generalbundesanwalt die Ermittlungen an sich - - wäre wahrscheinlich kraft Gesetzes für die Ermittlungen zuständig gewesen und hätte damit natürlich das Bundeskriminalamt mit der Durchführung der Ermittlungen beauftragt. Das ist aber eine Entscheidung, die die Staatsanwaltschaft und der Generalbundesanwalt in eigen-

ner Verantwortung wahrnehmen. Aber den Hintergrund hatte man nicht.

Also ging es um normale kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit. Mit der hat der Verfassungsschutz nichts zu tun. Deswegen waren für diese Fragen meine Gesprächspartner der Abteilungsleiter Krause und der Präsident des Bundeskriminalamts Ziercke, und Herr Hanning war für den Gesamtbereich Sicherheit als Staatssekretär verantwortlich. Deswegen: Daher ergeben sich die drei Gesprächspartner. Für Fragen des Verfassungsschutzes waren Herr Staatssekretär Hanning, der Abteilungsleiter Steig und natürlich Herr Präsident Fromm meine Gesprächspartner. Aber das ist eine andere Veranstaltung.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, das ist - - Insofern haben wir da eine Parallelität zu 2004, als damals auch zunächst einmal der Bundesinnenminister Schily und sein Kollege Behrens nach dem Anschlag in der Keupstraße auch offensichtlich den Verfassungsschutz nicht befragt haben und sogar zu der Einschätzung kamen, dass hier an der Stelle überhaupt kein fremdenfeindlicher Hintergrund zu sehen war. Das war ein Tag danach. Da müssen Sie gar nichts zu sagen. Die Parallelität, die ich daran interessant finde, ist - das ist institutionalisiert offensichtlich -, dass man bei Mordserien, wo sogar Herr Hanning sagte: „Aufgrund der Tatsache, dass man die gleiche Waffe verwendet, ist eigentlich die organisierte Kriminalität sogar eher unwahrscheinlich, weil die ja gerade auf Verdeckung und nicht auf Serienzunahme geachtet hat“, grundsätzlich nicht auf die Idee kam, zunächst einmal auf die Kompetenzen des Verfassungsschutzes zurückzugreifen. Das mag sein, wenn man in Richtung BKA-Einschätzung - hatten Sie ja auch gesagt - eher in Richtung OK gegangen ist. Trotzdem ist die Frage, ob man das institutionell nicht verbessern könnte, dass man zumindest mal die Expertise des BfV dort mit berücksichtigt. Mir ist es nur aufgefallen. Da brauchen Sie jetzt gar nichts dazu sagen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Warum machen
Sie einen Vorhalt, wenn der Zeuge
nichts sagen soll?)

Mich interessiert - - Oder Sie können gerne etwas dazu sagen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ich bin Experte
für Vorhalte!)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das sagt der Richtige.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Herr Dr. Schäuble, es ist eigentlich hier unstrittig, dass in der Regel natürlich die Zeugen sich äußern dürfen. Deswegen sind sie ja auch hier.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, Sie dürfen sich selbstverständlich äußern, Herr Minister.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein, ich meine, Herr Vorsitzender, ich könnte sogar einen Schritt weitergehen: Ich muss nicht unbedingt hier sein, wenn Sie gar nicht wollen, wenn Sie gar kein Interesse haben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Na, so war es nicht gemeint. Das wissen Sie. Ich wollte nur sichergehen, dass Sie nur als Zeuge gefragt werden, nicht nur als Sachverständiger, und insofern war das nur eine Feststellung meinerseits.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber ich bin auch dankbar, dass ich Ihre Erörterungen mir anhören darf.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Danke schön. Das freut mich außerordentlich. - Ich habe eine letzte Frage, weil Herr Hanning auch sagte, dass er vor allem die finanziellen Gründe für die Zusammenlegung zwischen links- und rechtsextremistischer Abteilung im BfV gesehen hatte, auch auf Widerstand von Herrn Fromm; die Kollegen gingen drauf ein. Da würde mich mal interessieren, weil er sagte, wir würden ja die Haushälter kennen, wie weit denn hier konkret innerhalb der Großen Koalition - auch gegenüber dem damaligen Finanzminister und auch gegenüber den damaligen Haushältern der Großen Koalition - die besondere Bedeutung und die Wichtigkeit des Rechtsextremismus auch vom BMI auch gegenüber dem BMF damals gesehen worden ist, und wie man hier gesagt hat, vielleicht hätte es Sinn gemacht, wenn man schon die besondere Herausforderung internationaler Islamismus sieht, dass man dann zumindest Rechtsextremismus nicht benachteiligt. Sind

da Verhandlungen zur Beibehaltung beider Abteilungen gegenüber dem BMF bzw. auch gegenüber den Haushältern der Großen Koalition von Ihnen angestoßen worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Es ist nicht so gewesen. Ich glaube auch, Herr Kollege Wolff, es führt in die Irre, Ihre Untersuchungen, wenn Sie glauben würden, es sei hier eine politische Präferenz je nach der parteipolitischen Zusammensetzung der jeweiligen Bundesregierung gewesen. Ich bin zweimal Innenminister gewesen in zwei unterschiedlichen Koalitionen. Ich kann in der Wahrnehmung der Verantwortung für die Sicherheit unserer Bürger mit allen Fehlern, die wir machen, mit allen Schwächen, die wir alle haben - - Aber dass es da Präferenzen gibt, dass man aus politischen Gründen Gefahren der einen oder anderen mehr bekämpft, das habe ich nie erlebt, und das würde ich auch für meine Vorgänger und für meine Nachfolger insgesamt für ausgeschlossen ansehen. Das halte ich für völlig undenkbar.

Nein, der Punkt war: Wir waren konfrontiert, oder wir haben es so gesehen aufgrund fachlicher Beratungen und Beurteilungen - so wie sich eben politische Meinungsbildungen und Entscheidungen ergeben -, dass wir mit einer verstärkten Bedrohungslage aus dem Gesamtfeld des islamistischen Terrorismus konfrontiert wurden, zusätzlich - was ja die Bedrohungslage auch verschärft nach der Einschätzung aller fachlichen Behörde - im Vorfeld und im Umfeld in der Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft. Ich meine, wir haben ja auch - - Wir wissen doch im Nachhinein aus den Kofferbombenanschlägen, aus den gescheiterten, dass ja da auch der Zusammenhang durchaus gesehen wurde, nämlich dieses Instrument der großen Öffentlichkeit. So war ja die Wahrnehmung der Bedrohungslage, dass man möglichst viel Öffentlichkeit - - Und deswegen haben wir uns entschieden, erstens das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum einzurichten, was sich ja bewährt hat, wenn ich es richtig verfolgt habe. Ich verfolge es nicht mit aller Intensität zurzeit, weil ich in der Wahrnehmung meiner derzeitigen Aufgaben nicht zu viel Zeit für andere wichtige, genauso wichtige Aufgabenbereiche aufbringen kann. Es ist doch jetzt auch die Absicht, auch im Bereich des rechtsextremistischen Terrors eine stärkere Bündelung auch in der Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden, Poli-

zeien und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern, zu erreichen, also den Grundgedanken des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums auch auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu übertragen. Damit auch Debatten, die wir in früheren Jahren und Jahrzehnten über die Intensität des Trennungsgebots - - Es gab ja sogar mal die These, die ich verfassungsrechtlich für falsch halte, es gebe ein verfassungsrechtlich verankertes Trennungsgebot.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Können wir gerne streiten.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber da - - Jedenfalls wird es ja heute doch auch ein Stück weit im Zuge von neuen Erfahrungen - wir machen ja immer „Trial and Error“ - ein Stück weit anders gesehen. Deswegen haben wir gesagt, wir müssen dafür eine eigene Abteilung beim Bundesamt für Verfassungsschutz einrichten, und mindestens so wichtig dabei war: Diese Abteilung muss von Köln nach Berlin. Sie können sich - - Ich könnte vermuten - ich bin nicht ganz sicher, aber ich habe so eine generelle Erinnerung daran -, dass die Bereitschaft im Bundesamt für Verfassungsschutz, Arbeitseinheiten nach Berlin zu verlegen, nicht außergewöhnlich hoch entwickelt war, und deswegen könnte es auch sein, dass auch das ein nicht ganz unwichtiger Punkt war, und im Zuge dessen, weil wir die Zahl der Abteilungen nicht erhöhen wollten, weil wir nun in der Tat durch - - Ich beklage mich darüber nicht, und ich habe nie gesagt, dass der Deutsche Bundestag im Allgemeinen, der Haushaltsausschuss im Besonderen nicht die notwendigen Mittelsachliche Mittel und personelle Mittel - zur Wahrnehmung der Sicherheitsbelange zur Verfügung gestellt haben. Im Zuge dessen hat man sich bemüht, durch Konzentration in anderen Bereichen aus den vorhandenen Kapazitäten des Bundesamtes für Verfassungsschutz das Bestmögliche zu machen. Im Übrigen ist die Gewinnung von qualifizierten Kräften für den Verfassungsschutz auch eine Kapazitätsbegrenzung gewesen. So war der Punkt gewesen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Letzte Frage nur: Sind Sie damals von den Koalitionsabgeordneten für die Entscheidung kritisiert worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Die Zusammenarbeit in der Großen Koalition war von gegenseitiger Loyalität geprägt; aber das ist in allen Koalitionsregierungen, an denen ich teilgenommen habe, immer so der Fall. Die Freundschaft ist mehr oder weniger ausgeprägt. Aber das ist was anderes.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich kann mich übrigens erinnern, dass der damalige Vorsitzende des Innenausschusses diese Zusammenlegung öffentlich kritisiert hat.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das kann ich mich auch erinnern, aber das gehört zum normalen politisch-parlamentarischen Prozess.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur ganz kurz, vielleicht weil das den Sachverhalt auch ein bisschen erhellen kann, zitieren aus der Vernehmung von Heinz Fromm, der hier am 5. Juli 2012 als Zeuge zu Gast war. Der hat - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht mitten in der Berliner Runde!)

- Na ja, ich kann auch eine Zwischenfrage stellen. Das ist ja zulässig. Das geht auch ganz schnell, Herr Wieland.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssen Sie fragen, ob Sie die stellen dürfen!)

Darf ich eine Zwischenfrage stellen, Frau Wawzyniak? Sind Sie so freundlich?

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Also, Herr Fromm hat hier am 5. Juli die Zusammenlegung der Abteilung Links- und Rechtsextremismus wie folgt kommentiert.

Die Schlagkraft, wenn ich Ihren Begriff aufgreifen darf, die sank natürlich. Das war auch Absicht, nicht die Schlagkraft zu senken, sondern die Personalzahl zu reduzieren auch durch Zusammenschieben von Organisationseinheiten, und zum anderen das Signal, das damit verbunden war, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus von ihrer Bedeutung her sank. Das war ein klares Signal, was natürlich nicht

nur außerhalb des BfV ... registriert worden ist, sondern auch bei den eigenen Mitarbeitern.

Können Sie sich erinnern, dass Herr Fromm Ihnen diese Bedenken so vorgetragen hat gegen die Zusammenlegung?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich kann nicht wirklich unterscheiden, was ich in den Zeitungen gelesen habe und was ich erinnere. Das ist immer, wenn man sich bemüht, präzise auszusagen, woran man sich erinnert, eine schwierige Frage. Aber ich weiß jetzt inzwischen schon - denn das ist ja auch in den Medien gestanden -, dass Herr Fromm sich in diese Richtung geäußert hat. Das mag so sein. Ich weiß auch, dass die Debatte, Einheiten des Verfassungsschutzes von Köln nach Berlin zu verlegen, nicht nur auf Zustimmung gestoßen ist. Das habe ich eben auf die Frage des Kollegen Wolff schon versucht zu sagen. Aber so präzise habe ich es nicht in Erinnerung. Ich bin auch nicht ganz sicher, Herr Vorsitzender, ob alle früheren Vorsitzenden des Innenausschusses in der Beurteilung der Notwendigkeiten und der Arbeiten und der Unterstützung des Verfassungsschutzes immer dieselbe Intensität zugrunde gelegt haben, die ich heute im Untersuchungsausschuss verspüre. Aber auch das würde ich nicht vorwerfen, weil wir alle durch Erfahrungen klüger werden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, für mich kann ich das jedenfalls bestätigen, dass meine Intensität, was die Bearbeitung des Themas betrifft, sich im Laufe der Jahre nicht geändert hat.

Das Fragerecht hat die Linksfraktion. Frau Wawzyniak, bitte.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Herr Schäuble, nachdem Sie sich so gut erinnern können, wann Sie im Auto angerufen worden sind und was Sie gesagt haben, würde mich -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Wann, weiß ich überhaupt nicht, Frau Kollegin.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): - interessieren: Nachdem bekannt geworden ist, dass die Bankräuber aus Eisenach Neonazis waren mit einer beispiellosen Mord- und Sprengstoffserie, als danach das Kabinett das erste Mal zusammengetreten ist, was

waren da für Reaktionen? Das war ja dann medial bekannt.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Frau Kollegin, nachdem Sie mir jetzt unterstellt haben, ich könne mich genau erinnern, wann mich die damalige österreichische Innenministerin im Auto angerufen hat, und ich überhaupt gesagt habe, ich weiß nicht mal, welches Jahr das war, muss ich jetzt sagen: Ich kann mich nicht genau erinnern, ob der Untersuchungsauftrag Ihres Ausschusses, zu dem Sie mich als Zeuge geladen haben, sich darauf bezieht, was wir im Kabinett nach dem November 2011 beraten haben.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Na gut.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich weiß auch nicht, ob sich meine Aussagegenehmigung darauf erstreckt. Deswegen kann und will ich Ihre Frage nicht beantworten.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Gut, die Frage klärt sich ja auf, und die Fragen stellen immer noch wir.

Sie waren ja Innenminister in dem Zeitraum, wo drei Morde stattgefunden haben, die dem NSU zugerechnet wurden, und als Innenminister tragen Sie Verantwortung für das BKA, für das Bundesamt für Verfassungsschutz. In Ihre Zeit fallen die Morde an Mehmet Kubasik am 4. April in Dortmund, an Halit Yozgat am 6. April und an Michèle Kiesewetter am 25. April. Im gleichen Zeitraum heißt es in den Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz unter der Rubrik Rechtsterrorismus zum Beispiel für das Jahr 2007:

Rechtsterroristische Strukturen waren auch 2007 in Deutschland nicht feststellbar, ebenso wenig wie eine Theoriediskussion, die zu einer systematischen Gewaltanwendung aufgefordert hätte.

Das steht nahezu identisch auch in den Jahresberichten 2005, 2006, 2007 und 2008.

Mich würde interessieren, wie Sie mit dem Wissen von heute zu diesen Sätzen stehen, und auch in dem Wissen von 2006 oder 2007, zahlreiche Waffenfunde, unzählige Gewalttaten. Können Sie mir erklären, wie es zu dieser Fehleinschätzung im Bundesamt für Verfassungsschutz gekommen ist, für das Sie ja auch zuständig waren?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sie haben dazu doch den damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz gehört, und da Sie seinen Einwendungen gegen die Zusammenlegung der zwei Abteilungen im Bundesamt für Verfassungsschutz so großes Gewicht beilegen, werden Sie doch auch seiner Erklärung, warum die Verfassungsschutzberichte so formuliert worden sind, wie Sie es jetzt vorgetragen haben, entsprechend folgen. Ich würde daraus schließen, dass wir uns alle geirrt haben, und würde das darauf beziehen, was ich auf die Bemerkung der Frau Abgeordneten Högl schon gesagt habe: Wir irren uns, und wenn wir nicht mehr bereit sind, einzusehen, dass wir uns geirrt haben, dann ist das auch falsch. Aber wenn wir glauben, wir könnten unsere Verantwortung anders wahrnehmen als in dem durch die Institutionen unserer Verfassung vorgegebenen Rahmen und den Begrenzungen, ist das auch schlecht. Deswegen hätten Sie vielleicht die Frage besser Herrn Präsident a. D. Fromm vorgelegt.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Haben wir!)

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Na ja, nun gibt es ja möglicherweise, unabhängig davon, dass wir es gemacht haben, unabhängig von der Frage, dass die einen Beamten sind und die anderen politisch Verantwortliche - - Aber ich will mal an der Stelle noch mal nachsetzen. Mitarbeiter haben sich die Mühe gemacht, die in dem Verfassungsschutzbericht oder beim Bundesamt für Verfassungsschutz in den Jahresberichten registrierten Körperverletzungsdelikte im Zeitraum von 1990 - da waren Sie das erste Mal Innenminister - und dem Jahr 2009, als Ihre zweite Amtszeit endete, zusammenzuzählen. Wir reden hier nur von den offiziell registrierten Körperverletzungsdelikten. Das sind genau 13 301 Körperverletzungsdelikte mit rechtem und rassistischem Hintergrund zum Jahresende 2009. Das heißt, in einem Zeitraum von rund 20 Jahren haben Neonazis so viele Menschen verletzt, wie beispielsweise in der Kleinstadt Bad Segeberg in Schleswig-Holstein leben.

Jetzt interessiert mich, Herr Schäuble - Sie haben vorhin noch mal über die Zusammenlegung der Abteilungen gesprochen -, ob vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund dieser Zahlen, die Ihnen möglicherweise damals nicht bewusst waren, bis eben

nicht bewusst waren, Sie finden, dass diese Zusammenlegung angemessen und richtig war.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sie können den Hintergrund gestalten in Ihren Fragen, wie Sie wollen. Ich habe die Entscheidung für die Neuorganisation, die begrenzte Neuorganisation im Rahmen des Bundesamtes für Verfassungsschutz getroffen. Ich habe begründet, warum wir sie getroffen haben, und ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Gut, dann frage ich noch mal was anderes. Ist über den Mord an der Polizistin Kiesewetter am 25. April in Ihrer Amtszeit als Innenminister je mit Ihnen gesprochen worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Amtlich nicht.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Gut, dann frage ich Sie trotzdem mal weiter. Im *stern* am 30.11.2011 war zu lesen, dass im Umfeld dieses Mordes Mitarbeiter amerikanischer Sicherheitsbehörden vor Ort gewesen sein sollen. Ist Ihnen davon was bekannt?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Es war ein Mordfall in Heilbronn, und für die Ermittlung eines Mordfalls in Heilbronn ist nach meiner flüchtigen Kenntnis der Strafprozessordnung die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft zuständig. Einen neonazistischen oder sonstigen terroristischen Hintergrund hatten die zuständigen Polizeibehörden damals nicht, und deswegen mag ich als Zeitungsleser davon Kenntnis gehabt haben. Amtlich war ich damit nicht befasst.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Gut. - Ich habe noch eine Frage. In Ihrer Amtszeit - das ist hier mehrfach angesprochen worden - gab es immer wieder massive Konflikte zwischen BKA und Verfassungsschutz. Wir finden das in den Akten zum Beispiel unter MAT A BMI-3/24 auf der Seite 230 ff. Da gab es zum Beispiel eine Auseinandersetzung zwischen dem BKA, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Generalbundesanwalt aus dem Jahr 2006 zu der Frage, inwieweit der Generalbundesanwalt das Ermittlungsverfahren gegen weiterhin aktive Strukturen von „Blood & Honour“ nach dem

Verbot im Jahr 2000 übernehmen würde. Ist Ihnen darüber je berichtet worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das kann ich - - Ich erinnere mich nicht, dass ich darüber unterrichtet worden sei.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Also, zum Hintergrund noch mal. Auch bei diesen Geschichten ging es immer um die Frage, inwieweit es doch bewaffnete Strukturen im Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus gibt, was wir ja gesehen haben, was vom Bundesamt für Verfassungsschutz verneint worden ist. Kann ich daraus schließen, dass das Thema, ob es bewaffnete rechtsterroristische Strukturen gab, in Ihrer Zeit als Innenminister nie ernsthaft diskutiert worden ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein, das können Sie daraus überhaupt nicht schließen. Aber Sie können da aus meiner Antwort schließen, dass sich der Bundesinnenminister nicht in Entscheidungen des Generalbundesanwalts eingemischt hat.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Das habe ich Sie ja nicht gefragt. Ich habe Sie gefragt, ob das jemals, -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Doch, Sie haben - -

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): - ob das jemals - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Entschuldigung, verzeihen Sie, ich habe Sie so verstanden.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): - in Ihrer Tätigkeit - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es redet am besten immer nur eine Person.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe Sie so verstanden, dass Sie danach gefragt hätten, nach Auseinandersetzungen. So habe ich Ihr Zitat aus Akten, die ich nicht kenne - - Deswegen: Vielleicht habe ich es falsch verstanden, Frau Abgeordnete. Dann bitte ich um Nachsicht. Ich hatte Sie so verstanden, es habe Auseinandersetzungen mit dem GBA, also mit dem Generalbundesanwalt, mit dem Bundeskriminalamt und dem

Verfassungsschutz gegeben, ob der Generalbundesanwalt bestimmte Ermittlungen führe oder nicht, und darauf habe ich aufgrund so meines Verständnisses gesagt, Sie können davon ausgehen, dass der Bundesinnenminister sich in Entscheidungen des Generalbundesanwaltes nicht eingemischt hat, weil ihm dies nicht zusteht.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Und ich habe Sie gefragt -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Wawzyniak.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): - letzte Frage -, ob der Hintergrund dieser Auseinandersetzung - mir ging es gar nicht darum, ob Sie sich einmischen - Ihnen je in Ihrer Amtszeit mitgeteilt worden ist.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Darauf habe ich geantwortet: Ich kann mich nicht daran erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit ist die Fragezeit der Linksfraktion für diese Runde beendet. Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Das Fragerecht hat konkret der Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Schäuble, nett, dass Sie sich so mir zuwenden. Das ist ja wie früher im Innenausschuss. - Ein Fernsehsender - - Sie können auch erst mal die Verpflegungsfrage - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich mir einen Kaffee einschenke?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, gerne. Geht alles von meiner Zeit ab, aber so viel Nächstenliebe in der Adventszeit muss sein.

Ein Fernsehsender hatte angefragt, ob er Ihre Zeugeneinvernahme hier live aufnehmen darf. Das war ja bei Ihrem Vorgänger Otto Schily im Visa-Ausschuss ein echter Quotenbringer. Dennoch sollen Sie Nein gesagt haben. Warum?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Weil mir gesagt worden ist, das sei generell Praxis in dem Ausschuss, das nicht zu machen, und

ich halte es generell für richtig, dass es so Praxis ist - als Abgeordneter, sage ich dazu jetzt -, weil ich finde die Regel, die wir ja im Gerichtsverfassungsgesetz haben, die analog für Untersuchungsausschüsse Anwendung finden sollte, hat ihren guten Sinn. Und deswegen habe ich gedacht, ich weiche nicht von der üblichen Praxis ab. Ich fürchte übrigens, so ein richtiger Quotenbringer wäre ich heute gar nicht gewesen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nehmen Sie es mir nun nicht übel, und bleiben wir gelassen, aber ich würde Ihre Aussage hier wirklich auch eher unter der Überschrift „Mein Name ist Schäuble, getan habe ich eigentlich nichts, was den Untersuchungsgegenstand angeht“ zusammenfassen. Oder ist das zu bösartig als Zusammenfassung?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich glaube, Herr Abgeordneter, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie eine bösartige Zusammenfassung machen wollen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann sind wir uns einig.

Eine Frage habe ich aber noch als insofern sachverständigen Zeugen aus aktuellem Anlass, aber auch, weil es unser Untersuchungsgegenstand ist. Heute hat der Bundesrat einen NPD-Verbotsantrag beschlossen. Sie waren immer - ich kann mich gut daran erinnern - im Innenausschuss ein Gegner eines erneuten Anlaufs mit dem wörtlichen Satz: „Ich begehe nicht die Fehler meines Vorgängers.“ Frage: Haben die bekannt gewordenen Umstände um den „Nationalsozialistischen Untergrund“, um die personellen Verstrickungen von NPD-Mitgliedern zu Unterstützern, um die Tätigkeit der drei, als sie noch legal waren im NPD-Zusammenhang, dazu geführt, dass Sie Ihre Meinung geändert haben? Denn es soll ja demnächst auch bei Ihnen auf dem Kabinettsstisch liegen, diese Frage.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Kollege Wieland, bitte verstehen Sie es, sehen Sie es mir nach, wenn ich auf diese Frage meine persönliche Meinung jetzt nicht Ihnen zur Kenntnis gebe, und zwar deswegen, weil ich ein strenger Verfechter des Ressortprinzips bin und weil ich gelegentlich Kollegen, wenn sie sich in die Zuständigkeit des Bundesfinanzministers - nach meinem

Eindruck - einmischen, in meiner bekannt freundlichen Art einen Ratschlag gebe, sie mögen das besser nicht tun.

Und weil ich noch ein zweites Prinzip habe, nämlich mich gegenüber meinen Vorgängern und Nachfolgern im Amt immer um größtmögliche Rücksichtnahme zu bemühen, mische ich mich in die prioritäre Zuständigkeit des Bundesinnenministers nicht ein, indem ich jetzt hierzu meine Meinung als Abgeordneter bekannt gäbe.

Die würden Sie aber erleben, wenn es im Bundestag zu einer Abstimmung käme, an der ich teilnehmen muss. Aber meine Meinung als Mitglied des Kabinetts, nach der Sie mich gefragt haben, sage ich Ihnen dann, wenn der Bundesinnenminister als Federführender eine Entscheidung des Kabinetts herbeigeführt hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Möglicherweise braucht er etwas Beratung. Jedenfalls soll der bayerische Ministerpräsident ihn zum Oberbedenkenträger ernannt haben.

Aber ich komme jetzt zu einer konkreten Frage zu der Zeit nach Garmisch. Da habe ich hier gelesen in den Akten MAT A BMI-4/0030, Blatt 116 bis 119; da schreibt ein Ministerialdirigent aus Ihrem Ministerium - Zitat -:

Überraschend für mich, dass BKA sich jetzt doch mit 50 000 Euro beteiligt. Meines Wissens hatte Min das bei der IMK noch abgelehnt.

Ist das Wissen richtig, was der damals zu Papier gebracht hat im Juni 2006? Haben Sie erst mal Nein gesagt?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Abgeordneter Wieland, ich muss noch mal aus dem Aktenvorgang, den Sie mir lebenswürdigerweise vorgelegt haben, vom 3. Mai zitieren. Da heißt es:

Verfahrensvorschlag
BMI sollte sich an einer Erhöhung der Belohnung mit einem Beitrag von 30 000 Euro beteiligen:

Es ist dann noch eine Fußnote:

BKA verfügt über entsprechende Haushaltsmittel

hinzugefügt.

Wenn Sie mir jetzt sagen, es sei jemand überrascht gewesen, dass das BKA später

mit 50 000 sich beteiligt habe, sage ich Ihnen: Ich wusste gar nicht, dass das BKA 50 000 - - Jedenfalls war es mir nicht in Erinnerung. Ich habe in Erinnerung die 30 000. Und wenn ein Unterabteilungsleiter überrascht gewesen sein sollte, hoffe ich, dass er nicht weitere Schäden von dieser Überraschung davongetragen hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich hoffe, wenn ein Unterabteilungsleiter - ich weiß nicht, welcher; Sie haben den Namen nicht genannt -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - überrascht gewesen sein sollte, dann drücke ich jetzt die Hoffnung aus, dass er keine weitergehenden Schäden durch diese Überraschung davongetragen hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schrieb ein Ministerialrat Teichmann aus dem Grundsatzreferat der Polizeiabteilung an den Abteilungsleiter Polizeiabteilung.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Jetzt ist es ein Ministerialrat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nicht ein Ministerialdirigent?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aha. Also, war es - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Frage ist doch eine ganz andere: Haben Sie erst mal Nein gesagt in Garmisch-Partenkirchen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe zu 30 000 Ja gesagt. 50 000 waren mir nicht vorgeschlagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie danach noch mal mit Herrn Beckstein telefoniert, nach Garmisch-Partenkirchen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe öfters in meinem Leben mit Günther Beckstein telefoniert. Aber ich war - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 19.05.2006?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das weiß ich nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ging es da um Geld?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das weiß ich nicht. Ist doch klar: Ich kann doch nicht wissen, mit wem ich am 19.05.2006 worüber telefoniert habe. Ich bitte Sie!

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe zunächst gefragt, ob Sie es wissen, -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich weiß es nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ohne jeden Vorwurf, -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich sage es ja auch. Ich sage ja wahrheitsgemäß: Ich weiß es nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ja -, weil es ja möglich ist, dass dann Herr Beckstein in einem nachgeschobenen Telefonat Ihre Bereitschaft zu 50 000 geweckt hat. Könnte ich mir vorstellen. Aber ich war es ja nicht, der telefoniert hat. Deswegen frage ich Sie.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich kann mich nicht an ein solches Telefongespräch erinnern; ich erinnere es schlicht nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, denken Sie an die Zeit.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß, dass Sie es tun.

(Heiterkeit)

Von daher können wir jetzt gerne hier abschließen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Dann kommen wir zu einer zweiten Runde. Das Fragerecht hat dann entsprechend wieder die Unionsfraktion. Herr Binninger macht weiter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Dr. Schäuble, lassen Sie uns mal, weil auch das unser Untersuchungsauftrag ist - - Wir befassen uns ja nicht nur mit der schrecklichen Mordserie und den anderen Straftaten, sondern wir beleuchten ja auch insgesamt: Wie war die Bekämpfung des Rechtsextremismus im Untersuchungszeitraum in Deutschland? Was gab es für besondere Ereignisse?

Weil Kollege Wieland gerade das NPD-Verbot angesprochen hat, fiel mir in den Akten auf, dass zu Ihrer Zeit - und damit durch Sie ja verfügt -, 2008 und auch kurz danach, insgesamt drei rechtsextremistische Vereine, Vereinigungen von Ihnen verboten wurden: „Collegium Humanum“, „Heimattreue Deutsche Jugend“ und der „Verein der Holocaustleugner“, nachdem es lange Jahre kein Verbot mehr gab.

Die letzten Verbote waren „Blood & Honour“, 2000, und danach war wirklich viele Jahre nichts. Ich frage deshalb: Also, ganz so schlecht kann die Fusion der beiden Abteilungen zu einer Abteilung „Deutscher Extremismus“ ja nicht gewesen sein, wenn Sie dann danach genügend Stoff haben, um drei rechtsextremistische Vereinigungen zu verbieten, oder wie kam - auch die Häufung dann - das zustande, wenn Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich bin auch heute nicht der Meinung, Herr Kollege Binninger, dass die Zusammenlegung der beiden Abteilungen schlecht war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich wäre jetzt anderer Meinung. Aber im konkreten Fall muss man den Beweis schuldig bleiben.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Meine Meinung ist nicht, dass es schlecht war. Meine Meinung ist auch nicht, dass es die Beobachtung, die präventive Beobachtung - das ist die Aufgabe des Verfassungsschutz-

zes - des Rechtsextremismus irgendwie geschwächt hat. Und in der Tat haben wir, wo immer wir genügend Erkenntnisse hatten, um rechtsstaatlich einwandfrei zu Verbotsmaßnahmen zu greifen, diese Verbotsmaßnahmen ergriffen.

Wir wollten aber natürlich diesen Extremen nie die Freude machen, dass wir Verbotsmaßnahmen verhängen, die vor Gericht keinen Bestand haben. Deswegen haben die Behörden sorgfältig gearbeitet, und das hat auch zu erfolgreichen Maßnahmen geführt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie hatten bei einem Gespräch mit der damaligen Generalbundesanwältin Harms, wo es auch um Rechtsextremismus in Deutschland ging, eine Vorbereitung bekommen, wo auch ein Satz drinsteht, von dem ich glaube, dass er - ähnlich wie dieses frühe Festlegen auf eine Ermittlungsrichtung - uns viel zu lange Jahre den Blick verstellt hat auf die Möglichkeit, dass es Terrorzellen gibt, nämlich immer wieder der Satz - den finden wir an vielen Stellen in den Akten -: Wenn es Rechtsterrorismus in Deutschland gab oder gibt oder in der Vergangenheit, in der jüngeren Vergangenheit, dann waren es immer Einzelfälle. Es waren immer Einzeltäter.

Haben Sie eine Erklärung dafür, warum wir - zumindest bis 2011 - in Bereichen des Linksextremismus, des islamistischen Terrorismus eigentlich fast nie oder ganz selten nur vom Einzeltäter ausgehen, sondern immer sofort Zellen und Netzwerke auch als Arbeitshypothese verwenden, und bei Rechtsextremismus und -terrorismus oder versuchter Anschlag Wiese - es gab ja schon einige Fälle - immer sagen: „Das ist zwar ein Neonazi oder ein Rechtsextremist; aber es ist der Einzeltäter“?

Das zieht sich auch durch über viele Jahre. Selbst wenn man Fälle hat: Es wird nie die Möglichkeit eines Netzwerkes oder von größeren Strukturen oder auch von kleineren Zellen gesehen. Können Sie sich erklären, wie man immer zu dieser Einschätzung kam, die natürlich von den Sicherheitsbehörden kommt und die die Politik im Zweifel ja dann auch übernimmt, weil sie es gar nicht besser wissen kann?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das war ja mein einleitender Satz, dass ich mich nicht als oberster Polizist verstanden habe. Ich bin nicht klüger als die fachlichen Behörden. Das gilt auch heute. Ich bin nicht klüger als die

Zollverwaltung in Zollfragen, und ich bin nicht klüger in Sicherheitsfragen als die dafür Zuständigen. Die Minister, die glauben, sie seien klüger, bei denen bin ich der Meinung aufgrund meiner begrenzten Erfahrung, dass die eher nicht das allerbeste Verständnis haben.

Aber ich habe natürlich eine Erklärung, warum man beim Linksextremismus an Organisierte gedacht hat - das ist die Erfahrung schon der 70er-Jahre; das hieß Baader-Meinhof - und dass man beim islamistischen Terrorismus - das heißt al-Qaida - natürlich an organisierte Strukturen gedacht hat.

Und offenbar haben sie beim Rechtsterrorismus jedenfalls solche Strukturen nicht gesehen gehabt - ob fehlerhaft oder nicht, ist eine zweite Frage. Daraus kann man sich dann vorstellen, dass solche Vorfestlegungen dann auch kommen. Wenn man dann so ein Pech hat wie bei den DNA-Analysen, dann kommen auch Dinge zustande, wo man hinterher sagt: Mein Gott, wie kann nur? - Aber da bin ich dann eben wieder einer, wo ich sage: Na ja, so ist das. Es passieren immer wieder Fehlteile, immer wieder Fehlteile.

Wenn ich mal einen allgemeinen Rat geben darf: Ich habe im Urlaub das Buch von Kahneman über Fehlteile durch die verschiedenen Arten von kognitiven Urteilsfindungen genauer anschaut. Der hat sich allerdings dann mit Finanzmärkten und ihren Fehlteilen beschäftigt. Aber man könnte die Erfahrungen auch darauf anlegen. Das ist aber mehr ein -- als sachverständiger Zeuge, nicht als Zeuge.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Es sind -- Wir müssen uns solche Dinge auch fragen, weil wir sonst zu allgemein bleiben mit Empfehlungen. Deshalb gehen wir ja dann den Dingen auf den Grund und brauchen ja auch Einschätzungen. Aber es ist eben -- Neben der frühen Festlegung auf eine bestimmte Ermittlungsrichtung, neben der falschen Bewertung: „Rechtsextremismus, das sind immer nur Einzeltäter; also, da droht uns keine längerfristige Gefahr, sondern immer eher unberechenbar“, gab es eine dritte: das Warten auf das Bekenner-schreiben.

Das ist auch ein Phänomen, das wir festgestellt haben, dass man immer - und da wiederum wahrscheinlich auch geprägt von den Zeiten des Linksterrorismus - auf das Bekenner-schreiben gewartet hat, um dann

zuordnen zu können. Und man hatte kein Bekenner-schreiben; also konnte es auch kein Rechtsterrorismus sein. Aber trotzdem muss man solche eingeschliffenen, tradierten Verhaltensweisen ja irgendwie aufbrechen, weil wir sonst Organisationen reformieren können, wie wir wollen, letztendlich arbeiten die Menschen da drin.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Na ja - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ein Minister kann es zwar nicht besser wissen als der Experte, aber der Minister muss ja -- Jetzt spreche ich nicht Sie konkret an, sondern das gilt ja für alle. Wenn wir die Behörden machen lassen, was sie wollen - ich habe auch großes Vertrauen, weil ich selber lange genug dort gearbeitet habe -- aber kann es trotzdem nicht gehen. Also, ein Stück weit Korrektur muss ja möglich sein.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das wollte ich auch nicht gesagt haben; das haben Sie mir auch nicht unterstellt. Man darf sich nicht für klüger halten, sondern man muss da -- Aber sein eigenes Urteil, das kann man nicht abnehmen.

Nun ist Terrorismus, Herr Kollege Binniger, ja etwas, was wir bisher jedenfalls definitionsgemäß -- Ich versuche ja, im Laufe meines Lebens immer wieder auch zu Erkenntnissen zu kommen. Terrorismus ist ja eigentlich ein Instrument, das ist in der Geschichte lange genutzt worden, vielfältig, und die Wissenschaften beschäftigen sich ja damit intensiv. Eigentlich gehört zum Terrorismus schon die Vermittlung von irgendeiner Botschaft - das konkretisiert sich dann im Bekenner-schreiben - oder dass irgendwas damit bezweckt wird.

Deswegen kann ich nachvollziehen, dass die zuständigen Behörden gedacht haben, das ist irgendwas anderes; sonst wäre es ja so. Heute sind wir wieder ein bisschen klüger, obwohl wir ja auch -- Ich meine, das Strafverfahren gegen die Frau, die mit verstrickt ist, aber nicht --

Clemens Binniger (CDU/CSU): Zschäpe.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: -- ist ja noch, glaube ich --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wird im April wahrscheinlich eröffnet.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Wird erst eröffnet. Da laufen ja noch die Ermittlungen. Also, müssen wir auch da abwarten und können dem Gericht nicht vorgreifen.

Aber sicherlich haben wir eine Reihe von Erkenntnissen nach dem 4. November - haben Sie gesagt -, 4. November 2011, wo wir Dinge erfahren haben, die wir vorher so nicht geglaubt und nicht für möglich gehalten haben oder nicht erwartet haben, ja, klar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die SPD-Fraktion hat das Fragerecht. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Schäuble, ich setze noch mal ganz kurz in Garmisch-Partenkirchen an und möchte Sie fragen: Die Entscheidung ist dann so gefallen. Wir haben schon darüber gesprochen. Es wurde die Steuerungsgruppe eingerichtet, die BAO „Bosporus“. Es wurde eben keine zentrale Ermittlungsführung durch das Bundeskriminalamt ermöglicht. Das ist anders entschieden worden.

Jetzt interessiert mich, ob Sie sich danach, nach Garmisch-Partenkirchen, dafür interessiert haben, ob das eine gute Entscheidung war und wie das weitergegangen ist.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich bin unterrichtet worden, man habe auf der Ebene der Abteilungsleiter ein Einvernehmen erzielt. Ich habe das begrüßt. Damit war auch das BKA einverstanden. Wenn ich unsere Sitzung richtig verfolgt habe, ist vorher auch mal irgendwann erwähnt worden, dass irgendwann später das BKA es wieder ablehnt habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Mich interessiert ein anderer Gesichtspunkt.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Also muss das BKA sich doch hinreichend involviert gesehen haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Mich interessiert die Frage - das war ja der kritische Punkt -: Werden die Ermittlungen ausreichend gut geführt? Das war ja die Frage, die im Raum stand. Dann hat man sich entschieden. Wir haben gemeinsam herausgearbeitet, wer wann wo wie das entschieden hat. Dann hat man sich entschieden, diese Steuerungsgruppe zu machen und die BAO aufzubauen.

Dann ist ja die Frage, ob Sie sich weiterhin dafür interessiert haben, ob die Ermittlungen dann auch gut und erfolgreich unter Beteiligung des BKA geführt werden. Das war ja eine wichtige Frage, die im Raum stand. Das BKA hatte vorgetragen, dass die Ermittlungen nicht gut geführt werden, kein einheitliches Ermittlungskonzept, kein einheitliches Fahndungskonzept, keine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit; darüber haben wir ja schon gesprochen. Mich interessiert eben, ob Sie dann mal nachgefragt haben, inwieweit das jetzt gut entschieden wurde.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ob ich jetzt nachgefragt habe oder ob es mir ohne Nachfragen gesagt wurde, das kann ich jetzt Ihnen nicht beantworten. Aber jedenfalls ist mir nicht erinnerlich, dass ich noch einmal Klagen über mangelnde Zusammenarbeit gehört hätte.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Sie haben sich auch dafür interessiert, wie die Ermittlungsarbeit fortläuft?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Man hat als Innenminister ein allgemeines, generelles Interesse an einem guten Fortgang der Arbeiten in allen Bereichen, für die man Verantwortung trägt.

Dr. Eva Högl (SPD): Ist Ihnen damals zur Kenntnis gekommen - die Ermittlungen sind ja letztlich erfolglos geführt worden -, dass da auch neue Ermittlungsansätze dann in der Diskussion waren? Es kam ja dann tatsächlich auch der neue Ermittlungsansatz „Rechtsextremismus“ auf - Sie haben mehrfach hier über die Fußballweltmeisterschaft gesprochen -, die Frage natürlich: Können das rechtsextreme Täter gewesen sein? - Hat Sie das mal erreicht?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass mich kon-

krete Fragen von einzelnen Ermittlungsansätzen befasst hätten.

Dr. Eva Högl (SPD): Und Sie selbst haben sich weiterhin auch keine Gedanken gemacht? Also, es war ja der Ermittlungsansatz „organisierte Kriminalität“ im Raum; der war ja nachweislich falsch.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe ein generelles Vertrauen in die Fachlichkeit der Polizeibehörden der Länder und des Bundes. Ich habe vor allen Dingen ein festes Misstrauen darin, dass ich es besser könnte, als die es machen.

Dr. Eva Högl (SPD): Darüber haben wir schon gesprochen, über die Frage „oberster Polizist oder Verantwortung an welcher Stelle“. - Ich möchte noch mal ganz kurz mit zwei Fragen auf den Gesichtspunkt „Zusammenlegung der Abteilungen im Bundesamt für Verfassungsschutz“ zu sprechen kommen; jetzt nicht noch mal die ganzen Details, sondern einen anderen Aspekt.

Wir haben das in den Unterlagen, in Vorlagen, die in Ihrem Haus auch gefertigt wurden, dass es auch Gedanke war - also jetzt nicht nur Sparmaßnahmen und Zusammenlegung formal -, sondern dass auch der Gedanke war, mit einem ganzheitlichen Ansatz die Bekämpfung des deutschen Extremismus - - dass man damit, mit der Zusammenlegung der Abteilung, deutschen Extremismus generell wirksamer bekämpfen könne.

Können Sie sich an diese Diskussion in Ihrem Haus erinnern, und können Sie uns dazu vielleicht ein bisschen was sagen? Was war mit diesem ganzheitlichen Ansatz gemeint? Wie muss ich das verstehen, wenn man deutschen Extremismus ganzheitlich bekämpfen will?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Da muss ich ehrlich sagen, Frau Abgeordnete: Ich meine, mich zu erinnern, ich erinnere mich ziemlich, dass wir eine prioritäre Gefahrensituation, Bedrohungslage aus dem islamistischen Terrorismus gesehen haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau, nach dem 11. September; das ist klar.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Muss ich nicht noch mal wiederholen. Dann war für mich klar, dass wir bei einer begrenzten Ka-

pazität für den Verfassungsschutz versuchen müssen, Effizienz zu steigern, indem wir zwei Abteilungen zusammenlegen, wenn wir eine neue in Berlin bilden.

Dann war die Abwägung: Welche Abteilungen legt man zusammen? Da sind dann Argumente für beide Seiten vorgetragen worden, und ich bin dem Votum meines Hauses, des Abteilungsleiters und Bericht des Staatssekretärs, gefolgt und würde auch heute in der Rückschau nicht erkennen, warum die Entscheidung nicht richtig gewesen sein soll, zumal sie auch nicht dazu geführt hat, dass der Rechtsextremismus nicht weiter durch den Verfassungsschutz sorgfältig beobachtet wurde.

Wir haben ja die Beobachtung des Rechtsextremismus - wie aus den Bemerkungen oder aus den Fragen des Kollegen Binninger sichtbar erinnert worden ist - nicht eingestellt, sondern intensiv und erfolgreicher als in den Jahren zuvor fortgesetzt. Aber darüber hinaus, also diese weitergehenden - - Terroristen, mit dem einheitlichen Extremismusbegriff in Deutschland, das würde mich ein bisschen - - dem würde ich nicht zu viel Gewicht beigemessen haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir haben es eben in den Unterlagen gefunden, dass das in Ihrem Haus so vorgetragen wurde und dass das ein Gesichtspunkt ist. Da mir das nicht einleuchtete, was ich darunter verstehen kann, unter einem ganzheitlichen Ansatz „deutscher Extremismus“, weil wir uns, glaube ich, im Klaren sind, dass Links- und Rechtsextremismus - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Da kann ich Ihnen leider nicht allzu viel an Ihrem mangelnden - - Verständnis - - kann ich Ihnen auch nicht helfen. Das würde ich eher teilen.

Dr. Eva Högl (SPD): Gut. - Dann darf ich Sie noch mal fragen: Sie kannten aber die explizit andere Auffassung des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Herrn Fromm, der sich explizit gegen die Zusammenlegung Links- und Rechtsextremismus im BfV gewandt hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich meine, mich zu erinnern, dass Herr Fromm die Zusammenlegung mit dem internationalen Extremismus - Ausländerfeindlichkeit - vorgezogen - -

Dr. Eva Högl (SPD): Genau, Ausländerextremismus.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: -- Ausländerextremismus - so war es - vorgezogen hat. Aber auch da bin ich mir nicht sicher, ob ich es erst jetzt erfahren habe oder ob ich mich nun wirklich daran erinnere.

Aber ich -- Ja, in der Abwägung -- Ich sage noch einmal: Ich meine, mich auch zu erinnern, dass die Begeisterung, diese Abteilung nach Berlin zu verlegen, eine begrenzte war, und trotzdem habe ich es für richtig -- Deswegen bin ich im Zweifel dem fachlichen Votum des Innenministeriums gefolgt, und das würde ich auch heute wieder so halten, auch in der Rückschau meiner Erfahrungen. Damit will ich niemandem zu nahe treten, aber mein Vertrauen für Herrn Hanning noch einmal zum Ausdruck bringen.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Schäuble, Herr Friedrich, der jetzige Bundesinnenminister hat als Erstes, nachdem bekannt wurde, dass der NSU verantwortlich war für die schrecklichen Verbrechen, die Abteilungen wieder getrennt und wieder eine eigenständige Abteilung „Rechtsextremismus“ im BfV eingerichtet. Halten Sie das für einen Fehler?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Weil Sie ja sagen -- Sie sagen auch heute, es war damals eine richtige Entscheidung.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Schauen Sie, Frau Kollegin: Erstens einmal habe ich auf die Fragen von Herrn Kollegen Wieland schon gesagt, ich habe einen großen Respekt und eine Verantwortung gegenüber Vorgängern und Nachfolgern.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das ist richtig.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Zweitens. Ich würde vermutlich nach den Erfahrungen oder dem Schock vom 04.11.2011 auch nicht sagen: Alles, was wir vorher gemacht haben, darf auf keinen Fall geändert werden. - Sonst wären wir ja nicht in der Lage, auf neue Erfahrungen und auf die Einsicht, dass wir Dinge nicht so gesehen haben, wie wir sie heute sehen, zu reagieren. Deswegen ist es doch eher ein Zeichen,

dass die Systeme funktionieren, wenn man auf neue Erfahrungen -- auch einmal getroffene Entscheidungen, die man aus der damaligen Sicht nicht für falsch halten muss, dann später wieder anders trifft.

Dr. Eva Högl (SPD): Und es drückt halt auch eine politische Prioritätensetzung aus. Darüber sind wir uns, glaube ich, auch klar. Das ist so. Das geht einher mit einer eigenständigen Abteilung. Das ist unabhängig von dem Personal oder so. Das war dann auf jeden Fall die erste Reaktion.

Herr Dr. Schäuble, ich möchte Sie noch etwas anderes fragen, und zwar: Wir stellen ja fest, dass die Ermittlungen in all den Jahren - Herr Kollege Binniger hat das auch schon gesagt - immer in die falsche Richtung liefen, und selbst neu aufkommende Ansätze, die Ermittlungen in die Richtung Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit zu lenken, sind immer wieder beiseite gelegt worden, an den Rand gedrängt worden, systematisch klein gehalten worden, obwohl seit dem ersten Mord Ihr damaliger Kollege Beckstein aus Bayern den richtigen Riecher hatte, dass es sich um ein fremdenfeindliches Motiv gehandelt haben könnte.

Wenn Sie heute draufschauen auf das - ich habe ja vorhin schon gesagt, es müssen Fehler gemacht worden -- Wenn es andere Opfer gewesen wären, die Mordopfer, oder wenn es klar gewesen wäre, dass es islamistischer Terror gewesen wäre, dem neun Menschen oder zehn sogar - mit Michèle Kiesewetter - zum Opfer gefallen sind, glauben Sie, dass es eine andere Aufmerksamkeit, ein anderes Interesse an allen Stellen gegeben hätte, eine andere Sensibilität?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich möchte es eigentlich nicht glauben.

Dr. Eva Högl (SPD): Weil es fällt auf, dass es ein Desinteresse gab, eine Verharmlosung, eine Vernachlässigung.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Wollen Sie das wirklich -- Schauen Sie, Sie haben jetzt gerade den - jedenfalls für die Morde in Bayern - politisch zuständigen bayerischen Innenminister erwähnt und gesagt, der hat ausdrücklich gesagt - das haben Sie gerade gesagt -, -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - er habe einen anderen Hintergrund für möglich gehalten.

Dr. Eva Högl (SPD): Und trotzdem ist in die Richtung nicht ermittelt worden.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Ein bisschen schon!)

- Ein bisschen, ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja, aber Frau Högl, ich meine, zuständig bleibt weiterhin die bayerische Polizei. Und der zuständige Minister hat nun ausgerechnet - was ich auch finde; das spricht ja für die Klugheit von Günther Beckstein - das damals schon gesagt. Jetzt schließen Sie aber daraus, die Polizei habe das nicht gemacht. Das glaube ich gar nicht, sondern die sind aus anderen Gründen dann wieder vielleicht in diese fehlerhafte Entwicklung - Sie haben ja jetzt eine Frage an unsere Gesellschaft gestellt.

Dr. Eva Högl (SPD): Die stellen wir uns hier alle, fraktionsübergreifend: Woran hat es gelegen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja. Deswegen war meine Antwort - weil ich sie mir auch stelle -, und ich sage: Ich möchte das nicht glauben. Ich möchte es - - Aber Sie verstehen, wie ich formuliere?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): - so ein flächen-deckendes Desinteresse, so ein - - flächen-deckend; wir haben das an allen Tatorten, dass systematisch das nicht gesehen wurde. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Tja - - Aber ich meine, die beste Erklärung ist, dass es sich jedenfalls nicht mehr wiederholen kann. Jede Gesellschaft, auch unsere, also auch Sie und ich, lernen aus Erfahrungen; wenigstens das. Wenn wir dazu nicht in der Lage wären, dann wäre es noch trauriger. Es ist traurig genug.

Das hat ja auch die Bundeskanzlerin im Schauspielhaus hinreichend deutlich - finde

ich gut - in unser aller Namen zum Ausdruck gebracht. Deswegen sind wir davon alle betroffen. Ich jedenfalls fühle mich betroffen. Ich fühle mich nicht verantwortlich in einem besonderen Sinne. Aber ich sage, ich bin auch Teil dieser Gesellschaft, länger als andere, weil ich schon ein bisschen älter bin, und weil man sich auch engagieren muss.

Ich mag nicht glauben, dass wir in der Betroffenheit unterscheiden, was für - - wer Opfer sind. Aber wenn daran auch nur ein Kern wahr - - Ich kann verstehen, dass es die Betroffenen so empfunden haben. Ja, klar. Aber wir haben ja - - Es gibt immer solch ganz fürchterliche Fälle. Aber hier ist ja nun - - Aber dies hat die Gesellschaft - -

Ich möchte aber doch darauf hinweisen: Ich meine, mich zu erinnern, dass in irgendeiner Amtszeit eines Innenministers - das war am Anfang auch nicht so unumstritten, wie es dann geworden ist - - dass ich gesagt habe: Wir müssen mal unser Verhältnis als Gesellschaft insgesamt zu den Menschen muslimischen Glaubens in unserem Lande versuchen ein bisschen anders zu entwickeln, als wir es bisher hatten. Das hieß dann „Islamkonferenz“. Und wenn Sie mich als Zeuge, zur Wahrheit verpflichtet, fragen würden, wie der Innenminister heißt, würde ich sagen: Ich meine, der hieß Schäuble.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das wissen wir auch. Ich sage es trotzdem noch mal, dass wirklich das Desinteresse auffällt - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wir haben es
positiv kommentiert!)

- Wir haben es positiv kommentiert, alle Fraktionen. Wir haben uns auch beteiligt und so. Aber es fällt auf das Desinteresse an dieser Mordserie. Es fällt auf, dass immer in die falsche Richtung ermittelt wurde. Ich habe mir dann - - Das ist eine Frage, die wir uns hier alle stellen: Wäre es genauso gewesen, wenn klar gewesen wäre, es ist islamistischer Terror, oder wenn die Opfer andere gewesen wären? Das ist eine Frage, der wir hier nachgehen, wie das sein konnte, dass das so konsequent in die falsche Richtung ging und auch so systematisch nicht wahrgenommen wurde auf der politischen Ebene.

Vielen Dank. Ich habe keine weiteren Fragen.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Darf ich trotzdem einen Kommentar dazu abgeben?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Selbstverständlich, Herr Zeuge. Bitte.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Weil wir hier am Kern dessen sind, was auch dazu geführt hat, dass der Deutsche Bundestag, der ja nicht bei jedem Mordfall einen Untersuchungsausschuss einsetzt, hier einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hat, um genau dieser Frage vertieft - als eine Anstrengung unserer Gesellschaft insgesamt - nachzugehen. Deswegen ist das auch wichtig und notwendig. Das halte ich - - Deswegen habe ich auf Ihre Frage gesagt: „Ich möchte es nicht glauben“, was in Wahrheit natürlich heißt: Wir müssen wahrscheinlich zugeben, dass irgendwas davon wahr ist. Das ist ja auch unser aller Betroffenheit.

Ich würde im Übrigen dazu raten, daraus möglichst wenig für politische Kontroversen abzuleiten. Die Gemeinsamkeit der Demokraten kann sich auch darin zeigen, dass man gemeinsam sagt: Ja, wir haben uns alle geirrt, und wir sind alle bereit, das einzusehen und zuzugeben und zu ändern. - Ich glaube, das hat übrigens auch Herr Beckstein vor diesem Ausschuss gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Högl noch mal.

Dr. Eva Högl (SPD): Die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit hier in dem Ausschuss zeigt das ja auch. Beim Thema „rechtsextremer Terror“ ist auch kein Platz für Parteienstreit; so sehen wir das ja auch.

Ich will nur noch mal sagen, dass die Frage, ob die Opfer es in eine bestimmte Richtung gelenkt haben, auch Ihr früherer Staatssekretär Herr Dr. Hanning hier aufgeworfen hat. Er hat nämlich hier die bemerkenswerte Äußerung gemacht: Wenn die Opfer zehn deutsche Polizeibeamte gewesen wären, hätten wir hier keinen Untersuchungsausschuss. - Das hat uns sehr erstaunt. Ich will Ihnen das nur noch mal mitgeben.

Also, die Frage: „Sind die Opfer auch ausschlaggebend für eine bestimmte Wahrnehmung an einer bestimmten Stelle?“, hat uns hier immer bewegt im Untersuchungsausschuss.

Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hätte jetzt die FDP-Fraktion.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie sieht es aus bei der Linksfraktion? - Frau Vizepräsidentin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Schäuble, ich habe noch drei Fragen. Meine Kollegin Wawzyniak hat Sie vorhin schon nach einem Konflikt zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und BKA im Zusammenhang mit dem „Blood & Honour“-Verbot und weiteren Ermittlungen gefragt. Da hatten Sie keine Erinnerung. Ich möchte es ein bisschen allgemeiner fragen, weil uns bei allen bisherigen Vernehmungen immer wieder ein Konflikt zwischen entweder Bundesamt für Verfassungsschutz und BKA oder Landesämtern für Verfassungsschutz und Landeskriminalämtern bewegt hat; nämlich jedes Mal, wenn es darum ging, im Zusammenhang mit den Mordermittlungen gegebenenfalls Quelleninformationen der Landesämter oder des Bundesamtes beizuziehen oder gar mit Mitarbeitern von Verfassungsschutzbehörden oder V-Leuten zu sprechen, wurde entschieden: Quellenschutz und Schutz der Erkenntnis oder Aufdeckung der inneren Strukturen der Verfassungsschutzbehörden gehen vor Mordermittlungen. Im Zweifelsfall, zum Beispiel im Bundesland Hessen, wurde damals dann entschieden, dass ein hauptamtlicher Mitarbeiter des Landesamtes, aber vor allen Dingen die von ihm geführten Quellen eben nicht durch die Polizei gehört werden konnten. Sind Ihnen solche Konflikte zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und BKA in Ihrer Amtszeit mal vorgetragen worden, ob in Form von Thesenpapieren aus diesen Behörden oder in Form von konkreten Fällen, und, wenn ja, wie haben Sie an dieser Stelle dann entschieden?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe keine Erinnerung, dass ich einen konkreten Fall zum Zwecke einer konkreten Entscheidung vorgetragen bekommen hätte. Ich kann mich nicht erinnern, dass das so gewesen ist. Das Thema als solches ist mir ein bekanntes und vertrautes, weil es ein generelles ist. Dazu kommt im Übrigen: Ich meine, Nachrichtendienste haben immer die Notwendigkeit des Quellenschutzes, weil sie sonst Schwierigkeiten haben, Quellen zu bekommen; das ist ein Element der Tätigkeit. Und auf der anderen Seite gibt es dabei

auch Grenzen. Wir wissen das - ich meine, mich zu erinnern - aus den Erfahrungen der Baader-Meinhof-Prozesse, dass eben durch die Anforderungen unseres Strafprozessrechts so viele Möglichkeiten der Information künftiger Täter gegeben worden sind, dass die Sicherheitsbehörden ja auch der Auffassung waren, dass das einer der Gründe ist, warum es jetzt so schwer gewesen ist, bei der späteren, der sogenannten zweiten Generation - oder was immer das gewesen ist -, noch Aufklärungserfolge zu haben. Wir wissen, dass wir heute noch nicht alle diese Taten aufklären konnten. Da ich selber in meiner ersten Amtszeit als Innenminister unmittelbar mit zumindest zwei solcher Anschläge, nämlich einmal auf denjenigen, nach dem mein derzeitiges Ministerium benannt ist, auf Detlev Karsten Rohwedder, und zum anderen auch auf Herrhausen, beschäftigt gewesen bin - ein paar Tage nach dem Fall der Berliner Mauer, wenn ich das richtig erinnere, ist das gewesen -, habe ich eine Erinnerung an diese Debatten.

Petra Pau (DIE LINKE): Wir haben es hier genau mit einem ganz anderen Phänomen zu tun, nämlich dass oftmals sich die Polizeien der Länder oder eben in dem Fall auch das BKA beschwerten, dass sie die Strafverfolgung nicht effektiv durchführen konnten, weil beispielsweise aus den Ämtern für Verfassungsschutz die Strukturen von Rechtsextremen entweder via V-Leute oder auf anderen Wegen zum Beispiel vor Durchsuchungsmaßnahmen gewarnt wurden oder Kenntnis darüber erlangten, dass sie Gegenstand von G-10-Maßnahmen waren und dass sie bitte schön nicht ihre privaten Handys benutzen, sondern im Zweifelsfall eher das von der Behörde zur Verfügung gestellte Handy. Das ist das große Problem, mit dem wir uns hier an der Stelle auseinandersetzen. Deswegen wollte ich nur wissen, ob das auch an die Spitze des Hauses in Ihrer Amtszeit irgendwann mal gedrungen ist, dass es solche Dinge gab.

Aber Sie wissen, wie die Spielregeln hier sind: Ich habe wenig Fragezeit, und damit haben wir dann auch wenig Antwortzeit. Deswegen würde ich gern zu meiner zweiten Frage kommen. Sie haben vorhin ja auch auf die Fragen der Kollegin Högl noch mal deutlich gemacht, dass wir alle angehalten sind, aus den Erfahrungen, die wir gemacht haben, zu lernen. Das sehe ich ganz genauso. Und der Ausschuss hat ja die Aufgabe, auch

Empfehlungen abzugeben, nicht nur zu dem unmittelbaren Geschehen, welches wir hier aufarbeiten, sondern natürlich für die Zukunft, damit so etwas nie wieder geschieht. Sie haben selbst eben die Islamkonferenz als Reaktion auf die Entwicklungen damals genannt. Nun hat der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, auf dem Integrationsgipfel im Februar dieses Jahres der Bundeskanzlerin und dem derzeitigen Bundesinnenminister vorgeschlagen, aus diesen Geschehnissen zu lernen und eine Rassismus- oder - besser - Antirassismuskonferenz einzuberufen und Vertreter aus allen gesellschaftlichen Bereichen in Kenntnis dieser Vorgänge, auch in Kenntnis der Fehler, die hier geschehen sind in den Ermittlungsverfahren, ins Gespräch darüber zu bringen: Was müssen eigentlich präventiv tun? - Würden Sie eine solche Maßnahme so aus Ihren Erfahrungen - Sie haben damals die Islamkonferenz einberufen - für zielführend halten, um beispielsweise über Schlussfolgerungen zu reden zur Sensibilisierung in der Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten, Juristen, Lehrern? - Ich denke, auch uns Politikern könnte es nicht schaden, hier sensibler an vielen Stellen vorzugehen.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Es gilt ein bisschen, was ich auf die Frage des Kollegen Wieland gesagt habe. Aber ich bin zuversichtlich, dass die Bundesregierung genauso wie der Deutsche Bundestag die notwendigen und richtigen Konsequenzen ziehen wird.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Wenn ich darf, hätte ich eine letzte Frage. Die fällt noch mal in Ihre Amtszeit. Richtig ist: Keiner in der Gesellschaft hat erkannt, dass das eine rassistisch motivierte, rechtsextrem motivierte Mordserie ist. Aber es gab durchaus auch in unserer Gesellschaft Menschen, die sich die Frage gestellt haben: Hat das etwas mit Rechtsextremismus oder Rassismus zu tun? - Und ich gestehe: Wir haben uns diese Frage zum Beispiel als Fraktion Die Linke in der 16. Wahlperiode auch gestellt. Ich möchte Ihnen gern - vielleicht kann das jemand dem Herrn Minister auch bringen - abschließend eine Kleine Anfrage, die wir in der 16. Wahlperiode gestellt haben, vorhalten und vor allen Dingen die Antworten, die in Verantwortung Ihres Hauses dann gegeben wurden.

(Dem Zeugen werden Unterlagen
vorgelegt)

Wir haben in der Kleinen Anfrage „Ungeklärte Mordfälle unter Gewerbetreibenden türkischer bzw. griechischer Herkunft ... vom ... April 2007“ in der Drucksache 17/7867 - wir finden sie übrigens auch in MAT A BMI-5/0073, Seite 9 - gefragt:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Arbeit der zuständigen Ermittlungsbehörden, um die oben genannten Fälle aufzuklären?

Antwort der Bundesregierung auf Frage 1:

Wegen der ungeklärten Mordfälle an Gewerbetreibenden türkischer bzw. griechischer Herkunft führen Staatsanwaltschaften in Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Nordrhein-Westfalen Ermittlungsverfahren. Zu Ermittlungsverfahren der Landesjustizverwaltungen nimmt die Bundesregierung nicht Stellung.

Zitat Ende. - Wir kommen dann weiter zu Frage 2:

Was wurde bislang ... unternommen, um die Mordserie aufzuklären, und welche Behörden auf Bundes- und Landesebene waren bzw. sind an den Ermittlungsarbeiten in welcher Form beteiligt?

... Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich bestehender Tatmotive?

Dann Frage 4:

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der oder die Täter gezielt türkische oder türkisch aussehende Opfer auswählen, und was folgt hieraus?

Frage 5:

Erfolgte eine Kooperation zwischen deutschen und türkischen Ermittlungsbehörden, ... wenn ja, seit welchem Zeitpunkt ...?

Usw. Ich will jetzt nicht alle Unterfragen hier zitieren; die Zeit läuft. Wir haben es Ihnen ja auch vorgestellt. Die Antwort, kurz zusammengefasst: Man verweist im Prinzip auf die Antwort in Frage 1. - Aus heutiger Sicht: Halten Sie diese Antwort nach wie vor für angemessen?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Frau Kollegin Pau, die Antwort, dass die Bundesregierung zu Ermittlungsverfahren der Landesjustizverwaltungen nicht Stellung nimmt, halte ich für angemessen, auch heute; das ist die Ordnung unseres Grundgesetzes.

Petra Pau (DIE LINKE): Und nach der Meinung der Bundesregierung, was aus der Tatsache folgt oder ob sie sich dazu Fragen stellt, dass hier Opfer mit ausländischen Wurzeln nur betroffen sind, muss man dann an dieser Stelle nicht antworten?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Dazu müssen im Rahmen unserer Verfassung die dafür Zuständigen antworten. Und wenn die Bundesregierung amtlich zu Fragen Stellung nehmen würde, für die die Länder zuständig sind, würde sie sich nicht an die Regeln unseres Grundgesetzes halten.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr Minister Schäuble, ich will zunächst mal was zu Ihrer Ehrenrettung tun. Das erwarten Sie wahrscheinlich gar nicht von mir; aber ich will es trotzdem machen. Mir liegt ein Schreiben des Bundesinnenministeriums, eine Presseerklärung vom 10.05.2006 vor, also Sommer 2006, in dem der Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble damals erklärt:

Mit 15.914 Straftaten

- laut Kriminalstatistik 2005 -

bildet der Bereich der politisch motivierten Kriminalität - rechts - auch im vergangenen Jahr wieder den Hauptanteil am politisch motivierten Kriminalitätsaufkommen ...

Und dann werden die Schlussfolgerungen gezogen:

Die Zahlen zeigen, dass die Sicherheitsbehörden auch dieses Kriminalitätsfeld ernst nehmen und ihrem Ermittlungsauftrag konsequent nachkommen.

Usw. Also, so eine halbseitige Erklärung.

Erinnern Sie sich daran - ich meine, Sie haben natürlich viele Presseerklärungen und Pressekonferenzen gegeben -, dass Sie seinerzeit - Ihr Ministerium und Sie persönlich - auf diese besondere Gefahr hingewiesen haben?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich erinnere mich daran, dass wir regelmäßig über die politisch motivierte Kriminalität und über Extremismus berichtet haben. Das ist ja vermutlich nicht der Verfassungsschutzbericht, sondern - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Da geht es - -

Bundesinnenminister Schäuble

- das ist die Überschrift -

zur Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität ...

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das war wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Vorstellung der Kriminalstatistik.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Kriminalstatistik, „Kriminalität ... 2005“.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Wir haben regelmäßig solche Berichte gegeben. Dabei haben wir die immer so bewertet, wie die Zahlen sind. Und die Zahlen sind ja nicht so gewesen, dass man sagen kann: Es gibt keine rechtsextremistisch motivierte Kriminalität. - Das haben wir immer dargestellt. Deswegen sagte ich ja: Keine Bundesregierung hat nach meiner Kenntnis - jedenfalls in den 40 Jahren, in denen ich Mitglied des Hohen Hauses bin - jemals die Gefahren aus der einen oder anderen politischen Richtung oder nur wegen unterschiedlicher Motivation unterschätzt oder nicht, sondern sie haben sie alle immer ernst genommen. Ob sie dabei immer richtig gehandelt haben, das unterliegt dem politischen Meinungsstreit. Aber die Unterstellung, dass irgendeine Bundesregierung aus Gründen politischer Präferenz Kriminalität in der einen oder anderen Richtung nicht ernst genommen habe, die teile ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, 15 000 in einem Jahr ist ja auch eine ganze Menge.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im selben Jahr, im Februar 2006, hat Ihr Kollege, der ja schon mehrfach erwähnt worden ist, Günther Beckstein, der Innenminister von Bayern, seinerzeit sogar eine richtige Kampagne losgetreten: „Wölfe im Schafspelz“. Insbesondere sollte sie sich an Jugendliche wenden. Das war eine bundesweite Aktion gegen Rechtsextremismus. Das hat er gemacht als Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Erinnern Sie sich daran noch?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich weiß jedenfalls, dass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind auch Einzelheiten. Da gibt es extra einen Film und Ähnliches, was da gemacht worden war.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Kollege Ströbele, ich erinnere mich nicht im Einzelnen daran. Aber ich weiß, dass der Kollege Beckstein wie alle Innenminister - aber er war sicherlich ein herausragender Innenminister - die Gefahr ernst genommen hat. Er ist ja auch in anderem Zusammenhang schon daraus - - ist das ja schon auch positiv erwähnt worden, dass er auch wieder und wieder gesagt hat: Vielleicht ist es auch eine fremdenfeindliche Motivation bei diesen Morden; ermittelt auch in diese Richtung.

Im Übrigen habe ich heute in einem Magazin einer großen Zeitung gesehen, dass er doch mit der Vorsitzenden einer der im Bundestag vertretenen Parteien eng befreundet ist. Vielleicht hat er auch daraus besondere Anregungen bekommen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er sagt in dem Interview, er ist immer anderer Meinung, und sie auch!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele fährt bitte fort, falls er noch Fragen hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt die nächste Frage.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich hoffe, ich habe Sie damit nicht verletzt. Nur kein Neid, nur kein Neid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Schäuble, jetzt komme ich aber überhaupt erst zu dem Punkt, zu dem ich kommen wollte. Sie haben ja vorhin schon gesagt, dass Sie sich mit Herrn Beckstein auch unterhalten haben, häufiger, und auch - sagen wir mal - im Zusammenhang mit dieser Konferenz, die dann in Garmisch gewesen ist, die ja hier schon mehrfach erwähnt ist. Das will ich gar nicht vertiefen, sondern: Wenn Sie sich mit Herrn Beckstein damals unterhalten haben, 2006, im Frühjahr/Sommer 2006 - Sie haben ja auch offensichtlich über diese Ceska-Mordserie geredet, im Zusammenhang mit Belohnung und Ähnlichem -, erinnern Sie sich daran, dass Herr Beckstein Ihnen damals erzählt hat, dass er eine besondere Motivation noch daraus hat, dass er das erste Mordopfer dieser Serie kannte - das hat er uns hier auch als Zeuge bekundet, dass das irgendwie in der Nähe seines Wohnorts lag -, also dass das noch mal für ihn so eine persönliche Betroffenheit brachte? Ich kann mir vorstellen, dass er so was vielleicht Ihnen damals auch erzählt hat.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich kann mir es auch vorstellen; aber ich erinnere es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? - Können sich nicht erinnern?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich kann mir es auch vorstellen; aber ich kann mich nicht daran erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie können sich nicht erinnern. - Jetzt kommt eigentlich meine Frage, auf die ich die ganze Zeit hinaus will.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich dachte schon - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Noch eine Minute, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja mehrfach hier betont, dass Sie, als Sie das erfahren haben, die rechtsextremen Zusammenhänge, dann auch an die Angehörigen gedacht haben - was muss das für die gewesen sein -, und

haben ja zuletzt hier betont, dass Sie sich selbst auch sehr betroffen gefühlt haben, als Sie nun das gesehen haben. Nun waren Sie ja nicht irgendjemand in Deutschland in dieser Zeit, als diese Morde passierten, und insbesondere 2006, als man dann zum ersten Mal übrigens auch auf eine rechtsextreme Spur in Bayern gekommen ist; das ist Ihnen alles schon vorgehalten worden. Als Sie jetzt das realisiert haben dann im letzten Jahr, im November vergangenen Jahres, haben Sie da nicht sich als der verantwortliche Minister für die beiden wichtigsten Bundessicherheitsbehörden, nämlich das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz, besonders in der politischen Verantwortung gesehen und gesagt: „Ich wusste ja, es gibt auch rechte Gewalt und Wölfe im Schafspelz, und es ist immer wieder davor gewarnt worden, dass das auch in schwere Gewalttaten umschlagen kann. Was habe ich denn damals besser machen können?“?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja noch ein Unterschied, ob ein anderer in Deutschland sich diese Frage stellt, als wenn der damals politisch verantwortliche Innenminister sich diese Frage stellt.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe die Frage schon beantwortet, auf eine Frage der Kollegin Högl, und verweise darauf; denn ich kann sie Ihnen nicht anders beantworten, als ich sie Frau Högl beantwortet habe. Notfalls können Sie es aus Gründen der Zeitersparnis im Protokoll nachlesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht der Grünen ist damit für diese Runde erschöpft. - Ich darf fragen, ob es Bedarf für eine weitere Runde gibt. Unionsfraktion?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Nein!)

- Das ist nicht der Fall. SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl, haben Sie noch Fragen?

(Dr. Eva Högl (SPD): Nein!)

- Dann würde ich zwei Minuten der Zeit der SPD-Fraktion in Anspruch nehmen wollen, Herr Dr. Schäuble.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Geht das?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das geht; das ist zulässig. Ich bin ja hier Abgeordneter, und ich bin - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich frage ja nur. Nicht dass Sie in der SPD Schwierigkeiten kriegen!

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Das wäre ja nicht das erste Mal, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich bin ja kein politischer Eunuch, nur weil ich diesen Ausschuss leite.

Mir ist vorhin aufgefallen, dass auch Sie gesagt haben: Ja, nun hätte man dann im November 2011 gewusst, es gibt da Rechtsextremisten, die hinter diesen ganzen Morden stecken. - Ich würde von Ihnen gerne wissen wollen, ob Ihnen folgende Aussage dem Inhalt nach als damaliger Bundesinnenminister bekannt war, die Herr Fromm am 30.11.2011 im Innenausschuss dort ausgesprochen hat. Herr Fromm hat nach diesem Protokoll - das ist Seite 19; wie gesagt, 30.11.2011 - im Innenausschuss Folgendes gesagt:

Bekennerschreiben seien nicht notwendig für politischen Terrorismus. Es habe schon im 19. Jahrhundert den Begriff „Propaganda der Tat“ gegeben. Bei der RAF seien Bekennerschreiben zwar die Regel gewesen, doch bei rechtem Terror seien sie eher selten vorgekommen. So habe es bei allen rechten Anschlägen in den 80er Jahren keine Selbstbezeichnung gegeben.

Herr Dr. Schäuble, dieses Wissen aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz, war das auch Ihr Wissen, als Sie von 2005 bis 2009 zum zweiten Mal Innenminister der Bundesrepublik Deutschland waren?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, hat er das am 30.11.2011 im Innenausschuss gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist richtig. Aber er hat sich bezogen unter anderem auf Anschläge mit einem rechtsextremistischen Hintergrund aus den 80er-Jahren.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Hat er behauptet, er hätte das mir gesagt?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, Herr Dr. Schäuble, es ist nur Folgendes - -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich kann nicht Gedanken lesen. Ich kann in meiner Amtszeit von 2005 bis 2009 nicht wissen, was Herr Fromm am 30.11.2011 im Innenausschuss sagen wird. Das übersteigt meine Fähigkeiten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Wissen von Herrn Fromm, das er am 30.11. im Innenausschuss kundgetan hat, war auch sein Wissen, das er schon vorher gehabt hat.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber er hat es mir nicht gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie kann denn so was sein?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Da müssen Sie ihn fragen. Sie haben ihn doch vernommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Schäuble, Sie sind Bundesinnenminister.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In Ihrer Verantwortung werden Verfassungsschutzberichte veröffentlicht, in denen es heißt: keine Hinweise auf rechtsterroristische Aktivitäten in Deutschland. Und Ihr damaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz sagt, es sei gerade ein Zeichen für Rechtsterrorismus, dass man in der Regel keine Bekennerschreiben findet.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber die Verfassungsschutzberichte hat der Bundesinnenminister immer zusammen mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor der Bundespressekonferenz vorgestellt. Da war Herr Fromm dabei; so hieß der. Sie sagen mir jetzt, er habe am

30.11.2011 im Bundestagsinnenausschuss etwas gesagt. Ich kann mich nicht erinnern, dass er mir das früher gesagt hat. Und wenn er mir das nicht gesagt hat: Die Fähigkeit, Gedanken zu lesen, zumal künftige Gedanken, hatte ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie diese Fähigkeit nicht hatten, hatten Sie denn dann - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, vielleicht sollten wir fairerweise auch sagen, dass Herr Fromm eingeleitet hat mit: „Wir hätten es besser wissen müssen angesichts der deutschen Vergangenheit“, also sich selber korrigiert hat mit dieser Aussage im Innenausschuss. Ich war dabei, ich kann mich genau erinnern.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja, woher soll ich das wissen? Woher sollte ich wissen, dass er sich zwei Jahre später, nach meiner Amtszeit korrigieren wird?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Wissen von Herrn - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich will ja nur sagen: Herr Fromm selber hat sich korrigiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, ich bitte um Verständnis, dass - - Ich erteile Ihnen gern das Wort. Aber sozusagen selbst Wortergreifung, das machen wir hier bitte nicht. So.

Ich will nur sagen, dass es natürlich sehr unwahrscheinlich ist, dass diese Erkenntnis, dass es in den 80er-Jahren bei rechtsterroristischen Anschlägen keine Bekennerschreiben gegeben hat, dass dieses Wissen bei Herrn Fromm erst nach dem 04.11.2011 entstanden ist. Deswegen war meine Frage - aber das haben Sie ja verneint -, ob Ihnen das so bekannt war. Damit ist die Frage ja beantwortet.

So. Darf ich fragen, ob es bei der FDP-Fraktion noch Fragen gibt? - Das ist nicht der Fall. Bei der Linksfraktion? - Auch nicht der Fall. - Aber Herr Ströbele hat noch Fragen, präzise, nehme ich an. -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie immer!)

Bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Schäuble, im Anschluss an das, was Sie gerade gefragt worden sind: Sie waren ja vorher schon mal Innenminister; das ist erörtert worden. Anfang der 90er-Jahre gab es ja auch schreckliche Anschläge, Brandanschläge überwiegend, von Rechtsextremisten, rassistische Brandanschläge mit erheblichen Opfern an Menschenleben. Sie erinnern sich sicher: Rostock, vor allem dann Mölln, Solingen. Das hat ja damals die Bundesrepublik auch erheblich umgetrieben, und völlig zu Recht. Man hat auch gesagt: Das darf nie wieder vorkommen. Hat es Ihrer Erinnerung nach damals denn Bekennerschreiben gegeben?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ehrlich gesagt, ich habe - - Nein, ich kann mich nicht an ein Bekennerschreiben von damals erinnern. Aber ich sehe jetzt nicht ganz den Zusammenhang mit der Äußerung von Herrn Fromm in einer Sitzung des Innenausschusses am 30.11.2011. Mit allem Respekt, meine erste Amtszeit als Bundesinnenminister - wenn Sie das, Herr Abgeordneter, interessiert - war von April 89 bis November 91. Sie war ein bisschen dadurch geprägt, dass im November 89 hier in der Nähe ein kleines Bauwerk ein bisschen eingestürzt wurde, und daraus ergaben sich dann gewisse Folgewirkungen, die dazu geführt haben, dass die Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 ihre volle Souveränität erlangt hat. Neun Tage später hat sich in meinem Leben eine gewisse Veränderung zugezogen, die die kommenden Monate ein wenig mich vorrangig beschäftigt hat. Ich musste mich nämlich an ein Leben im Rollstuhl gewöhnen. Insofern war meine Zeit als erster Innenminister - weil Sie darauf abheben - eine, an die ich sehr spezifische Erinnerungen habe, aber nicht so ganz konkrete, an einzelne Aktenvorgänge. - Das betrifft auch nicht den Untersuchungsauftrag.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das respektiere ich ja auch. Aber die Anschläge Rostock, Mölln, Solingen -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sind mir bekannt. -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die waren 82, 83.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe auch mal in Solingen gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe auch mal in Solingen gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 92, 93 - Entschuldigung.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja. Ich bin auch später mal in Solingen gewesen und habe als Fraktionsvorsitzender, denke ich, dort eine Rede gehalten und dergleichen mehr, weil mich das sehr betroffen gemacht hat. Mich hat jeder Ansatz von Ausländerfeindlichkeit und von Gewalttaten gegen Ausländer immer in einer besonders starken Weise beschäftigt. Ich habe immer gesagt: Es ist eine Schande für unser Land. Und ich habe alles in meiner Kraft Stehende versucht, dazu beizutragen, dass das in unserem Land nicht Platz greift. Wir haben innerhalb des politischen Spektrums unserer Demokratie unterschiedliche Meinungen gehabt - und haben sie -, welches der richtige Weg ist. Aber in dem Anliegen, dieses zu bekämpfen und diesem keinerlei Raum zu geben, haben wir uns - werden wir uns gegenseitig sagen - nie vom anderen übertreffen lassen wollen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, bei all diesen Anschlügen gab es keine Bekennerschreiben, weil man von den Tätern her offenbar der Meinung war - in einem dieser Prozesse, die dann nachher stattgefunden haben, habe ich selber als Nebenklägervertreter mitgewirkt; so wurde das dort auch gesagt -, dass die Tat tatsächlich genügend Propaganda ist, dass man das nicht - - und auch die Richtung, um was es geht bei einem Anschlag gegen ein Flüchtlingsheim.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber, Herr Kollege Ströbele, Sie sind ja zusammen mit Ihrem Kollegen Wieland beständig zu meiner Ehrenrettung, wie Sie es gesagt haben - - Ich weiß zwar nicht, wo der Bedarf besteht, aber immerhin ist das ganz lebenswürdig. Deswegen will ich Sie doch daran erinnern, dass Ihr Kollege Wieland eben auf die Fragen des Vorsitzenden gesagt hat,

Herr Fromm selber habe in der zitierten Äußerung am 30.11. gesagt, in Abweichung seiner früheren Meinung vertrete er jetzt diese Erkenntnis. Und ich habe darauf gesagt: Ich erinnere mich fest: Wenn ich Verfassungsschutzberichte als Innenminister vorgestellt habe, war immer der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz dabei. - Deswegen weiß ich jetzt nicht, was Sie jetzt aus den schrecklichen Anschlügen in Mölln und in Solingen und in Rostock ableiten wollen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass das typisch ist, dass da gar keine Bekennerschreiben dabei sind.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ja, klar, und entsetzliche Anschläge sind es auch. Aber damit sind die Mordanschläge im NSU-Fall immer noch nicht - - weder geklärt noch erklärt, geschweige denn entschuldigt. Das ist ja alles furchtbar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, dass weitere Wortmeldungen mir nicht vorliegen.

Herr Dr. Schäuble, ich darf mich herzlich bedanken, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, nach Erstellung des vorläufigen Protokolls bekommen Sie dieses übermittelt mit der Möglichkeit, innerhalb einer Frist von zwei Wochen Änderungen und Korrekturwünsche geltend zu machen.

Die Unterlagen werden vom Sekretariat wieder entgegengenommen.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen und den Gästen noch eine angenehme Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2013. Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses findet statt am 17. Januar 2013.

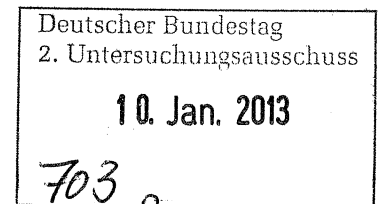
Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 16.13 Uhr)

DR. WOLFGANG SCHÄUBLE, MdB
Bundesminister der Finanzen

Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Tel. (030) 18 682-4240
Fax (030) 18 682-4743

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
der 17. Wahlperiode
Der Vorsitzende
Herrn Sebastian Edathy, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, den 8. Januar 2013

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

das Stenographische Protokoll meiner Anhörung im Untersuchungsausschuss am 14. Dezember 2012 habe ich inzwischen erhalten.

Ich bitte, auf Seite 20 den Namen der früheren österreichischen Innenministerin Liese Prokop zu berichtigen (nicht: Pröll) sowie auf Seiten 2 und 12 jeweils das Wort „Belobigung(summe)“ durch „Belohnung“ zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Aufgaben der Bundespolizei beiseitegelassen, dass das Bundeskriminalamt eine ergänzende subsidiäre Aufgabe hat, die im Bundeskriminalamtgesetz definiert ist, dass die verantwortlichen Behörden des Bundes und der Länder grundsätzlich auf Zusammenarbeit angelegt sind. Mein Verständnis ist darüber hinaus, dass die Führung eines Ministeriums die politische Verantwortung bedeutet, die Verantwortung für die notwendigen Personalentscheidungen, dass man sich aber möglichst nicht als Leiter eines Ministeriums in die einzelnen Entscheidungen der dafür zuständigen Behörden und Instanzen einmischen soll. In diesem Sinne habe ich mich nie als oberster Polizist der Bundesrepublik Deutschland verstanden, auch nicht in den Jahren, in denen ich Bundesinnenminister gewesen bin.

Deswegen bin ich mit diesen schrecklichen Morden amtlich nur sehr marginal befasst gewesen. Natürlich habe ich sie auch in den Jahren zuvor - 7 Die meisten dieser schrecklichen Morde sind ja in den Jahren vor meiner zweiten Amtszeit als Bundesinnenminister geschehen. Die zwei letzten Morde waren wohl im Frühjahr 2006 gewesen. Aber die Ermittlungen wurden, wie Sie ja besser wissen als ich, durch die zuständigen Kriminalpolizeien der betroffenen Länder geführt.

Ich kann mich nur erinnern, dass im Vorfeld der Innenministerkonferenz, der Innenministerkonferenz der Länder, bei der der Bundesinnenminister - darauf haben die Länderinnenminister immer Wert gelegt - als Gast, allerdings regelmäßig anwesend ist - bei der Innenministerkonferenz im Jahre 2006, wenn ich mich recht erinnere, im Mai, jedenfalls in Garmisch-Partenkirchen ist sie wohl gewesen, da bin ich mit der Frage befasst gewesen. Nach meiner Erinnerung bin ich davon unterrichtet worden, dass sich - ich glaube, das ist der Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz; das sind die Abteilungsleiter der Polizei - der Innenministerien der Länder und des Bundes - am Rande dieser Innenministerkonferenz - sie haben da regelmäßig getagt - mit Fragen der Abstimmung bei den polizeilichen Ermittlungen auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass zwei weitere dieser Morde vor kurzem geschehen waren, befasst haben. Mir ist berichtet worden, dass die Abstimmungen gut verlaufen.

Meine wesentlichen Gesprächspartner in diesen Fragen waren Herr Staatssekretär

Hanning, der Chef des Bundeskriminalamts, Herr Ziercke, und der damalige Abteilungsleiter Krause. Wenn ich die Medien richtig verfolgt habe, haben Sie Herrn Hanning und Herrn Ziercke als Zeugen gehört vor diesem Untersuchungsausschuss. Herr Krause ist, wie wir wissen, leider verstorben.

Ich kann mich daran erinnern, dass vor der Innenministerkonferenz in Garmisch die Frage an mich herangetragen worden ist, ob wir uns an einer Ausweitung der Belobigung, *(Belohnung)* die, glaube ich, von der bayerischen Polizeibehörde oder vom bayerischen Innenministerium ausgesetzt worden ist, um den Fahndungsdruck zu erhöhen - ob sich der Bund an dieser erhöhten Summe - ich habe inzwischen gelesen, es waren wohl 300 000 Euro gewesen - beteiligen würde. Ich habe dem zugestimmt, dem Vorschlag, der mir unterbreitet worden ist, dass wir das tun, weil mir auch gesagt worden ist, das würde vor allen Dingen auch bedeuten, dass wir damit auch die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Länder und des Bundes weiter positiv beeinflussen könnten.

Darüber hinaus sind mir Klagen über mangelnde Zusammenarbeit jedenfalls nicht erinnerlich - dass sie mir vorgetragen worden wären. Ich habe natürlich in den Medien gelegentlich verfolgt, was die Fragen und die Untersuchungen des Untersuchungsausschusses gewesen sind und will deswegen sagen: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Frage an mich herangetragen worden wäre, ob ich anordnen sollte, dass das Bundeskriminalamt nach, ich glaube, § 4 Abs. 2 Satz 2 des Bundeskriminalamtgesetzes gegen die Länder anordnen solle, die Ermittlungen an sich zu ziehen. Ich hätte einen solchen Vorschlag, der mir nicht gemacht worden ist, wenn er mir gemacht worden wäre, abgelehnt. Der ist mir aber nicht gemacht worden. Aber ich hätte ihn abgelehnt. Also, ich würde auch heute der Meinung sein, dass das nicht meinem Verständnis von Zusammenarbeit und von sachdienlicher Polizeiarbeit entsprechen würde. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass mir ein solcher Vorschlag gemacht worden ist. Ich kann mich nicht erinnern, dass mir Beschwerden über mangelnde Zusammenarbeit vorgetragen worden sind.

Ich habe dann in den Medien auch verfolgt, dass der Untersuchungsausschuss sich mit der Frage beschäftigt hat: Wir haben wohl im Jahre 2006 im Bundesamt für Verfassungsschutz, das nicht eigentlich mit den

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, direkt nach der namentlichen Abstimmung treffen wir uns hier wieder.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Sorry, Sie müssen mir schon eine Uhrzeit sagen. Dafür bin ich nun Zeuge.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Schäuble, das ist -

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nicht, dass Sie mich noch zwangsweise vorladen lassen. Ich weiß doch, was Sie --

Vorsitzender Sebastian Edathy: - nicht Ihre erste namentliche Abstimmung, unsere auch nicht. Die ist für 13.12 Uhr vorgesehen.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Aber es ist meine erste Unterbrechung für eine namentliche Abstimmung als Zeuge in einem Bundesuntersuchungsausschuss.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir treffen uns hier um 13.45 Uhr.

(Unterbrechung von
12.55 bis 13.48 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vor der Unterbrechung der Sitzung hatten wir den Sachstand, dass dem Zeugen Gelegenheit gegeben werden sollte, die dreiseitige Ministervorlage, die für ihn am 3. Mai 2006 erstellt worden ist, zu sichten.

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Er liest gerade!)

- Dann warten wir das eben ab.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Herr Dr. Schäuble, wenn Sie dieses Papier sehen, können Sie sich daran entsinnen, dass Sie das im Mai 2006 so vorgelegt bekommen haben?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe ja in meinen einleitenden Ausführungen schon gesagt: Ich erinnere mich an den Vorgang, und vermutlich habe ich das Papier, die Vorlage auch gesehen, ja. Und ich würde jetzt gerne doch aus der Stellungnahme auf der Seite 3 zeugen - Stellungnahme -:

Verfahrensvorschlag

BMI sollte sich an einer Erhöhung der Belohnung mit einem Beitrag von 30.000 € beteiligen:

- Dadurch würde es BMI leichter fallen, bei künftigen Ermittlungen in Sachen „CESKA“ die Rolle des BKA zu stärken. Nach Telefonaten zwischen BMI und IM-BY

- Bayern -

auf AL-Ebene sowie P-BKA

- Präsident BKA, das ist Herr Ziercke -

zeichnet sich die Einrichtung einer gemeinsamen „Steuerungsgruppe“ unter Federführung BY und Beteiligung der anderen betroffenen Länder sowie des BKA ab.

Usw. - Daraus folgt, Herr Vorsitzender, exakt das, was ich einleitend gesagt habe.

Ich habe am Rande der Innenministerkonferenz erfahren, dass die Zusammenarbeit - da gab es Erörterungsbedarf - - dass man sich auf Arbeitsebene verständigt hat - das wird wohl der AK II gewesen sein -, die Zusammenarbeit zu verbessern, und dass wir als Teil dieser Zusammenarbeit - - ich auch zugestimmt habe, die Belohnung - - uns an der Erhöhung der Belohnungssumme oder Auslobungssumme zu beteiligen.

H Belohnung

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir finden in den Akten, datierend vom 2. Mai 2006, also einen Tag vor der Ministervorlage, ein Schreiben des Präsidenten des Bundeskriminalamtes. Das ist MAT A BMI-4/30, Blatt 90 ff. Das ist unterzeichnet von Herrn Falk, also dem Vizepräsidenten damals des Bundeskriminalamtes, ein Schreiben an den Unterabteilungsleiter Förster im Bundesinnenministerium, und in diesem Schreiben, das also nur einen Tag vor der Ministervorlage gefertigt worden ist, heißt es - ich zitiere -:

Das ... Nebeneinander von Zuständigkeiten und Aufgabenwahrnehmungen verschiedener Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften in Verbindung mit fehlenden Ermittlungserfolgen ... spricht unter kriminalistischen Gesichtspunkten ganz überwiegend für eine einheitliche zentrale Ermittlungsführung durch das BKA ...

Das ist Ihnen aber so nicht vorgetragen worden?

Von dem Vorgang 2004 habe ich jetzt irgendwann gelegentlich mal von Herrn Beckstein gehört, der gesagt hat: 2004 oder irgendwann wollten wir, dass das BKA übernimmt. Da haben sie es nicht gemacht. Und später -- Ich weiß nicht, was das soll. Und dass das jetzt ein Jahr später - was Sie sagen - wieder anders war, das weiß ich nicht. Ich kenne den Referatsleiter nicht und habe dazu keine Erinnerung und deswegen auch kein Kommentar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Also, ich will jetzt noch im Zusammenhang mit der Mordserie einen Punkt ansprechen, den Sie selber gerade in anderem Zusammenhang angeführt haben, und dann auch etwas zu dem Thema, wie sich denn die Bekämpfung des Rechtsextremismus insgesamt in Ihrer Zeit dargestellt hat. Weil ich schon auch aus den Akten ja sehe, dass jetzt die konkrete Fallbefassung eben sich auf diesen einen Punkt reduziert hat.

Zehnter Mord von insgesamt 26 Verbrechen, die dieses Trio wahrscheinlich begangen hat, alle mit Schusswaffen und Sprengstoffen. Zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge, vierzehn Banküberfälle, alle mit Waffen oder Sprengstoffen; und auch bei den Banküberfällen gab es ja Verletzte durch abgegebene Schüsse. Der zehnte Mord war der in Heilbronn im Jahr 2007, wo niemand - zumindest jetzt im Bereich der Ermittler - einen Zusammenhang gesehen hat zu der Ceska-Mordserie, weil zwei andere Waffen verwandt wurden. Also das, was die anderen neun Fälle verbunden hat, war bei diesem zehnten Fall gerade nicht da. Man hat nach ausländischen Mitbürgern jetzt Repräsentanten des Staates im Blick gehabt. Da hätte man vielleicht drauf kommen können. Man hatte aber auch dort die OK-These.

Und dann hat man dort zwei Jahre lang in Richtung Phantomspur ermittelt, und ich meine mich zu erinnern - das wäre jetzt die Frage -, dass Sie es waren, der, von der österreichischen Kollegin angesprochen, den Baden-Württembergern den Hinweis gab: „Ihr müsst das noch mal überprüfen. Die Österreicher sagen: ‚Bei uns sind die Stäbchen irgendwie verunreinigt, und wir haben sie von der gleichen Firma und haben das gleiche Problem‘“, und Sie dann oder Ihr Haus mit dem baden-württembergischen Innenminister gesprochen hat. Trifft das denn zu, dass dieses Aufhalten der falschen

Richtung über Österreich und Sie nach Baden-Württemberg damals kam?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Ich habe jedenfalls damals keinen Zusammenhang mit diesen Morden, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das hat niemand.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: - mit dieser Ceska-Serie gesehen. Aber es ist in der Tat - ich habe das irgendwo wahrscheinlich mal erzählt - so gewesen, dass - ich weiß den Zeitpunkt nicht - mich meine damalige österreichische Kollegin anrief - ich war im Auto unterwegs; es war abends -

(Dr. Eva Högl (SPD): Sie waren immer im Auto unterwegs?)

Sie hätten -- Ich glaube, das war meine jetzige Kollegin, die damals auch Innenministerin war, Frau Fekter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie machen immer das Gleiche, oder ist das Zufall?

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Nein, es war --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war nicht ernst gemeint.

Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble: Zunächst einmal war in Österreich Frau Pröll ^{Kiese} ~~Sie~~ ^{Pröll} Innenministerin. Die ist leider - ich kann das Jahr nicht mehr sicher sagen, aber jedenfalls um die Weihnachtszeit - überraschend verstorben. Und dann wurde irgendwann Frau Fekter Innenministerin in Österreich, war Kollegin als Innenministerin, und dann wurde sie einige -- Als ich Finanzminister wurde, war ein anderer österreichischer Finanzminister; aber der musste irgendwann aus Gesundheitsgründen sein Amt niederlegen. Dann wurde Maria Fekter Innenministerin, und neben mir war im Kreise der Finanzminister der heutige luxemburgische Finanzminister auch einmal Innenminister gewesen. Das tut nicht unbedingt zur Sache des Untersuchungsausschusses, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Nachsicht.

Aber da er mich nun anruft, sage ich: Frau Fekter hat mich irgendwann mal - ich glaube, es war, ja, es war Frau Fekter - angerufen an einem Abend, um mir zu sagen,